GORLEBEN AKTUELL

AG. WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE LÜNEBURG

DM 2,-

Nr. 16
JULI '81

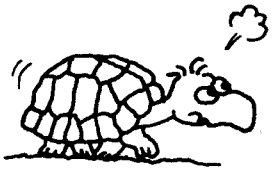
Ein heisser Anti-Atom-Sommer?

Großaktionen in Gorleben und Hessen geplant

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Aus dem Inhalt:

Grünes Licht für Zwischenlager 3
Doch eine WAA in Gorleben 6
Schmidt und Kohl in Lüchow-Dannenberg 7
Großaktion in Gorleben geplant 9
Bremer Atommüllkonvoi behindert.....11
SONDERTEIL: ATOMMÜLL-ENDLAGERUNG .....13 -24
u.a.:
Zum Stand der west-deutschen Endlagerforschung 16
Die Bundesregierung legt sich auf Salzstöcke fest 17
Aber alle setzen auf Verglasung.....18
Albrechts Notlösung 19
Soll ein weiterer Salzstock erkundet werden? 22
Modellhafte Planung eines Bundeslagers in Gorleben.....23
Salzstock-Hearing 25
Seite der Gruppe Ökologie, Hannover 27
Hessen-WAA in Wethen.....28
WAA: Damit uns auch 1984 die Bomben nicht ausgehen 30
"Ich kann nicht unpolitischer sein als Jesus"
Nach einem Interview mit Pastor Mahlke 36



Impressum:
Gorleben Aktuell

Presserechtlich verantwortlich:
Günter Garbers, Lüner Str. 1b,
2120 Lüneburg

Telefonverbindung:
04131/45290 Gunter Harms
Mathias Küntzel
04131/31190 Günter Garbers

Herausgeber: AG Wiederaufbereitungsanlage, Lüneburg

Auflage: 3000

Bestellbedingungen:

Einzelverkaufspreis 2,--DM plus Porto
ab 10 Exemplare a. 1,50 DM plus Porto

Bestellungen bei: Gunter Harms,
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg

Postscheckkonto 378 14 - 206
„Gorleben Aktuell" Günter Garbers
Postscheckamt Hamburg

Druck: Hein & Co.
Satz: Eigenarbeit in der Technik der Hamburger Satz- und Vertriebskooperative

Vereinbarung zwischen der Redaktion von „Gorleben Aktuell", Lüneburg, und der Gruppe Ökologie, Hannover :

Am 28. April 1981 besprachen in Hannover Vertreter der Redaktion der Zeitschrift Gorleben Aktuell und der Gruppe Ökologie Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit.
Ausgangspunkt dabei war,
daß einerseits Gorleben Aktuell in Zukunft seine Thematik erweitern will und neben der speziellen Berichterstattung über den Standort Gorleben regelmäßig auch detaillierte wissenschaftlich-technische Beiträge zur Atommüllproblematik veröffentlichen wird, und dabei fachliche Beratung und Unterstützung sucht;
und daß andererseits die Gruppe Ökologie seit ihrer Verselbstständigung und Abtrennung vom Freiburger Öko-Institut über kein eigenes Medium zur Veröffenlichung von Arbeitsergebnissen und sonstigen Beiträgen und Informationen verfügt (das Thema Atommüll ist eines der Hauptarbeitsgebiete der Gruppe) und angesichts der großen Zahl bereits existierender einschlägiger Zeitschriften auch nicht beabsichtigt, eine eigene "Hauszeitschrift " zu gründen.
Die Besprechung hatte folgende Ergebnisse:
1. Die Zusammenarbeit bei der Erstellung des wissenschaftlich-technischen Teils zur Atommüllproblematik in Gorleben Aktuell soll im Verlauf der nächsten sechs Monate mit dem Ziel intensiviert werden, daß Konzept und Inhalt dieses Teiles bei jeder Ausgabe der Zeitschrift von Anfang an gemeinsam erstellt werden.
2. In jeder Ausgabe der Zeitschrift steht der Gruppe Ökologie maximal eine Seite für Mitteilungen wie Hinweise auf Publikationen und Termine, Kurzberichte über laufende Arbeiten usw. zur Verfügung; diese Zurverfügungstellung beinhaltet nicht die Verpflichtung für die Gruppe Ökologie, diese Seite tatsächlich in jeder Ausgabe zu bestreiten. Diese Mitteilungen müssen sich nicht auf die Atomenergieproblematik beschränken; sie sollen aber keine inhaltlich-ausführlichen Artikel über andere Arbeitsgebiete beinhalten, die den geschloßenen thematischen Charakter der Zeitschrift beeinträchtigen würden.
3. Die Mitwirkung der Gruppe Ökologie wird in jeder Ausgabe der Zeitschrift im Impressum mit folgender Formulierung erwähnt: " Zwischen der Redaktionsgruppe von Gorleben Aktuell und der Gruppe Ökologie ist eine Zusammenarbeit beim wissenschaftlich-technischen Teil der Zeitschrift vereinbart. Die Mitwirkung der Gruppe Ökologie bezieht sich auf die Erstellung des Konzeptes dieses Teils, auf das Regidieren, sowie auf das Verfassen einzelner Beiträge". Dem folgt die Kontaktadresse der Gruppe Ökologie. Die Einzelbeiträge der Gruppe Ökologie werden gesondert gekennzeichnet und im Inhaltsverzeichnis befindet sich ein Hinweis auf die Mitteilungsseite der Gruppe Ökologie.
4. Die Gruppe Ökologie unterstützt den Vertrieb von Gorleben Aktuell sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Förderkreises. Die Gruppe wird in den nächatenMonaten gezielte Aktivitäten setzen, um anhand der praktischen Erfahrung möglichst kurzfristig festzustellen, wieviele Exemplare jeder Ausgabe sie mindestens absetzen kann.

Hannover/ Lüneburg, 12. Mai 1981

Für Gorleben Aktuell Mathias Küntzel

Für die Gruppe Ökologie

Zur Entstehung dieser Zeitung haben beigetragen :
Bärbel, Birgit, Burkhard(TAZ-Ini Frankfurt), Christine, Doris, Dieter(Rondel), Gabi(BI lüchow-Dannenberg), Gudrun(Rechtshilfegruppe Gorleben), Günther, Gunter, Hanne, Hella, Helmut(Gruppe Ökologie, Hannover), Karl, Pastor Mahlke, Margot(BBA), Marion, Martin(Nemitz), Matthias, Dr. Mauthe(Universität Hannover), Paul, Peter, Rita und Atomgegner aus Geesthacht.

SAMTGEMEINDERAT GARTOW :

GRÜNES LICHT FÜR ZWISCHENLAGER !

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans durch den Rat der Samtgemeinde Gartow-Gorleben am 27.5. haben die Kommunalpolitiker das letzte Mittel aus der Hand gegeben, den Bau des Zwischenlagers in Gorleben zu verhindern. Damit ist bei den Lüchow-Dannenbergern auch der letzte Funke Hoffnung erloschen, die Errichtung der ersten Atomanlage im Landkreis durch Druck auf die örtlichen Gremien und Behörden doch noch aufhalten zu können. Niemand zweifelt mehr daran, daß die Aufstellung des Bebauungsplans und die Erteilung der Baugenehmigung in diesen Tagen oder Wochen erfolgen wird. „Der Count-Down in den atomaren Wahnsinn hat begonnen."

"Tränen und lähmendes Entsetzen" überschrieb die Elbe-Jeetzel-Zeitung ihren Bericht über die zweitägige Ratssitzung in Gorleben, in der die Ratsherren die über 1500 Einwendungen aus der ganzen Bundesrepublik beraten wollten. Etwa 400 Bürger waren erschienen, um in einem letzten verzweifeltem Appell die Ratsherren an ihrem Vorhaben zu hindern. Doch unbeirrt durch die Zwischenrufe und Redebeiträge der Anwesenden wischten die Politiker alle Argumente der Gegner vom Tisch.

Sie folgten stur den von Mitarbeitern des Planungsbüros NILEG ausgearbeiteten und vorgelesenen Erklärungen. Sämtliche 1500 Einwendungen wurden in wenigen Problemblöcken zusammengefasst und durch allgemeine Unbedenklichkeitserklärungen entkräftet. Eine durch die Zuhörer geforderte Diskussion fand nicht statt. Wie von Drähten gezogen hoben die Räte, die die Tausenden von Seiten in der ihnen zur Verfügung stehenden **einen Woche** kaum gelesen haben konnten, bei jedem zur Abstimmung gestellten Problemkomplex die Hand. zu

In letzten Vorgesprächen zwischen Bürgern und Politikern des Landkreises hatten die Ratsherren noch zugestanden, daß eine Reihe von ungeklärten Fragen existierten, die durch zusätzliche schriftliche Erklärungen der Betreiber beantwortet werden müßten. Dabei ging es vor allem um die Länge der Zwischenlagerung, das Fehlen des Sicherheitsberichts und der Vermutung, Landesregierung und DWK planten noch immer eine WAA in Gorleben. Diese und andere Fragen sollten bis zum Beginn der entscheidenden Ratssitzung noch geklärt werden, aber davon wollten die Herren am Dienstagabend plötzlich nichts mehr wissen. Ihnen reichte eine noch am selben Nachmittag eingetroffene Zusicherung der DWK, sie werde **ohne Zustimmung derzuständigen Gemeinderäte** keine WAA in Gorleben anstreben. "Eine windelweiche Erklärung", wie einer der Zuhörer kommentierte.

Mehrer Male wurde die Sitzung durch tumultartige Szenen unterbrochen, und schließlich verließen die empörten Bürger ihre Plätze und begannen direkt mit den einzelnen Ratsherren zu diskutieren. Wie hilflos und überfordert diese ‚Marionettenfiguren' wirklich der ganzen Problematik der Zwischenlagerung gegenüberstehen, erfährt man erst richtig, wenn man die seltene Gelegenheit hat, seine Fragen persönlich zu stellen und persönliche Antworten bekommt. Da meint einer, der Sicherheitsbericht der PTB läge doch schon vor, und ein anderer verkündet dem fassungslosen Publikum, die DWK habe ihren Antrag auf die WAA in Gorleben doch längst zurückgenommen. Solche skandalösen Informationslücken bestätigen den Verdacht, daß die eigentlich Eingeweihten und Drahtzieher im Landkreis woanders zu suchen sind.

Fortsetzung S.4 unten

Auszüge aus der Beschlußvorlage des Gartower Samtgemeinderats

Bekanntlich überließen es die „überforderten" Kommunalpolitiker Gartows der NILEG (Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft mbH) ,alle 1800 Einzeleinwendungen gegen das Zwischenlager zu lesen und zu bearbeiten. Nachdem sie so ihren Kopf in den Sand gesteckt hatten, brauchten sie nur noch den Arm zu heben, um im richtigen Moment im Samtgemeinderat die von der NILEG vorgefertigte und vom SG–Hauptausschuß ausgeschmückte Beschlußvorlage abzusegnen. In dieser Beschlußvorlage werden völlig verkürzt beliebig herausgegriffene Eiwendungen angeführt, um sie anschließend „schlagend" zu widerlegen. Wir wollen dem Leser einzelne Passagen hieraus nicht vorenthalten:

Warum die Sicherheit des Castor-Lagers außer Zweifel steht :
„...Mit Schreiben vom..erklärt die Physikalisch -Technische Bundesanstalt Braunschweig erneut, daß die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit der trockenen Lagerung von abgebrannten Brennelementen, wie sie am 19.9.79 festgestellt worden ist, weiterhin positiv beurteilt wird. Dieses hat die Reaktorsicherheitskommission in ihrer 165.Sitzung am 29.4. 81 bestätigt. Darüberhinaus wird verbindlich mitgeteilt, daß die atomrechtliche Aufbewahrungsgenehmigung nur erteilt wird, wenn das geplante Zwischenlager ohne Gefährdung für Menschen und Umwelt auf dem vorgesehenen Standort betrieben werden kann..."
Warum das Zwischenlager nur vorübergehend benötigt wird :
„ ...Für die schadlose Beseitigung dieser Abfälle ist eine Endlagerung rechtlich festgeschrieben. Damit kann auch aus dieser Überlegung heraus für die zuletzt genannten Stoffe allein von einer Zwischenlagerung gesprochen werden... Eine vertragliche Fixierung einer maximalen Lagerzeit zur Sicherstellung der dargestellten bzw. festgesetzten Zweckbestimmung ist daher entbehrlich. ..."
Warum das Zwischenlager demokratische Belange der Bevölkerung nicht beeinträchtigt:
„... Während der Bau- und zu Beginn der Betriebsphase ist es nicht auszuschließen, daß in unmittelbarer Umgebung des Standortes des geplanten Vorhabens angemessene Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen notwendig werden könnten. Es besteht jedoch keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß diese Maßnahmen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt werden. ..."
Warum Gesundheitsgefährdungen durch Strahlenbelastungen ausgeschlossen werden können:
„... Gesundheutsgefährdungen durch Strahlenbelastungen des Wasseres, des Bodens und der Luft sind nicht zu erwarten. Dies wird durch die positive Beurteilung des Lagerkonzepts seitens der zuständigen Sicherheitsbehörden als sichergestellt betrachtet. ..."
Warum das Zwischenlager nötig ist :
„...Für eine aich längerfristig gesicherte Energieversorgung ist der Betrieb von Anlagen dieser Art von hervorgehobener Bedeutung. Durch die Realisierung dieses Projektes wirde ein wesentlicher Beitrag hierzu geleistet. Die Samtgemeinde Gartow ist bereit, an dieser Aufgabe verantwortungsvoll mitzuwirken."

Wir wollen es bei diesen einseitigen Gesichtspunkten belassen. Sie beweisen klipp und klar: Gartows Gemeinderäte gehen auf Nummer sicher. Sie lassen sich von niemandem so leicht austricksen. Die NILEG kann sich auf diese klugen Kerlchen verlassen.

Als die Ratsherren dann schließlich am nächsten Morgen nach dem Abbruch der Veranstaltung die Sitzung wieder aufnahmen und - bis auf eine Enthaltung - das Ritual auch bei der letzten entscheidenden Abstimmung nach gewohntem Muster vollzogen, wirkte das auf viele der Anwesenden wie ein Schock: Die Spannung entlud sich in emotionalen Ausbrüchen und teilweise tätlichen Angriffen gegen Akteure dieser Grotestke, und selbst einige der einheimischen Polizisten - zum Schutz für die Ratsherrn geordert - konnten ihre Betroffenheit nicht zurückhalten: Einer von ihnen brach in Tränen aus.

Mit dieser Entscheidung ist der Widerstand im Landkreis gezwungenermaßen an einem Wendepunkt angelangt. Monatelang haben die verschiedenen Gruppen in zeit- und nervenaufreibender Arbeit Informationsveranstaltungen organisiert , Bürgeranträge formuliert, Einsprüche geschrieben und die direkte inhaltliche Auseinandersetzung mit den örtlichen Politikern und den Betreibern gesucht. Zwei Informationsveranstaltungen des BMFT mußte wegen mangelnder sachlicher Kompetenz der Referenten abgebrochen werden, zu einer dritten traute sich keiner der sogenannten Experten mehr hin. Drei Anhörungen in Lüchow, Gartow und Gorleben im Zusammenhang mit dem Planungsverfahren wurden zum Desaster für die Betreiber - zu gut waren die Kritiker des Projekts informiert, zu präzise waren die Fragen gestellt. Im Landkreis weiß inzwischen jeder Interessierte, daß die Entscheidung für ein Zwischenlager zu diesem Zeitpunkt - vor Abschluß der offiziellen Sicherheitsprüfung - überhaupt nicht zu rechtfertigen ist, und daß es nur darum geht, die heikle Angelegenheit noch rechtzeitig vor den im September anstehenden Kommunalwahlen über die Bühne zu bringen.

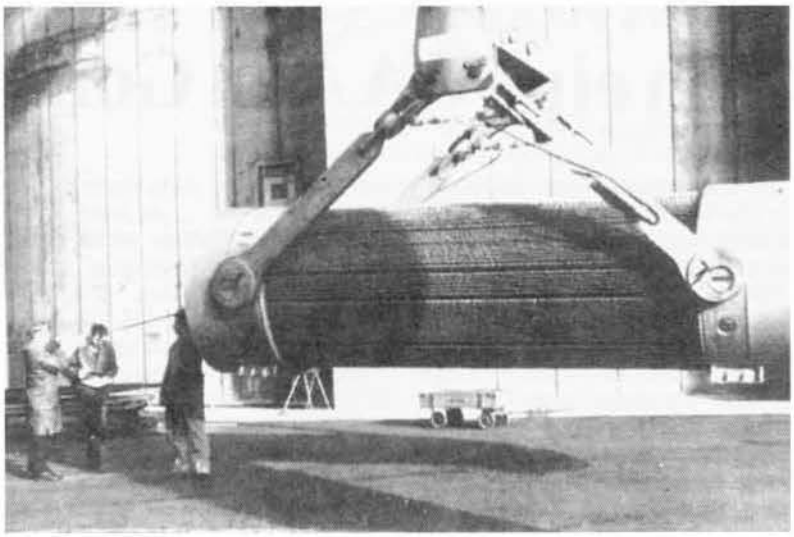
Es wird den Lüchow-Dannenbergern nichts anderes übrigbleiben, als wieder zu großen bundesweiten Aktionen auf der Straße aufzurufen, um wenigstens die Öffentlichkeit darüber zu informieren, daß der entscheidende Schritt zum weiteren Ausbau des Atomprogramms mit Hilfe von 5 Millionen Schmiergeldern der DWK in Gorleben durchgepowert wird. Einen letzten Riegel können nur noch die Gerichte vor die Entscheidung schieben, denn schon monatelang bereiten sich Einwohner des Landkreises darauf vor, unmittelbar nach Baugenehmigung stellvertretend für die Gesamte Anti-Atom-Bewegung den Klageweg zu beschreiten. Sie sind auch finanziell auf die Unterstützung von uns allen angewiesen. Wir müssen weitermachen, auf allen Wegen!

Gabi Jaeger
(Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg)

Spendenkonten:

- Bürgerinitiative Umweltschutz „Zwischenlagerfond" (ZLF) Volksbank Wendland, Trebel, Konto Nr. 7048 (BLZ: 258 634 89)
- Arbeitsgruppe Rechtshilfe Gorleben Kreissparkasse Gartow, Konto Nr.: 3005 444 (BLZ: 258 513 35)
- Bäuerliche Notgemeinschaft (ZLF) Kreissparkasse Dannenberg konto Nr.: 8904 (BLZ: 258 513 35)

Sicherheit der Castor-Behälter



Sagt mein Freund Heini zu mir: „Adi, ich will jetzt eine Fabrik bauen und ganz dicke Schaumstoffmatten herstellen!" Frage ich: „Heini, wozu brauchst du die Matten denn?" Sagt der Heini: „Du weißt doch, daß man die Castorbehälter, die mit den abgebrannten Brennstäben gefüllt in Gorleben eingelagert werden sollen, aus 9 m Höhe hat fallen lassen, um zu prüfen, ob die dicht bleiben." „Ja", sag' ich. „Aber leer, ohne Brennstäbe." „Eben", sagt Heini, „denn diese Brennstäbe haben nur eine dünne Haut, und was passieren würde, wenn die ganzen Brennstäbe in so einem Castorbehälter kaputtgehen und der ganze atomare Inhalt sich am Boden sammelt, weiß keiner. Darum darf es auch nicht vorkommen, daß die Castorbehälter irgendwo tiefer und härter fallen. Da es aber eine ganze Menge Autobahnbrücken gibt, die höher als 9 m sind, werde ich der Regierung meine Schaumstoffmatten anbieten, damit die die gefährdeten Stellen unter den Brücken damit polstern können, damit, wenn dann so ein Lastzug mit einem Castor mal von 'ner Brücke fällt, er weich fällt und nicht kaputtgeht." Auf diese Idee gekommen ist Heini, als er den Leserbrief von Herrn Dr. Bödege neulich las, und der ist schließlich Dipl.-Physiker.

Sag' ich: „Heini, den hab ich auch gelesen, der schreibt ja auch, daß für den Nachweis der Dichtheit der Castorbehälter keine langen Lagertests erforderlich sind, weil man das nach anderen Versuchen berechnen kann." Sagt Heini: „Weißt Du, mein Papa hat immer gesagt, vörher berecken ist naher beschäten. Ich bin mehr für das Ausprobieren, aber der Herr Dr. Bödege ist schließlich Dipl.-Physiker und muß das eigentlich besser wissen."

Wenn das mit der Schaumstoffabrik nichts wird, meint Heini, will er zur Feuerwehr gehen, weil die bei dem Zwischenlager eine besonders tüchtige Feuerwehr brauchen, denn länger als eine halbe Stunde darf kein Feuer brennen, hat Dr. Bödege geschrieben, und der ist schließlich Dipl.-Physiker und muß das eigentlich wissen. Sag' ich: „Heini, und wenn es nun mal wieder einen Waldbrand gibt, der mehrere Tage dauert?" Sagt Heini: „Ein Waldbrand ist nicht erlaubt! Der würde ja wahrscheinlich länger als eine halbe Stunde dauern und die ganze Lüftung des Zwischenlagers durcheinanderbringen. Ein Feuer im Zwischenlager darf nicht länger als eine halbe Stunde brennen, denn länger hat man die Castorbehälter nicht auf Feuer geprüft, schreibt Dr. Bödege, und der muß das schließlich wissen, denn der ist Dipl.-Physiker." Sag' ich: „Heini, und wenn nun ein Flugzeug auf das Zwischenlager stürzt?" „Ja", sagt Heini, „die haben ausgerechnet, daß die Castorbehälter ein Phantomtriebwerk aushalten, und so ein Jagdflugzeug hat nicht viel Sprit drin, das brennt nicht länger als eine halbe Stunde." Sag' ich: „Mensch, Heini, die Phantoms dürfen hier über dem Zonenrandgebiet gar nicht fliegen. Was hier fliegt, sind die großen Verkehrsflugzeuge nach Berlin, deren Triebwerke sind viel schwerer, und mehr Sprit haben die auch drin." „Nee", sagt Heini, „den großen Dingern ist ein Abstürzen verboten, darauf sind die Castorbehälter nicht geprüft, und das würde dann vielleicht auch länger als eine halbe Stunde brennen, und längere Feuer erlaubt Herr Dr. Bödege nicht, und der muß das schließlich wissen, denn der ist Dipl.-Physiker."

Adolf Lambke, Jameln

Zwischenlager-Chronik

4.4.81: Zur Rückenstärkung besucht Kanzler Schmidt die Kommunalpolitiker in Lüchow-Dannenberg:" Sie machen einen knorrigen und standfesten Eindruck und lassen sich nicht aus dem Anzug pusten." Der Widerstand gegen Atomanlagen werde schon wieder vergehen, " dann würden diese Schreihälse der Geschichte angehören." Als Bonbon verspricht er eine Äthanolanlage.

30.4.81: Kohl steht Schmidt in nichts nach und beteuert "bei Kaffee und Torte" den Kommunalpolitikern seinen Respekt, " ... da sie trotz großer Belastungen gesamtstaatlich verantwortungsvoll handeln Grill beschwerte sich bei ihm erneut über die PTB, da diese in einer schwachen Minute Langzeitversuche bei Castorbehältern für wünschenswert erachtet hätte. Zusätzlich stattet der nieders. Wissenschaftsminister Pestel dem Landkreis einen "Informationsbesuch" ab.

10.4.81: Auf Initiative der Gorleben-Frauen beginnen ganztägige Mahnwachen vor dem Gartower Rathaus, durch die auf die Einspruchsfrist gegen die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes hingewiesen werden soll.

4.5.81: In der letzten Woche der Einspruchsfrist (bis zum 11.5.81) werden Mahnwachen Tag und Nach durchgeführt.

5.5.81: Der Samtgemeinde Gartow wird ein von 400 Unterzeichnern unterstützter Bürgerantrag überreicht, mit der Bitte " in dieser Aktion eine Unterstützung des Rates zu erblicken, seien doch viele der angeführten Punkte auch bereits vom Rat als notwendig erachtet worden" Gefordert wird vor der geplanten Flächennutzungsplanänderung 1. die atomrechtliche Zwischenlagergenehmigung abzuwarten, 2. eine schriftliche Bescheinigung über den Verzicht auf eine WAA einzuholen, 3. eine erneute öffentliche Anhörung durchzuführen, 4. Schadensersatzfragen zu klären, 5. die Dauer der Zwischenlagerzeit zu klären, 6. eine Bürgerversammlung nach § 57, Nds. Gemeindeverordnung durchzuführen.

21.5.81: Die (gesetzlich vorgeschriebene) Sondersitzung der Samtgemeinde Gartow zum Bürgerantrag " beschert den 400 Antragstellern einen Teilerfolg" so die EJZ. Der Samtgemeinderat beschließt einmütig, den Bürgerantrag mit Ausnahme der Punkte 3 und 5 (öffentliche Abwägung und Bürgerversammlung) "in das Abwägungsgebot bei der Behandlung der während der Auslegezeit eingegangenen Anregungen und Bedenken einfließen zu lassen."

22.5.81: Die Samtgemeinde Lüchow sieht sich aufgrund fehlender Sicherheitsberichte über das Zwischenlager nicht in der Lage, eine positive Stellungnahme zur Änderung des Flächnutzungsplan abzugeben.

23.5.81: Die Bezirksregierung Lüneburg beschneidet das Naturschutzgebiet - entgegen 22 Einwendern - um die für das Zwischenlager benötigten 15 Hektar. Laut EJZ "zahlt die DWK nach Errichtung des (Zwischenlager-) Bauzauns fünf Millionen als einmalige "Abfindung" und während der Bau- und Betriebsdauer jährlich eine Million DM."

26.5.81: Der Bund für Naturschutz und Landschaftspflege protestiert scharf gegen die Aufhebung des Landschaftsschutzes über 15 Hektar. Neben 30 Einwendungen bei der Bezirksregierung wird eine Petition beim niedesächsischen Landtag angekündigt.

26./27.5.81: Nach zwei Sitzungen gibt der Samtgemeinderat Gartow vor 400 Zuhörern entgegen 1800 Einzeleinwendungen und unter Polizeischutz grünes Licht für das Zwischenlager. Die Flächennutzungsplanänderung wird ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung angenommen. Es kommt zu Tumulten und zur Entwendung amtlicher Zwischenlagerunterlagen.

1.6.81: Das Verhalten der 400 Zuhörer bezeichnet CDU-MdB-Grill als "Anfang vom Ende der Demokratie", die Atomgegner wollten "Faustrecht statt Demokratie".

5.6.81: Abrupt und "sichtlich frustriert" verläßt der nieders. Innenminister Möcklinghoff eine Diskussion mit Lüchower Jugendlichen. Nicht nur seine Glaubwürdigkeit dürfte erstmal dahin sein.

7.6.81: 200 - 250 einheimische und auswärtige Atomgegner beschließen in Gedelitz, eine Großaktion in Gorleben gegen den Zwischenlager-Baubeginn vorzubereiten.

Doch eine WAA in Gorleben?

Daß die DWK immer noch beabsicht, in Gorleben mehr als bloß ein atomares Zwischenlager zu bauen und dabei kaltlächelnd Zusagen von niedersachsens Ministerpräsidenten Albrecht zu Makulatur macht, konnte kürzlich ein Landwirt aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg schwarz auf weiß bestätigt sehen. Der Landwirt hatte im Mai 1978, überfahren von den anerkannt „frühkapitalistischen" Überredungsmethoden und unter dem Druck der Drohung, unweigerlich enteignet zu werden, einen Teil seines Landes an die DWK verkauft. (Er gehörte nicht zu jenen, bei denen der Rausch der Millionen gar nicht erst Skruppel aufkommen ließen.) Außerdem enthielt sein Vertrag eine Rückkaufsklausel: *„Wenn und sobald feststeht, daß Käuferin das von ihr beabsichtigte nukleare Entsorgungszentrum auf dem zur Zeit dafür vorgesehenen Gelände nicht errichten, fertigstellen oder in Betrieb nehmen kann, ist Käuferin verpflichtet, zunächst mit Verkäufer ernsthaft über einen Rückkauf des verkauften Grundbesitzes zu dann angemessenen Bedingungen zu verhandeln."*

Als im Mai 1979 Ministerpräsident Albrecht erklärte, in Gorleben ließe sich der Bau einer WAA politisch nicht durchsetzen, war eigentlich auch die Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums, dessen Hauptteil eine WAA ist, in Gorleben gescheitert. Nun hätte jene Rückkaufsklause anwendbar werden müssen. Die DWK zeigte sich aber nicht willig, in Rückkaufsverhandlungen einzutreten. Der Landwirt versuchte sein Rückkaufsrecht vor Gericht einzuklagen.

Das Landgericht Hannover entschied am 1. Aug. 1980 in erster Instanz: Bei Abschluß des Vertrages konnte noch nicht ins Auge gefaßt werden, daß die DWK nicht das nukleare Entsorgungszentrum errichten und nur andere, geringere Aktivitäten in Richtung Entsorgung entfalten könnte. Die Vertragsklausel solle dahingehend ausgelegt werden, daß mit Entsorgungszentrum auch ein Entsorgungskonzept gemeint sein könne.

Der Landwirt vertrat die Auffassung, daß man ja dann keine Verträge mehr machen könne, wenn sie bei Auftreten neuer Gesichtspunkte nur anders ausgelegt zu werden brauchten. Er ging in die Berufung. Sein ehemaliges Grundstück liegt weit ab von dem für ein Zwischenlager benötigten Gelände. Sein Anwalt berief sich wiederum auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Albrecht und auf die Erklärung der Regierungschefs der Länder vom 28. Sept. 1979. In der Berufungsantwort wurde die DWK dann deutlich. Wörtlich heißt es da: **„...es steht n i c h t fest, daß die Anlage nicht errichtet werden kann.** *Unstreitig hat die Beklagte (DWK Anm. d. Redakt.) die Genehmigung gemäß § 7 ATG bei dem für die Genehmigung zuständigen Niedersächsischen Sozialminister (vgl. § 24 Abs. 2 ATG) beantragt. Ebenfalls unstreitig ist über diesen* **Antrag bisher nicht entschieden worden. Es liegt nicht im freien Ermessen des Sozialministers,ob er dem Antrag stattgibt oder nicht. Wenn die sicherheitstechnichnischen Voraussetzungen gegeben sind, muß er vielmehr die Anlage genehmigen.** *Der Antragsteller, dessen Antrag abgelehnt wird, kann vor den Verwaltungsgerichten klagen. Erst wenn die Ablehnung unanfechtbar ist, steht fest, daß die beantragte Anlage nicht errichtet werden kann. Erst dann ist Raum für die Überlegung, ob damit die Voraussetzung für die vereinbarte Verhandlungsverpflichtung gegeben ist oder ob eine ergänzende Vertragsauslegung im Sinne der Begründung des angefochtenen Urteils vozunehmen ist.*

Zu Unrecht berufen die Kläger *(der Landwirt Anm. d. Red.)* **sich auf die Erklärung, die der Niedersächsiche Ministerpräsident am 16. 5.1979 für die Landesregierung im Landtag agegeben hat. Es handelt sich um eine Erklärung im Bereich der politischen Willensbildung, die nicht justiziabel ist.** *Maßgeblich für die Parteien dieses Rechtsstreits, zugleich Parteien des Kaufvertrages, ist die Entscheidung der zuständigen Behörde am gesetzlich geregelten Verfahren. Erst recht nicht maßgebend, schon seinem Inhalt nach, kann „der Beschluß der Regierungschefs" vom 28. 9.1979 sein, auf den die Kläger zeitlich abstellen. „Die Regierungschefs" sind allemal unzuständig. Dementsprechend enthält der „Beschluß" auch keine Entscheidung, sondern lediglich eine „Begrüßung", also wiederum eine politische Meinungsäußerung. „Begrüßt" wird im übrigen nicht eine negative Entscheidung der Landesregierung von Niedersachsen, sondern deren „Bereitschaft", die Errichtung eines Endlagers „zuzulassen".*

Es steht also nicht fest, daß die Beklagte „das beabsichtigte Entsorgungszentrum... nicht errichten ... kann". *Es steht vielmehr fest, daß die Voraussetzungen für einen Verhandlungsanspruch der Kläger im Sinne der Vertragsklausel nicht gegeben sind, die Klage also schon aus diesem Grunde abzuweisen ist."*

Die Entscheidung über diese Berufung beim OLG in Celle steht noch aus. **Wir dürfen gespannt sein, ob danach die Aussichten noch gestiegen sind, daß das Zwischenlager erst der Auftakt zum Atomstart in Gorleben ist. Jedenfalls würde sich gerichtlich bestätigen, daß jene Ratsherren in Gorleben und Gartow, die über die Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebaungsplan entschieden haben, auf unhaltbare Zusicherungen hereingefallen sind.**

Gudrun Scharmer, Holtorf

Ein Zwischenlager kommt nie allein!

Das Endlager ist uns auch schon sicher! Das ist die Zusage von Bundeskanzler Schmidt anläßlich seines klammheimlichen Besuches im Landkreis.

Nun fehlt nur noch die WAA. Aber auch die wird bald folgen!

Denn niemand bestreitet, daß unter dem „integrierten Entsorgungskonzept" die Zusammenfassung von Endlagerung und Wiederaufbereitung an einem Ort verstanden wird. Und solange Gorleben einziger Endlagerstandort ist, wird dort auch der „Nukleare Entsorgungspark" vorbereitet.

Schon bei seinem vorläufigen „Nein" zur WAA am 16. 5. 1979 schränkte Ministerpräsident Albrecht ein: „Solche Entscheidungen können nicht für die Ewigkeit sein."

Aus diesem Grunde wurde der Antrag der DWK auf Bau einer Wiederaufbereitungsanlage bis heute nicht zurückgezogen. Er wird von den zuständigen Behörden auch zügig weiter bearbeitet.

Diese den Landkreis und unsere Existenzen bedrohende Entwicklung beginnt mit der Änderung des Flächennutzungsplanes für das Zwischenlager durch die Samtgemeinde Gartow.

Dafür tragen die dortigen Kommunalpolitiker die Verantwortung.

Sie werden sich später nicht mit „Das haben wir nicht gewußt" und „Das haben wir nicht gewollt" herausreden können.

Bäuerliche Notgemeinschaft

Spendenkonto: 8 904, Kreissparkasse Dannenberg

EJZ 24.4.81.

ATOMKANZLER IM LANDKREIS:

Viel Lob für die "knorrigen und standfesten" Kommunalpolitiker des Landekreises; aufgescheuchte Kraniche, und als Abschiedsgeschenk das Versprechen eine Bio-Äthanol-Versuchsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu errichten; das ist die traurige Bilanz eines heimlichen (oder eher unheimlichen) Besuches des Atomkanzlers Anfang April bei seinen "atomverseuchten " kommunalpolitischen Untertanen.

Ganz im Gegensatz zur derzeitigen Strategie von Helmuts Wissenschaftlern und Atom-Politikern, einen aufgeprotzten Bürgerdialog mit allen Beteiligten im Landkreis zu führen, zog er es vor einen gemütlichen Samstag in der beschaulichen Natur um Lüchow zu verbringen und sich dabei nicht von Atomgegnern stören zu lassen. Unter größter Geheimhaltung erörterte er unter Ausschluß der Presse mit der ortsansässigen Atommafia von Kommunalpolitikern und Gorleben-Kommission Fragen der Atomstrategie und der gesamten Wirtschaftsstruktur des Landkreises. Atomgegner hatten nicht das zweifelhafte Vergnügen ihre Standpunkte dem Kanzler zu erläutern, denn ein Kanzler spricht nicht mit dem Pöbel sondern "mit den politische Verantwortlichen". Und so etwas wird nicht an die große Glocke gehängt. *"Einfach deshalb, weil ich es nie für eine Sensation, sondern für eine Selbstverständlichkeit halte, daß der Bundeskanzler die Meinungen und Erfahrungen der Veranwortlichen vor Ort kennenlernt, um sie bei den politischen Entscheidungen der Bundesregierung berücksichtigen zu können."* (Landeszeitung v. 18.4.81)

Zu dem Widerstand gegen atomare Pläne meinte Atom Schmidt lapidar, Widerstand sei ein Zug der Zeit, der binnen kurzer Zeit abgefahren sei, *'... dann würden diese Schreihälse der Geschichte angehören!"* Hochphilosophisch führte Atom-Schmidt weiter aus:*" Unruhe entsteht erst immer dann da, wenn sich Menschen geistig mit etwas beschäftigen, was sie noch nicht kennen, etwa nach dem Motto: Wat de Bur nich kennt, dat frit he nich."* (EJZ v. 6.4.81) Es ist schon beruhigend zu wissen, einen derart intelligenten und weltmännischen Mann an der politischen Spitze zu haben, der aber auch wirklich an alles denkt. Da wagt es doch so ein dahergelaufener NDR-Reporter zu fragen, ob die Maßnahmen in Gorleben nicht einen erneuten Eingriff in die Landschaft darstellen würden. Darauf der Kanzler: *"Von der Zerstörung der Landschaft zu sprechen, ist eine unsinnige Übertreibung."* Sich an den fragenden Reporter persönlich wendend äußerte Schmidt:*" Sie gingen noch zur Schule, als ich schon an Naturschutz dachte."* Bravo Helmut! (EJZ v. 6.4.81).

Im Wendlandhof in Lübeln und beim Mittagessen in Gartow wurde im vertrauten Kreise über das atomare Endsorgungskonzept des Bundes und über das Zwischen - und Endlager gesprochen. Hier konnten sich die schmierigen Kommunalpolitiker ihr Lob von höchster Stelle für ihre "verantwortungsbewußte" Atompolitik abholen und mit stolz geschwellter Brust in ihr kleinbürgerliches Kämmerlein tragen. So sprach der Kanzler:*" Die Entscheidung des Landkreises Lüchow-Dannenberg für die Verwirklichung eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente und schwachradioaktive Abfälle sowie zur Prüfung des Salzstockes auf seine Eignung für ein mögliches Endlager habe ich in meinen Gesprächen in Bonn selbst ausdrücklich gewürdigt. Der Beschluß ist ein wertvoller Beitrag zum Entsorgungskonzept von Bund und Ländern. Er erleichtert die Entscheidungen über einen weiteren Ausbau der Kernenergie in dem für unsere Energieversorgung unerläßlichen Maß."* (LZ v. 18.4.81) Da hat er recht, der gute Helmut! Bei der Frage der Wiederaufarbeitung zeigte er dann sein ausgeprägtes technisches Verständnis, denn *" ...in technischer Hinsicht, auch in sicherheitstechnischer Hinsicht, ist Wiederaufarbeitung kein Problem. Das macht uns vor allem unser Nachbar Frankreich vor. Auch die Versuchsanlage Karlsruhe, die ich vor kurzem besichtigt habe, arbeitet gut."* (LZ v. 18.4.81) In diesem Zusammenhang sei an die Unfälle in La Haque und Karlsruhe erinnert, Herr Kanzler!

Daß unser Kanzler aber auch über die Grenzen des Wendlandes hinausdenken kann (böse Zungen könnten ihm imperialistisches Großmachtstreben unterstellen) verdeutlicht folgende Ausführung:*" Aber die Frage der Wiederaufarbeitung hat ja nicht nur einen lokalen Aspekt, sondern auch einen Internationalen. Für die Bundesregierung steht außer Zweifel, daß wir eine eigene Wiederaufarbeitungsanlage haben müssen. Wenn wir darauf verzichten wollten, würden wir nicht nur die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich der Entwicklung fortgeschrittener nuklearer Technologien in Frage stellen, stellen, sondern international auf diesem Feld hoffnungslos ins Hintertreffen und in fremde Abhängigkeit geraten. Als stark exportorientierter Industriestaat müssen wir unserer eigenen Arbeitsplätze wegen über alle im Zusammenhang mit der Kerntechnik notwendigen Technologien verfügen, und zwar nicht nur auf dem Papier."* (LZ v. 18.4.81)

Die Menschen in Lüchow-Dannenberg werden von dem großen Profitkuchen jedoch nichts abbekommen; sie sollen zumindest ein paar Krümel erhalten. Deshalb wies Schmidt auch auf alternative Energiegewinnung hin und versprach großzügig, sich für die Errichtung einer Bio-Äthanol-Anlage einzusetzen, denn *"... für den Landkreis Lüchow-Dannenberg könnte eine solche Versuchsanlage eine wichtige Hilfe bei der Bewältigung der dort drängenden wirtschaftlichen Probleme darstellen."* (LZ v. 18.4.81)

Besonders stolz können die Herren Kommunalpolitiker über die abschließenden Bemerkungen ihres Kanzlers sein, wo er *"... angenehm überrrascht darüber war, wie geschlossen die Kommunalpolitiker, gleich welcher Coleur, das Entsorgungskonzept des Bundes und der Länder unterstützen. Sie machen einen knorrigen und standfesten Eindruck und lassen sich nicht aus dem Anzug pusten."* (EJZ vom 6.4.81).

AUCH HELMUT KOHL KAM NACH LÜCHOW

Wenige Tage nachdem Helmut Schmit den Landkreis besuchte, ließ es sich auch der Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl, nicht nehmen seinen Senf bei einem überraschenden Besuch in Lüchow-Dannenberg dazuzugeben. Bei einem "Informationsbesuch" diskutierte Kohl ebenfalls mit Kommunalpolitikern und Mitgliedern der Gorleben-Kommission über das Entsorgungskonzept. Merkwürdigerweise zeigte Kohl tiefes Bedauern darüber *" ... daß die Atomkraftproblematik zu einer parteipolitischen Klassifizierung in der Bundesrequblik geführt hat. Daß das Thema Kernenergie derart unsachlich diskutiert wird, zeugt von einer bestürzenden Verwahrlosung der politischen Kultur in der Bundesrequblik."* (HAZ v. 30.4.81) So verwahrlost kann die politische Kultur zumindestens innerhalb der drei großen Parteien wohl noch nicht sein, denn im großen und ganzen *" ... teile ich die Ansicht des Bundeskanzlers, daß auf lange Sicht gesehen die Bundesrequblik ohne eine WAA nicht ihre Energieversorgung sicherstellen könnte."* (LZ v. 30.4.81) Auch Kohl zollte den Kommunalpolitikern Respekt, *" ... da sie trotz großer Belastungen gesamtstaatlich verantwortungsvoll handeln."* (LZ v. 30.4.81)

Ansonsten unterschied sich der Besuch der beiden deutschen Ober-Helmuts nur dadurch, daß Schmidts ' Helmut zusammen mit Frau Loki nach den politischen Gesprächen noch durch Feld, Wald und Wiesen spazierte, wobei einige Kraniche verständlicherweise verschreckt das Weite suchten, während Kohls ' Helmut aufgrund des schlechten Wetters früher als vorgesehen den Rückflug mit dem Hubschrauber antreten mußte. Ein Glück!

Soviel Lobhudelein für die so arg geplagten Kommunalpolitiker innerhalb weniger Tage von höchster Stelle! Das tat ihnen gut! So wollten sie sich dankbar zeigen und "gesamtstaatliche Verantwortung" demonstrieren und so beschloß der Rat der Samtgemeinde Gartow ohne Gegenstimme in einer Sitzung Ende Mai die vierte Änderung des Flächennutzungsplanes. Damit gab der Rat grünes Licht für den Bau eines "Zwischenlagers" in Gorleben. Die Gartower Kommunalpolitiker sind halt knorrig und standhaft, aber es wird Zeit, daß man sie mal aus dem Anzug pustet!!

Mahnwache in Gartow

Verladebahnhof in Wustrow ?

Anfang April mußten die Wustrower Ratsherren erst aus der EJZ erfahren, daß ihr Ort als Umladestation für Castor-Brennelementbehälter im Gespräch ist. Weder die Betreiber des geplanten Zwischenlagers, nämlich die Brennelementlager-GmbH Gorleben (BLG), noch andere Stellen, die davon wissen mußten, hatten es für nötig gehalten, die Wustrower Kommunalpolitiker, erst recht nicht die Bevölkerung, zu unterrichten.

Der Wustrower Rat sollte nun auf Wunsch der Samtgemeinde Lüchow zu einer Änderung des Vorentwurfs eines Flächennutzungsplans Stellung nehmen in dem ein Bereich, der unmittelbar an das Bahngelände grenzt, als Wohngebiet, ein anderer als Gewerbegebiet ausgewiesen wird.

Bürgermeister Werner Meiner lud zwei Vertreter der BLG ein, um überhaupt erst einmal Informationen über das geplante Projekt zu erhalten. Diese Informationen bestanden im wesentlichen aus Beschwichtigung und Schönfärberei. Die BLG-Herren stellten das Problem so dar, als ginge es um das Umladen von Kartoffelsäcken.

Worum geht es wirklich ?

Die abgebrannten Brennelemente sollen aus den AKW's auf dem Schienenweg in den Landkreis Lüchow-Dannenberg gelangen. Sofern nicht ein direkter Gleisanschluß für das zwischen Gorleben und Gedelitz geplante Zwischenlager gebaut werden soll, müssen die Castor-Behälter mit den Brennelementen auf LKW's umgeladen werden. Als entsprechende Bahnhöfe sind alternativ Dannnenberg-Ost und Wustrow im Gespräch. Die Sorge der Wustrower wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Brücken zwischen Dannenberg und Gorleben bis zu 120 t zugelassen sind, die Schwertransporter aber bis zu 177 t wiegen können. Daraus ergibt sich, daß Wustrow für die Betreiber eher geeignet erscheinen muß. Diese setzen das Verwirrspiel aber fort, indem z.B. BLG-Geschäftsführer Sagemühl am 4.5. vor der Gorleben-Kommission behauptet, mit den Benennungen Wustrow und Dannenberg-Ost nur allgemein darstellen zu wollen, daß derartige Transporte durch den Landkreis möglich seien. Die eigentliche Entscheidung über den Ort des Umladens müsse auf politischer Ebene erfolgen.

Nun, was die Politiker in Wustrow anbelangt : Sie wollen den Umladebahnhof nicht haben.(Ein Ratsherr fragte, warum denn nicht Lüchow Umladebahnhof werden kann, „denn Lüchow reißt doch sonst immer alles an sich"). Nur wollen die Betreiber die Wustrower gar nicht um Erlaubnis fragen. Laut Sagemühl kann die Bundesbahn, die für das Umladen zuständig ist, die entsprechende Gleisanlage mit Kran auf eigenem Gelände bauen und dazu sei dann keine Änderung des Flächennutzungsplans und keine Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich. So einfach geht das !

Erleichtert wird dadurch auch die Haltung des Wustrower Bürgermeisters, der sich ansonsten nicht gerade als Gegner der Atompläne profiliert. Gegen das Zwischenlager hat man von Wustrower Kommunalpolitikern noch nichts gehört, gegen den Umladebahnhof läßt sich dagegen leicht argumentieren, denn erstens würde der ja direkt vor der Haustür stehen, und zweitens hat man in Wustrow mit der Entscheidung sowieso nichts zu tun. In Anbetracht der bevorstehenden Kommunalwahl eine sehr günstige Konstellation.

Welche konkreten Gefahren und Probleme sich aus dem Castor-Transport und dem Umladen ergeben, wurde u.a. auf einer Informationsveranstaltung der BI im April in Wustrow deutlich. An dieser Stelle seien nur kurz die wichtigsten Punkte erwähnt :

* die Castor-Behälter sind außen mit strahlenden Teilchen kontaminiert(vergiftet), sie geben eine Oberflächenstrahlung ab

* die Brennelemente enthalten eine Vielzahl radioaktiver Isotope, die durch ein noch nicht langzeiterprobtes Deckelsystem mit Kunststoff- und Metalldichtungen zurückgehalten werden sollen

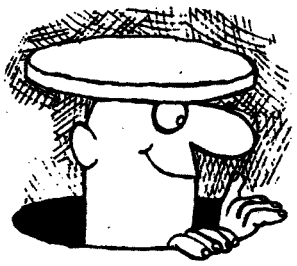
* die Transportfrequenz, von den Betreibern mit 2–3 Behältern pro Woche angegeben, dürfte wesentlich höher liegen, wenn erst eine WAA betrieben wird und zwischengelagerte Brennelemente von Gorleben zur WAA transportiert werden (die WAA soll ja angeblich nicht in Gorleben entstehen, s. hierzu aber auch S.). Ein Bahnhof wie Wustrow wäre jeweils halbe oder ganze Tage geschlossen

* bei einem Unfall, bei Lecks oder irgendwelchen anderen Gefährdungen müssen die Behälter wieder bis in das entsendende AKW zurücktransportiert werden, weil weder die Umladestation noch das Zwischenlager über Möglichkeiten verfügen wird, den Schaden zu beheben. Das werden dann die besonders „heißen" Transporte

* auf die Frage der möglichen Gefährdung von Gebäuden durch Erschütterungen (bei immerhin 177t-LKW's) wird nur lapidar behauptet, man könne das ausschließen

* in welchem Umfang Behinderungen des landwirtschaftlichen und des sonstigen Verkehrs im Landkreis Lüchow-Dannenberg durch Straßensperren, Sicherungsmaßnahmen, Polizeiaufgebot etc. zu erwarten sind, ist noch offen, es läßt sich aber leicht vorstellen, wie das aussehen wird.

All diese Gefahren haben die Bewohner von Wustrow klar vor Augen. Es ist zu hoffen, daß sie sich nicht durch starke Worte ihrer Kommunalpolitiker besänftigen lassen, denn sonst bleibt es wirklich beim „Sturm im Wasserglas", wie CDU-Grill die Besorgnis der Wustrower Bürger zu nennnen beliebt.



Protokoll des Pfingsttreffens in Gedelitz :

Großaktion in Gorleben geplant

Das am 30.5.81 von der Zwischenlagerkonferenz in Marburg beschlossene Pfingstreffen in Gorleben fand mit ca. 200 Teilnehmern statt. Durch die kurzfristige Einladung konnten die Teilnehmer aus den verschiedenen BI ' s nur für sich sprechen, da die Aktionen zum Baubeginn des ersten Zwischenlagers in den BI ' s noch nicht ausreichend diskutiert worden sind. Zu Beginn des Treffens wurde von den aktiven Mitgliedern der BI Lüchow-Dannenberg über den Stand der Zwischenlagerplanung berichtet.

Obwohl mit dem Baubeginn jederzeit zu rechnen ist, waren wir uns einig darin, daß eine Großaktion eine Vorbereitungszeit von mindestens 4 - 6 Wochen bedarf und nicht vom Baubeginn abhängig gemacht werden kann. **Nur durch eine Großaktion kann eine bundesweite Öffentlichkeit für das Atommülltransport- und Zwischenlagerproblem geschaffen werden.**

Es wurden folgende Aktionsvorschläge diskutiert:

1. dezentraler, bundesweiter Aktionstag zum Baubeginn.
2. Wendlandblockade: Totalsperrung aller Zufahrtswege in den Landkreis über mehrere Tage, um eine breite Öffentlichkeit zu schaffen (alle sind betroffen), und um die Zwischenlageranlieferung zu unterbrechen. Bei der Totalblockade besteht das Problem, daß man gerade die Leute, die man ansprechen will und auf die man angewiesen ist, verägert. Ein weiteres Problem ist die Durchführung der Blockaden: entweder braucht man sehr viele Leute über mehrere Tage, oder man setzt Mittel zur Blockierung von Straßen ein, wie z.B. Barrikadenbauen und Straße aufreißen, die sehr umstritten waren.
3. Großzeltlager von Donnerstag — Sonntag zur Belagerung von 1003 (Zwischenlagerstandort). Zu diesem Großzeltlager gab es zwei kontroverse Meinungen:

a. Camp mit vorher klar abgesteckten gemeinsamen Aktionsrahmen mit demonstrativem Charakter (Mauerverschönerung - Anlegen eines künstlichen Walles, um die Mauer verschwinden zu lassen)

b. Camp als Aktionszentrum ohne Einschränkung der Aktionsformen

Wir konnten uns in dieser Form nicht auf einen der beiden Punkte einigen.

4. 3-tägige Sternfahrt mit anschließender Großdemonstration. Die Sternfahrt soll die Verbindung der einzelnen Standorte von Atomanlagen zum Zwischenlager in Gorleben deutlich machen (Atommülltransport) und zusätzlich für die Großdemonstration mobilisieren.

Mit der ersten Großdemonstration seit 1977 im Landkreis soll gezeigt werden, daß die gewünschte Friedhofsruhe im Landkreis nicht eintritt und daß wir erkannt haben, daß die bundesdeutschen AKW ' s nur weiter betrieben und neu genehmigt werden können, wenn jetzt mit dem Zwischenlagerbau begonnen wird.

Nach längerer Diskussion haben wir uns auf folgendes geeinigt:

Beginn der Sternfahrt donnerstags mit dem Ziel, daß ständig Konvois im Landkreis eintreffen. Schwerpunkt der bundesweiten Sternfahrt ist eine massive Öffentlichkeitsarbeit mit Begleitdemonstration und Aktionen in möglichst vielen Durchfahrtsorten. Für früher eintreffende Konvois gibt es ein gemeinsames Zeltlager. Sollte die Polizei die Konvois aufhalten, wird es zu Blockaden und zur Verstopfung des Landkreises kommen.

An der Großdemonstration am Sonntag können sich alle Atomkraftgegner beteiligen, die aus zeitlichen Gründen nicht an der Sternfahrt teilnehmen konnten. Über den Charakter der Großdemonstration wurde noch nicht diskutiert.

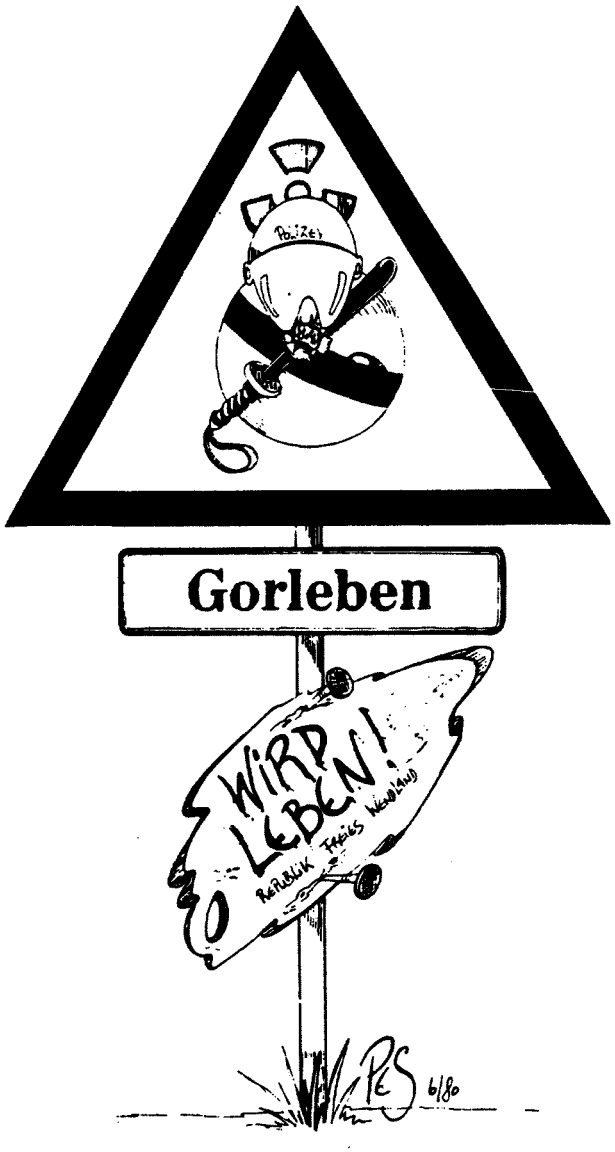
Am 20. Juni 1981 (14.00 Uhr Trebeler Bauernstuben) findet ein Vorbereitungstreffen statt, auf dem dieser Vorschlag ausführlich diskutiert und beschlossen werden soll. Die Teilnahme von möglich vielen BI ' s ist sehr wichtig, da die ganze Aktion nur sinnvoll ist, wenn sie bundesweit von vielen BI ' s getragen wird. BI ' s, die nicht vertreten sind, sollen auf jeden Fall schriftliche Stellungnahmen vor dem Trebeler Treffen einschicken (an Rebecca Harms, 3139 Gusborn, Zadrau). Es ist wichtig, daß beim Trebeler Treffen von den BI ' s konkrete Vorschläge zum Ablauf der Sternfahrt (Abfahrt der einzelnen BI ' s, Zusammentreffen mit anderen, Aktionen etc.) vorgelegt werden.

Die Aktion selbst soll 3 bis 4 Wochen nach dem Trebeler Treffen stattfinden.

Klar ist, daß diese Aktionen nicht in Konkurrenz treten darf zur beschlossenen Großdemonstration in Nordhessen nach Bekanntgabe der WAA-Standortes. In diesem Fall müßte eine genaue Absprache getroffen werden.

Wenn am 20. Juni in Wethen (Nordhessen) eine Demo stattfindet, wird das Trebeler Treffen verschoben.

(Zusammengestellt von Vertretern des Pfingsttreffens und der BI Lüchow-Dannenberg)



Bericht vom Gedelitzer Treffen

Über Jahre hinweg und auch noch in den letzten Wochen wurde von der BI Lüchow-Dannenberg und anderen eine Großdemonstration bzw. eine Großaktion in Gorleben abgelehnt. Als Begründung hieß es immer wieder, daß solche Aktionen die einheimische Bevölkerung überfordern und den bisherigen Widerstand kaputtmachen könnten, außerdem könne der Landkreis polizeilich großräumig abgesperrt werden und überhaupt: auf diesen engen Straßen sei schon aus organisatorischen Gründen eine Großaktion unmöglich.
Verwundern mußte also ersteinmal der Vorschlag des Marburger Atommülltreffens vom 30.5., eine *„Kombination aus Platzbesetzung, Blokkade und Großaktion"* gegen den Zwischenlager-Baubeginn in Gorleben durchzuführen.Im folgenden einige Äußerungen vom ersten Vorbereitungstreffen am Pfingstsonntag in Gedelitz, die ganz gut zeigen, daß tatsächlich ein Stimmungsumschwung eingetreten ist:

Zu Beginn schilderten Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg, wie sich die fast einstimmige Beschlußfassung des Gartower Samtgemeinderats für ein Zwischenlager ausgewirkt hat:*„Es war ein furchbarer Tag, zu sehen, wie egal ihnen das ist, was wir sagen."* Und eine andere BI-Aktivistin:*„Was uns aufgefallen ist, daß die Hektik der Ratsherren darauf hinausläuft, daß schnell Ruhe einkehrt. Wir müssen zeigen, daß es hier keinen Frieden gibt, dazu müssen hierher viele Leute von außerhalb kommen."* Und auf die Frage eines Göttinger Atomgegners, ob denn eine Großaktion bei den Widerstandsgruppen im Landkreis auf Zustimmung stößt:*„ Zur Zeit nicht viel. Resignation ist ganz klar da. Die Frage ist, gibt es wichtige Gruppen, die sich dagegen stellen oder wird das toleriert. Irgendwie ist jetzt aber allen klar,daß was laufen muß. Mit den Formen des Widerstands, die hier für uns möglich sind, sind wir erstmal am Ende. Deshalb ist jetzt eine Stärkung durch eine Großaktion unheimlich wichtig. Bei vielen Leuten, die in Gartow dabei waren, ist es so, daß sie nicht mehr nur mit sich selbst blockieren wollen, sondern daß sie was mit anderen machen wollen."*
Eine engagierte Vertreterin der Bäuerlichen Notgemeinschaft plädierte dafür, das vorgeschlagene Camp mit Blockaden zu koppeln und alles in eine Großdemonstration einmünden zu lassen:
„ Über Tage hinweg muß die Einfahrt unserer Leute in den Landkreis passieren, es muß immer zügig gefahren werden, 4 Tage, Tag und Nacht, die Polizeidienstpläne müssen völlig durcheinandergebracht werden."

Während der Punkt, daß eine Großaktion nötig ist, unumstritten war, zeigten sich in der Frage des Charakters der Aktion große Meinungsverschiedenheiten.
Die Position eines älteren Lüchow-Dannenbergers:*„Wir wollen hier an Widerstandsformen nichts ausschließen; die Arschlöcher, die nichts machen wollen, bleiben sowieso sitzen, da können wir keine Rücksicht drauf nehmen."* war unter den Teilnehmern sehr umstritten. Einzelne BI-Aktivisten setzten sich dafür ein, daß zumindest zum Zeitpunkt der Großaktion *„hier nichts kaputt gemacht wird"*. Man habe im Landkreis zwar Verständnis für die Wut, aber öffentlich könne man solche Aktionen nicht unterstützen. Vielmehr komme es darauf an, den Rahmen der Aktion vorher genau abzustecken. Von „Auswärtigen" wurde vereinzelt auch die Meinung vertreten, daß ein genau abgesteckter Rahmen verhindern könne, daß staatliche Repressionen stattfinden. Andere „Auswärtige" machten deutlich, daß sie keine Aktion unterstützen würden, *„wenn uns hier wieder gesagt wird, das und das und das darf nicht gemacht werden."*
Eine andere Teilnehmerin meinte in Bezugnahme auf den Brokdorfweiterbau nach einer 100.000--köpfigen Demonstration: *„ Es geht nicht nur darum, daß wir mehr werden, sondern auch darum, daß unsere Aktionen eine gewisse Entschiedenheit aus drücken*.Es wurde vorgeschlagen, daß gegen örtliche Polizeisperren in den verschiedenen Orten (ähnlich wie bei Brokdorf 4) örtliche Widerstandsaktionen im Falle einer Behinderung angedroht werden sollten. Einem weitern Vorschlag zufolge sollte von anfang an festgelegt werden, daß der Großaktion dezentrale Aktionstage im Sinne des „Freitag, dem 13." folgen.Die Großaktion dürfe nur als Auftakt für den weiteren Widerstand verstanden werden.

Ich persönlich gehe davon aus, daß ein von vornherein verbindlich festgelegter Rahmen viele BIs von der Teilnahme an der Aktion abhalten würde und insofern die Mobilisierung von vornherein halbherzig laufen würde. Der offene Rahmen der letzten Brokdorfdemonstration (innerhalb dessenbestimmte Aktionen auf Kosten anderer AKW-Gegner ausgeschlossen waren) hat m.E. bewiesen, daß vorherige Reglementierungen unnötig sind.

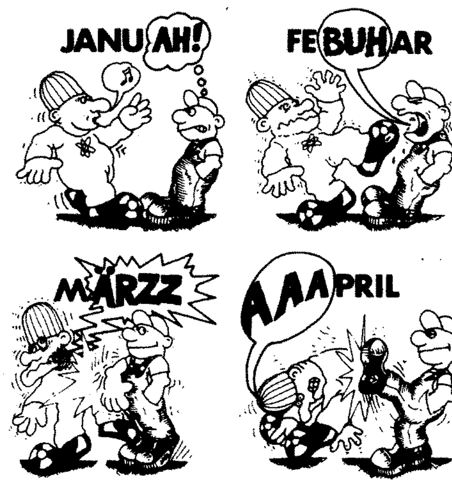
Ein Teilnehmer des Pfingstreffens

* *

Sand ins Getriebe der Atomindustrie

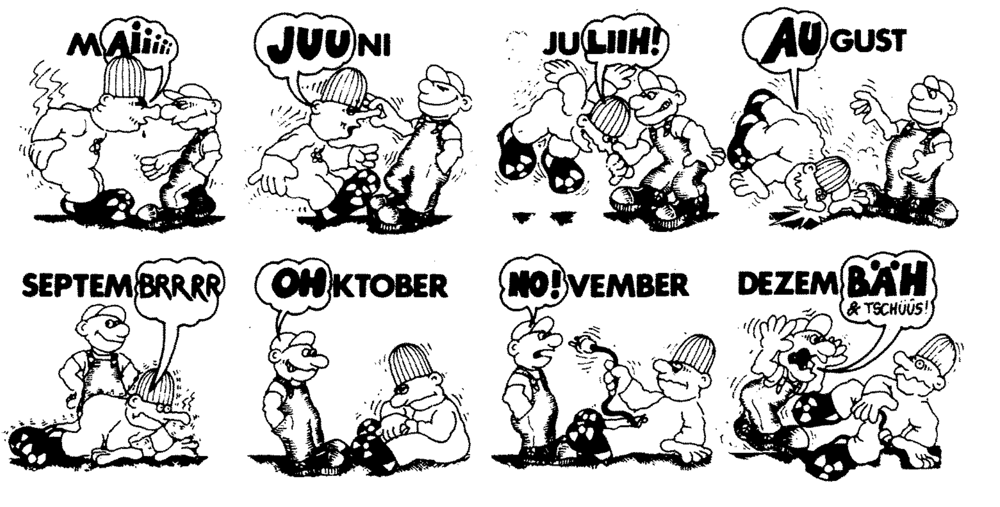
Hier sollen kurz einige Aktionen von Atomgegnern aufgezählt werden, die der Atommaffia hoffentlich das Leben ein wenig schwerer machten. Bisher ist von dieser Art vom Widerstand im Wendland kaum etwas an die Öffentlichkeit gedrungen. Die nachfolgende Aufzählung ist deshalb gewiß auch nicht vollständig.

- Bei der ehemaligen Überseefunkstation der Post in Woltersdrorf, heute Polizeiunterkunft, wurde die Abwasserkanalisation verstopft. Dies hatte zur Folge, daß die Abwässer der Toiletten nicht mehr abfließen konnten.
- Beim Depo des Celler Brunnenbau wurden die Elektroleitungen gekappt.
- Bei 7 oder 8 bewachten Bohrfahrzeugen an einer Pegelbohrung in der Nähe von Marleben wurden die Reifen zerstochen. Erst drei Wachablösungen später wurde der Schaden mit Schrecken erkannt.
- Beim Bürgermeister der Samtgemeinde Gartow, Rathje, wurde nach bekanntwerden der Ratsentscheidung zur Änderung des Flächennutzungsplanes die Fensterscheiben eingeschmissen.



Das Informationszentrum der DWK stinkt uns schon lange

Am 1. Mai betrat eine Schar junger Leute das Info-Zentrum der DWK in Gorleben (ehem. alte Schule - dann von der DWK umgebaut). Nachdem sie sich hinreichend informiert hatten, verließen sie das Gebäude wieder. Es bleib ein erbärmlicher Gestank zurück -
damit jeder Besucher merkt, wie die Pläne der DWK stinken.
Die Duftwirkung schien sehr nachhaltig zu sein, da noch zwei Wochen später eine Besuchergruppe aus der VHS-Göhrde sich der Verdächtigung ausgesetzt sah, ebenfalls ein Buttersäure-Attentat ausgeübt zu haben.



Mit 2 Hundertschaften gegen Konvoi...

Mit einem 17 PKW starkem Konvoi organisierten Mitglieder der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA) Pfingsten eine Atommülldemonstration nach Gorleben. In den Dörfern stieß der Konvoi auf großes Interesse, auf freiem Gelände fielen je eine Hundertschaft Polizei und BGS über ihn her. Die vielseitigen Erfahrungen der Bremer/innen sind besonders auch deshalb sehr interessant,weil die geplante Großaktion in Gorleben aller Wahrscheinlichkeit nach mit ähnlichen Atommüll-Konvois („Sternmarsch nach Gorleben") eingeleitet werden soll. Wir veröffentlichen deshalb einen Leserbrief von Margot Overath, einer Teilnehmerin des Konvois, der möglicherweise in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" nicht abgedruckt wird. In einer Ergänzung hierzu schildert Margot die positiven Erfahrungen mit dem Atommüll-Konvoi.– Beides zusammen dürfte genug Stoff für Diskussionen in den BI's über mögliche ähnliche Aktionen bieten!

Leserbrief

„Wie die Polizeiinspektio mitteilte,verlief der Einsatz ohne Zwischenfälle", schrieb die EJZ am 9.6. über die Auflösung des Autokonvois aus Bremen ducrch die Polizei.
Ich als Betroffene beurteile diesen Einsatz allerdings anders.Unmittelbar nachdem der Konvoi von entgegenkommenden Polizeifahrzeugen gestoppt worden war, befahl der Einsatzleiter in militärischem Ton, daß die Fahrzeuginsassen ab sofort alle seine Anweisungen zu befolgen hätten, sonst würde *„direkte Gewalt"* angewendet. Wir protestierten sofort gegen diese Drohung. Der Konvoi aus 17 Fahrzeugen hatte durch die Art seiner Aufmachung nichts anderes getan, als darauf hinzuweisen, daß demnächst Transporte von Atommüll und abgebrannten Brennelementen aus den AKW's die Ortschaften bedrohen werden, falls das Zwischenlager in Gorleben wie geplant gebaut wird. Aus unsere Frage, seit wann denn die Polizei mit „direkter Gewalt" drohe - wo doch sonst so viel Wert darauf gelegt wird, sich selbst als friedlich und die AKW-Gegner als kriminell hinzustellen -bekamen wir zur Antwort:*„Heute ist das mal andersrum, heute fangen wir mit der Gewalt an."*
Dies spielte sich leider nicht auf der Bundesstraße bei Waddewitz ab, wie es nach der EJZ-Meldung den Anschein hat, sondern auf einer Nebenstrecke hinter Waddau, also ohne schützende Öffentlichkeit. An der Fahrzeugschlange entlang waren Polizisten -Mann an Mann- in Kampfausrüstung postiert. Meiner Einschätzung nach war eine Hundertschaft Polizei im Einsatz. Am Ende des Konvois riegelten ein bis zwei Hundertschaften Bundesgrenzschutz den Fluchtweg ab. Alle Fahrzeuge wurden durchsucht, Taschen und Gepäck durchwühlt, Koffer- und Motorräume mußten geöffnet werden.Die Personalien jedes einzelnen Konvoiteilnehmers sind schriftlich festgehalten worden, ebenso die polizeilichen Kennzeichen der Fahrzeuge. Einige der mitgeführten Fässer mußten von den Dachgepäckträgern abgenommen werden. Die Durchsuchung dauerte etwa eineinhalb Stunden. Wäre der Konvoi nicht von der Bundesstraße in die Nebenstrecke abgebogen, hätte dieser Einsatz eine Sperrung der Hauptverbindungsstrecke nach Lüchow bedeutet. Was die Möglichkeit der Landkreisabriegelung durch Polizei und BGS betrifft, fühlten sich die Konvoiteilnehmer an die Einsätze bei der Räumung von 1004 vor einem Jahr erinnert.
(...)

Ergänzung des Leserbriefes

Die Fahrt war ganz toll.Wir sind ganz gut zusammengeblieben und immer mit Sirenengeheul in die Ortschaften rein. Über Lautsprecher haben wir erklärt was wir transportieren und wohin, danach noch kurz einige Erläuterungen. Wir sind in den Ortschaften 20km/h gefahren, ab und zu haben wir ganz angehalten. Durch die Lautsprecheransagen und unsere Aufmachung(Fässer mit dem Radioaktivitätszeichen auf den Dachgepäckträgern) haben wir viel Aufsehen erregt. Uns wurde überall zugehört und teilweise auch applaudiert. Wir haben beobachtet, daß die Leute teilweise an die Fenster und auf die Straße gestürzt kamen.
Für uns war das ein guter Test für die diskutierte Aktion im Juli. Die Konvois müssen nicht unbedingt länger als 20 Fahrzeuge sein, dafür aber auf jeden Fall gut ausgerüstet (Tonnen, Plakate und Kleister,Flugblätter,Lautsprecher, Megaphone, Sirene etc.) . Wenn möglich, sollten in Abständen mehrere Konvois die gleiche Strecke fahren. Aus den Städten ließe sich daß bestimmt machen. Es müßte dann abgesprochen werden, daß sich die Land-BI's anschließen. Das hat bei uns Pfingsten noch nicht funktioniert, obwohl wir sehr viele BI's aus dem Bremer Umland und von der Strecke angeschrieben haben. Vielleicht werden alle Konvois so wie wir aufgehalten,woraus sich dann wieder irgendwelche Aktionen ergeben könnten. Das wär's erstmal, bis zum 21. in Trebel.

Innenminister wollte mit Schülern nicht länger reden

Glaubwürdigkeit angezweifelt — Diskussion im Jugendzentrum

Lüchow. Sichtlich enttäuscht brach Niedersachsens Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff am Mittwoch eine Diskussion mit Schülern im Jugendzentrum in Lüchow vorzeitig ab. Ihm war von Pennälern gesagt worden, er sei nicht glaubwürdig. Möcklinghoff, der zuvor — wie berichtet — den Rohbau des neuen Kreishauses besichtigt hatte, äußerte vor seinem Auszug aus dem Jugendzentrum, er sei eigens zu dieser Diskussion gekommen, um mit der jungen Generation in einem demokratisch-fairen Meinungsaustausch Probleme zu erörtern.

Annähernd 70 Schüler hatten sich im großen Saal des Lüchower Jugendfreizeitheimes an der Berliner Straße versammelt und sich im wohlgeordneten Halbrund um den Minister und seine Begleitung, darunter auch Landtagsabgeordneter Kurt-Dieter Grill, geschart. In seiner Begrüßung äußerte der Innenminister, daß er von den Schülern hören wolle, wo Landespolitiker falsche Wege gehen.

Dies wurde dem Gast aus Hannover von den jungen Leuten des öfteren kundgetan. Die abrupt abgebrochene Diskussion war für den Minister kein Zuckerlecken. Er werde — so äußerte Dr. Möcklinghoff — fortan nur in einem kleineren (ausgesuchten?) Kreise Rede und Antwort stehen. Daß der Minister „das Handtuch warf", war wenig verwunderlich, denn er spürte, daß seine jungen Gesprächspartner zwar seinen Argumenten lauschten, ihm aber doch nicht glaubten. „Lassen Sie mal die Leute ausreden", unterbrach ein Zwischenrufer den Minister, der — das sei angemerkt — sich eifrig um ein offenes Gespräch bemühte. Dieses wollten auch die Schüler, nur drehten sie den Spieß um, ließen sich nicht „gütig" über demokratische Spielregeln belehren, sondern forderten von dem „abwählbaren" Politiker Rechenschaft.

Angeführt wurde u. a. das Thema Polizeikaserne in Lüchow. Warum müsse eine solche Anlage dicht an einer Grundschule errichtet werden, warum sei überhaupt mehr Polizei in diesem Kreis notwendig, wurde gefragt. Dazu der Innenminister: „Der Staat muß den Schutz solcher dem wirtschaftlichen Allgemeinwohl dienenden Anlagen sicherstellen. Wir brauchen die Polizeipräsenz, weil ein kleiner Kern den Bau von Atomanlagen verhindern will."

Im kommenden Jahr — so Möcklinghoff — werde mit dem ersten Bauabschnitt begonnen. In dieser Unterkunft könnten 400 Beamte untergebracht werden. Als Stammbelegung seien 70 Mann vorgesehen. Auf den Einwand einer Schülerin, daß sie beim ständigen Anblick uniformierter Polizisten Beklemmungen und auch Schuldgefühle habe, meinte der Innenminister, man müsse eben versuchen, das Angstgefühl gegenüber der Polizei abzubauen.

Schon klang leise „Brokdorf", vernehmlicher die Platzräumung „1004" an. Von wem sei wohl die Gewalt ausgegangen, wollte einer wissen. Von den „1004"-Besetzern oder von den Polizisten, die sich für diesen Einsatz die Gesichter sogar schwarz gefärbt hätten? Möcklinghoff bezeichnete die Platzbesetzung als widerrechtlich, über das fast philosophische Thema „aktive oder passive Gewalt" gab es keine Übereinstimmung. Auf einem „Schleichweg" wollte der Minister seine jungen Gesprächspartner mit der Frage überlisten, was sie denn täten, wenn in ihren Betten plötzlich Fremde liegen würden. Die für Möcklinghoff vielleicht verblüffende Antwort: „Na und, wir erkundigen uns erst, warum!"

Der Innenminister bemühte sich redlich, eine Brücke zu den Schülern zu bauen. So meinte er, daß die Mandatsträger sich zu wenig in der Zeit zwischen den Wahlen mit den Bürgern auseinandersetzen würden. Jeder Abgeordnete müsse sich seinem Gewissen gegenüber verantwortlich fühlen, nur — schränkte Möcklinghoff ein — müsse das Handeln im Einklang mit den Interessen der Partei stehen.

Landtagsabgeordneter Kurt-Dieter Grill wurde gefragt, warum er bei der Landesregierung Auskunft darüber erhalten wollte, ob Lüchower Schüler von Lehrern dazu angestiftet worden seien, sich in einem Flugblatt (wir berichteten) gegen den Bau von Polizeikasernen am Schulviertel zu wenden. CDU-Kreisvorsitzender Jochen Tarrach, als fotografierender Beobachter zugegen, warf ein, es gebe dafür Beweise, er wolle aber keine Namen nennen. Zwischenruf einer Schülerin: „Wenn Sie glauben, Lehrer wollten und könnten unsere Kritikfähigkeit beeinflussen, irren Sie!"

Gefragt wurde auch, warum nur der Gorlebener Salzstock untersucht wird. Dazu Grill: „Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt kann jederzeit einen Antrag zur Untersuchung anderer Salzstöcke auf ihre Eignung als Endlager für atomaren Müll stellen. Von der wissenschaftlichen und technischen Kapazität wäre es aber nicht möglich gewesen, vier Salzstöcke gleichzeitig zu erkunden." Unbeantwortet blieb die Frage, ob dies nicht deshalb erfolgt sei, um sich nicht gleich an mehreren Orten mit demonstrierenden Bürgern auseinandersetzen zu müssen.

Nach dem überraschenden Abbruch dieser Diskussion verließ der Innenminister, dessen Fahrzeug-Konvoi im Parkverbot in der Berliner Straße stand, sichtlich frustriert das Lüchower Jugendfreizeitheim. -co-

EJZ v. 05.06.81

□□

LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Weder Äthanol noch Kernenergie

In letzter Zeit geistert hier im Landkreis ständig das Wort „Äthanolanlage" herum. Führende Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker, Landwirte und einzelne Bürgerinitiativler, alle unterstreichen mit Nachdruck, daß eine Äthanolanlage hier im Landkreis gebaut werden müsse. Eine öffentliche Diskussion hierzu hat aber meines Wissens noch nicht stattgefunden. Ich möchte deshalb hier einige Punkte anschneiden: 1. Ich frage mich, warum so hohe Politiker wie Schmidt und Kohl dazu kommen, sich mit einer vom Investitionsvolumen her doch relativ kleinen Anlage zu befassen und deren Bau hier mit großem Nachdruck empfehlen. Dies ist im Prinzip eine lobenswerte Sache, aber, glaube ich, durchaus unüblich. Mir kommen so Vergleiche mit dem Schwimmbad in den Kopf, das die Gemeinde Brokdorf bekommen hat, nachdem der Standort für das AKW benannt worden ist. Oder man liest doch gerade in letzter Zeit viel über die Praktiken von japanischen AKW-Betreibern, die die Proteste von Anliegern der AKW-Standorte mindern sollten. Sollte es so etwas in der BRD auch geben? 2. In einer Äthanolanlage sollen hauptsächlich hochwertige landwirtschaftliche Produkte verarbeitet werden. Würden diese sich nicht besser zum Verzehr eignen? Produkte geringer Qualität wären zur Äthanolherstellung vielleicht besser verwendbar. Geringe bzw. keine Qualität wäre z. B. bei radioaktiv verseuchten Produkten vorhanden. Die hiesige Landwirtschaft würde ihre Existenzgrundlage verlieren, wenn im geplanten End-, Zwischenlager oder in der WAA etwas passieren sollte. Nach dem Bau der Äthanolanlage wäre dies nicht mehr unabdingbar der Fall. Ist dies der Grund, weshalb die Anlage gerade hierher soll? 3. Sollen hochwertige Produkte zu Äthanol verarbeitet werden, so würde ich daraus schließen, daß wir zuviel davon haben. Durch die heutige Dünger- und Spritzlandwirtschaft wird, wie allgemein bekannt, der Boden und die Umwelt stark belastet. Sie wird aber mit dem Hinweis auf den großen Bedarf nach Lebensmitteln gerechtfertigt. Jetzt ist aber anscheinend landwirtschaftliche Nutzfläche frei für andere Verwendungszwecke. Sollte man diesen Umstand aber nicht dazu nutzen, die Umwelt zu schonen, z. B. durch Herabsetzen der Düngermengen und somit des hohen Ertrages, der ja anscheinend nicht mehr notwendig ist? 4. Was passiert mit dem Äthanol? Es soll als Treibstoff dienen, wozu aber Motoren umgerüstet werden müssen, was nur sinnvoll ist, wenn viel Äthanol vorhanden ist. D. h. aber, daß viele Anlagen gebaut werden müßten und große landwirtschaftliche Nutzflächen benötigt werden. Können wir uns das erlauben unter Beachtung einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln? Oder ist Treibstoff schon wichtiger als das tägliche Brot? 5. Energie kann in sehr hohem Maße aus Abfällen der Land- und Forstwirtschaft hergestellt werden. Die Erzeugung von Biogas kann gerade hier im Landkreis einen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Minderwertiges Holz bzw. daraus erzeugtes Holzgas wäre eine weitere Möglichkeit, Energie bereitzustellen. Sollten nicht solche Möglichkeiten, die keine neuen Rohstoffe benötigen, also umweltfreundlich sind, mehr gefördert werden? Mir drängt sich nach all dem Geschriebenen das Fazit auf, daß da etwas faul ist, und ich meine, daß die Herstellung von Äthanol aus hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten aus wirtschaftlichen Interessen und auf Kosten der Umwelt geschieht, und die Einführung von Äthanolanlagen ist somit für mich genauso abzulehnen wie die Einführung anderer umweltschädigender Energietechniken, wie z. B. der Atomenergie.

Dipl.-Ing. H. Eggerslüß, Tollendorf

EJZ v. 25.05.81

Nach uns die Sintflut – entsorgen tun wir morgen.... Teil 3

In der vorletzten Ausgabe von Gorleben Aktuell begann unsere Artikelserie mit dem zentralen Thema "Zwischen"-Lagerung von Atommüll. Die "Gorleben Aktuell" Nr. 15 war die Schwerpunktausgabe zum Thema Wiederaufbereitung und Hessen-WAA. (Beide Exemplare sind noch vorrätig) Im dritten Teil unserer Artikelserie beschäftigen wir uns diesmal mit dem noch ungelösten Problemen der Atommüll-Endlagerung. Hier treten deutlicher als in jedem anderen Zusammenhang die abartigen Konsequenzen der Atomenergienutzung zutage.

Die Mengen- und Giftigkeitsgewichtung zwischen den leicht- und mittelaktiven Abfällen und den hochaktiven Abfällen lassen sich aus den nebenstehenden Zeichnungen ermitteln. Der leicht- und mittelaktive Müll muß für etwa 100 bis 1000 Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden; auf diese Müllart konnten wir nur kurz eingehen.

Der hochaktive Müll muß innerhalb einer Zeitspanne von einigen hunderttausend Jahren und einigen Millionen Jahren von der Biosphäre ferngehalten werden.

Hieraus ergeben sich schwerwiegende Konsequenzen:

- Nur für einen Bruchteil dieser Zeitspanne wird es möglich sein, die Atomtechnologie weiterhin zu nutzen. Das bedeutet, daß auch ohne Atomenergienutzung die Gesellschaft in kommenden Jahrhunderten und Jahrtausenden durch Überwachungsmaßnahmen etc. auf eine aktive Rolle bezüglich der Atommüllbeseitigung festgelegt sein.
- Alle bisherigen Forschungsansätze konzentrieren sich auf ein „Mehrfachbarrierenkonzept" (künstliche und natürliche Barrieren), wobei die größten Hoffnungen auf natürliche geologische Barrieren (Salz – oder sonstiges Gestein) gesetzt werden. Dies bedeutet, daß von den Geologen, die bisher ausschließlich Vergangenheitsforschung betrieben haben, plötzlich Voraussagen über kommende Zeitdimensionen abverlangt werden, was jedoch nicht leistbar ist. Zudem wird jede natürliche Barriere durch die notwendigen umfangreichen Erkundungen zwangsläufig in ihrer Natürlichkeit zerstört
- Die Kernspaltung existiert erst seit 40, von Katastrophen, Störfällen und Pannen gekennzeichneten Jahren. Die Versprechungen der Betreiber, über kommende Jahrtausende hinweg das Problem einer sicheren Endlagerung „im Griff" zu haben, lassen sich in ihrem Größenwahn durchaus messen mit dem Traum der Nazis vom „1000-jährigen Reich".

Diese Tatbestände sollten eigentlich auch den Letzten davon überzeugen, daß der Atomenergienutzung keine humanitären sondern ausschließlich von Großmachtinteressen und kurzfristigen Profitkalkulationen diktierte Erwägungen zugrunde liegen.

Es ist demzufolge auch kein Zufall, daß erst der Widerstand der Atomgegner ernstzunehmende Anstrengungen auf dem Entsorgungssektor zur Folge hatte. Ohne diesen Widerstand würde die internationale Atommafia vermutlich heute noch an ihrem jahrzehntelang praktizierten Patentrezept festhalten und die hochverseuchten Exkremente in den Ozean werfen bzw. einige Meter unter der Erdoberfläche verscharren.

Auf den folgenden Seiten werden wir aufzeigen, daß keine grundsätzliche Änderungen eingetreten sind und nach wie vor fassadenhafte Scheinkonzepte für eine angeblich sichere Beseitigung des Atommülls angeboten, werden, die bei näherer Betrachtung jedoch in sich selbst zusammenfallen.

Abfallart	Anteil an der Gesamtmenge [%]
hochaktiv flüssig	2,0
mittelaktiv flüssig	7,9
schwachaktiv flüssig	45,0
fest (< 2 r/h)	6,9
fest (0,2–2 r/h)	6,1
fest (< 0,2 r/h)	32,1

Abfallart	Anteil an der Gesamtaktivität [%]
hochaktiv flüssig	99,4
mittelaktiv flüssig	0,1
schwachaktiv flüssig	< 0,01
fest (< 2 r/h)	0,5
fest (0,2–2 r/h)	0,01
fest (< 0,2 r/h)	< 0,01

Militärischer Atommüll in den USA

In den USA werden gegenwärtig 50 Prozent aller Kernkraftwerke der Welt betrieben. Die mit der "friedlichen" Nutzung der Kernenergie verbundenen Abfälle betragen aber nicht einmal 1 Prozent.

Die Einzelheiten ergeben sich aus folgender Tabelle:

Radioaktive Abfälle in den USA
(in 1000 Kubikmeter

Art des Abfalles im Jahr	Verteidigung 1978	Verteidigung 2000	Wirtschaft 1978	Wirtschaft 2000
1. Fester hochaktiver Abfall	182	250	2	37
2. Flüssiger hochaktiver Abfall	101	70	2,3	2,3
3. Transuran-Abfall	311	3350	0	6
4. Schwachaktiver Abfall	1470	6800	5,5	7800

Quelle: US Department of Energy Nuclear Waste Management Program 1981, Washington, 1980

Die erheblichen Mengen an Abfällen aus der militärischen Nutzung der Kernenergie in den Vereinigten Staaten wurden nie öffentlich diskutiert, weil der militärische Teil stets aus der Öffentlichkeit herausgehalten wurde.

Einem Bericht des "Zentrums für Verteidigungsinformationen" (CDI) ist zu entnehmen, daß die Sicherheitsbestimmungen für die Lagerung anfallenden gefährlichen atomaren Abfalls weit weniger scharf gefaßt seien, als für den Müll aus Kernkraftwerken. *"Fast drei Millionen Kubikmeter potentiell gefährlichen militärischen Atommülls sind während unser Diskussion über Atomkraft nahezu ignoriert worden"*, erklärte CDI-Direktor Gene la Rocque. Der pensionierte Admiral bezeichnete den "schlecht gelagerten und sorgsam verschleierten Berg radioaktiver Abfälle" als eine der "größten Bürden des Wettrüstens".

Die aus diesen Quellen wachsenden Gefahren würden bis 1990 durch die geplante Produktion neuer Atomwaffen noch erhöht. (FR, 2.3.81)

Im vergangenen Jahr war im Kongreß eine Gesetzesinitiative gescheitert, für die Lagerung militärischen Atommülls die gleichen Sicherheitsbestimmungen anzuwenden, die schon für den Betrieb von AKWs gelten. Die Regierung des damaligen Präsidenten Jimmy Carter hatte sich geweigert, der Nuklearen Kontrollkommission (NRC) entsprechende Befugnisse für den militärischen Bereich zuzugestehen.

DR. HELMUT HIRSCH:

Welcher Zeithorizont ist für die sichere Isolation der radioaktiven Abfälle von der Biosphäre anzunehmen?

Dazu zuerst die Größenordnung, in der sich die Annahmen der PTB und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bewegen: Diese liegen bei 800 (1) bis 1000 (2) Jahren. Etwas höher sind die im Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung - einem vom BMFT finanzierten Forschungsprojekt, das grundlegende Erkenntnisse zur Sicherheit der Entsorgung liefern soll, die u. a. auch im Zusammenhang mit der Standorterkundung Gorleben Anwendung finden soll - zugrundegelegten Zeiträume; diese liegen bei 2.000 bis 20.000 Jahren (3). An den Überlegungen des Projektes Sicherheitsstudien Entsorgung knüpfen im übrigen auch die einschlägigen Analysen im Kernforschungszentrum Karlsruhe an (4).
Folgende Gründe sprechen jedoch dafür, daß auch der höchste dieser im Bereich von 800 bis 20.000 Jahren liegenden Werte noch erheblich zu niedrig ist:
– Die Berechnungen des Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung gehen von unrealistisch kurzen Kühlzeiten der Brennelemente aus (150 Tage statt, wie jetzt vorgesehen, 7 Jahre). Durch die längere Kühlzeit wird die Americium-Menge im Brennstoff mehr als vervierfacht; da Americium-241 und sein Folgeprodukt Neptunium-237 für den Hauptanteil der Langzeitgefährdung verantwortlich sind, nimmt diese fast in gleichem Ausmaße zu.
– Die Berechnungen des Projek Sicherheitsstudien Entsorgung gehen von unrealistisch niedrigen PU-Gehalten des hochaktiven Abfalles aus (0,5%; realistisch wären 1 - 2%,5). Auch die langlebigen Pu-Isotope leisten einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur Langzeit-Gefährlichkeit des Abfalles.
– Bei der Ermittlung der genannten Zahlenwerte wurde ausschließlich der verglaste hochaktive Abfall berücksichtig. Andere - erheblich voluminösere - Abfallströme enthalten z.B. etwa noch einmal die gleiche Menge Plutonium wie der verglaste Abfall.
– Nach dem derzeit favorisierten Entsorgungskonzept muß nach etwa zweimaliger Wiederaufarbeitung und Rückführung der spaltbaren Stoffe der abgebrannte Brennstoff direkt endgelagert werden - ein Brennstoff, der dann einen erheblich höheren Anteil langlebiger, hochtoxischer alpha-Strahler aufweist als Wiederaufarbeitungsabfälle oder auch abgebrannter Uranoxid-Brennstoff. Auf diese Tatsache wird in offiziellen Studien keine Rücksicht genommen; allenfalls wird sie mit dem Hinweis auf Weiterverwendungsmöglichkeiten im schnellen Brüter abgetan (6).
– Vielleicht der wichtigste Einwand ist es, daß der Maßstab dafür, ab wann die Abfälle als ungefährlich anzusehen sind, völlig willkürlich gewählt wird – als Vergleichsbasis wird Uranerz herangezogen. Theoretisch ist dieser Ansatz zweifellos interessant. Bei der praktischen Umsetzung stellt sich jedoch das Problem, daß die Wahl der Bezugsmenge nicht zwingend ist, und mittels plausibler Ansätze nahezu beliebig Zeiten von wenigen 100 bis einigen Millionen Jahren "begründet" werden können.
Der letzte Kritikpunkt wird belegt durch eine aus der Kernforschungsanlage Jülich stammende Arbeit (7); die jülicher Wissenschaftler kommen dabei - ebenfalls auf der Grundlage eines plausiblen Ansatzes zum Vergleich mit Uranerz - auf Gefährdungszeiten von über 1 Millionen Jahre (obgleich auch hier nur der verglaste hochaktive Abfall betrachtet wird, allerdings mit im Vergleich zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung doppelten - und damit realistischeren - Plutoniumgehalten und Kühlzeiten).
Einen anderen Giftigkeitsmaßstab legt eine Arbeit aus dem Centre d'Etudes Nucleaires, Fontenay-aux-Roses (8) an die radioaktiven Abfälle an: Bei Zugrundelegen einer eher günstigen Auslaugrate der schweren Elemente und plausibler Annahmen über langfristige Wasserzutrittsraten wird ermittelt, ab welchem Zeitpunkt die Konzentration der ausgelaugten Radionuklide unter den maximal zulässigen Werten liegt. Ergebnis: Es sind 10 Mio. Jahre erforderlich, obgleich auch hier nur verglaste hochaktive Abfälle betrachtet wurden und die Annahmen zur Kühlzeit und zu den Pu-Verlusten denen des Projekts Sicherheitsstudien Entsorgung entsprechen.
Angesichts dieser Ergebnisse und auch aus der Betrachtung der Halbwertzeiten einiger wichtiger Radionuklide im Abfall (Pu-239: 24000 Jahre; Np-237: 2.2×10^6 Jahre) ist es die einzige verantwortbare Vorgehensweise, sich bei der Planung des Endlagers nicht auf extrem kurze, nur durch die Koppelung einer Reihe von unrealistischen Annahmen fiktiv zu ermittelnden Isolationszeiten zu stützen, sondern im Sinne einer bei großen bestehenden Unsicherheiten besonders angemessenen konservativen oberen Grenze der denkbaren Bandbreite auszugehen. In diesem Sinne ist zu fordern, daß sich die Überlegungen zur Sicherheit des Endlagers für 1 bis 10 Mio. Jahre in die Zukunft erstreckt.
Dabei wurde das Radionuklid Jod-129 noch nicht mitberücksichtigt, das eine Halbwertzeit von rd. 16 Mio Jahren aufweist und in den endzulagernden Jodfiltern der Wiederaufbereitungsanlagen in konzentrierter Form vorliegt...

Die Mängel in der Reichweite des Untersuchungsprogramms sind somit erheblich. Die Frage: Ist es überhaupt möglich, ein Untersuchungsprogramm durchzuführen, das abgesicherte Aussagen mit der erforderlichen zeitlichen Reichweite gestattet - kann hier nicht untersucht werden. Es sei jedoch mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß, sollte diese Frage mit "nein" beantwortet werden müssen, dadurch nicht die Bedeutung der hier vorgebrachten Kritik in Frage gestellt wird, sondern vielmehr die Verantwortlichkeit der Atommüllproduktion.

Quellenangaben:
1. W. Heintz: "Endlagerfähige radioaktive Abfälle", Protokolle des Symposiums "Geowissenschaftliche Aspekte der Endlagerung radioaktiver Abfälle" der Deutschen Geologischen Gesellschaft am 19.11.1979 in Braunschweig, Hannover 1980, S. 343-355.
2. H. Venzlaff, Umschau aus Wissenschaft und Technik, Heft 6 (1979).
3. H.W. Lewi, E. Ewest: "Zur Frage einer eitlichen Begrenzung der Störfallanalyse des geologischen Endlagers", PSE-Nr. 79/1, Mai 1979.
4. K. D. Closs: "Vergleich der verschiedenen Entsorgungsalternativen und Beurteilung ihrer Realisierbarkeit", KfK-3000, September 1980 (s. insbes. S. 5-71 und 5-72).
5. Vgl. z.B. Bericht der Gorleben International Review, Kapitel 5.4. (veröffentlicht in Band 4 der Dokumentation "Rede-Gegenrede" der niedersächsischen Landesregierung, Hannover 1979).
6. Vgl. (4), S. 2-3.
7. H.J. Rütten et.al.: "Begrenzung der Toxizität von Aktiniden-Waste", Atomwirtschaft, Juli 1980, S. 377-380.
8. B. Guillaume: " Problemes poses par la pesence d'elements transuraniens dans les dechets du retraitement des combustibles nucleaires", B.I.S.T., Commissariat a l'Energie Atomique, No. 217, September 1976.

PROF. DR. E. GRIMMEL:

Gegengründe für die Eignungshöffigkeit von Salzstöcken

Prof. Dr. Grimmel ist Geomorphologe an der Universität Hamburg. Seinen Beitrag haben wir (leicht gekürzt) dem Protokoll der Öffentlichen Anhörung zum Thema atomare Endlagerung entnommen, die am 23.6.80 vor dem Innenausschuß des Bundestages in Bonn stattfand.

Steinsalz ist eine chemische Verbindung (NaCl) und ein Gestein mit bestimmten chemischen und physikalischen Eigenschaften.
Ein **Salzstock** ist eine geologische Formation, in der mehr oder weniger mächtige Steinsalzschichten mit anderen Evaporitschichten (verschiedene Kalisalze, Anhydrite, Salztone), die unterschiedliche physikalische und chemische Eigenschaften aufweisen, in komplizierter Weise ineinander verfaltet sind. Diese Eigenschaft der Salzstöcke bezeichnet man als **Inhomogenität.**

Nach Meinung seiner Befürworter soll Steinsalz als Bestandteil von Salzstökken gegenüber anderen Gesteinen die folgenden Vorteile für die Einlagerung radioaktiver Abfälle aufweisen:

Steinsalz sei **undurchlässig** für Flüssigkeiten und Gase; die Abfälle könnten daher nicht mit Wasser in Berührung kommen.

In den vorgesehenen Endlagertiefen von 500 – 1000 m reagiere Steinsalz **plastisch**, so daß sich keine Risse und Spalten bilden könnten, die Grundwasserzutritt ermöglichen würden.

Steinsalz habe eine hohe **Wärmeleitfähigkeit**, so daß die bei der Einlagerung hochaktiver Abfälle freigesetzte Wärmemenge gut abgeführt werden könne.

Diese Argumente sind zu einem wesentlichen Teil nicht haltbar:
Steinsalz kann zwar, aber muß nicht unbedingt für Flüssigkeiten und Gase undurchlässig sein.

Von Herrmann (1979) wurde eindeutig nachgewiesen, daß die Zechstein-Evaporite seit ihrer Ablagerung vielfältige **Metamorphosen** (chemische und physikalische Umwandlungen) durchlaufen haben, bei denen beispielsweise über Risse wässrige Lösungen von außen in Salzlagerstätten eingedrungen und später wieder in das Nachbargestein abgewandert sind. Solche Vorgänge können auch in der Gegenwart und in der Zukunft stattfinden.

Es ist richtig, daß Steinsalz eine viel höhere Plastizität als andere Gesteine besitzt. Daraus kann man jedoch nicht folgern, daß sich Risse und Spalten im Steinsalz in Tiefen von 500 – 1000 m nicht bilden können.

So können z.B. plötzliche Schub-, Zug- oder Scherbeanspruchungen, wie sie etwa bei Erdbeben auftreten, auch beim Steinsalz in größerer Tiefe eine **Bruchverformung** hervorrufen. Bis zu welcher Tiefe dieses geschehen kann, ist nicht bekannt.

Vor allem sind die Verhältnisse in einem **unberührten Salzstock** wesentlich anders als in einem **Salzstock,der von Bergwerkshohlräumen durchsetzt ist:** Wenn nämlich im Salzstock Hohlräume hergestellt werden, dann gerät das Salz infolge seiner Plastizität in Bewegung und engt die Hohlräume durch **Konvergenz** (=Zusammenkriechen) ein. Durch diesen Vorgang werden im Salzstock Zug- und Scherkräfte wirksam, welche zum Aufreißen von **Spalten** führen können, besonders an Grenzflächen zwischen verschiedenen Evaporiten. Und wenn Spalten aufreißen und eine Verbindung zwischen Grundwasser und Hohlräumen herstellen, dann erweitert das eindringende Grundwasser die Spalten in den extrem wasserlöslichen Salzen mit zunehmender Geschwindigkeit und bringt schließlich das betroffene Bergwerk zum **Ersaufen.** (...)

In einem Endlagerbergwerk werden zwar die wasserleitenden bzw. -enthaltenden Schichten (Anhydrit, Salzton, Kalisalze) für die Endlagerung nicht genutzt, doch läßt sich ein Durchqueren solcher Schichten bei der **Erkundung der inneren Struktur** eines Salzstocks durch **Bohrungen, Schächte** und **Strekken** und beim **Ausbau des Bergwerks** nicht vermeiden. Hierbei entsteht ein Dilemma:
Je genauer die innere Struktur erkundet wird, desto genauer weiß man dann, wo die besonderen Gefahrenzonen liegen, aber der Salzstock ist dabei in einem hohen Maß beschädigt worden. Und es gibt kein Material, mit dem man Bohrlöcher und andere Hohlräume wieder so verschließen könnte, daß sie nicht wasserwegsam werden könnten, zumindest nach längerer Zeit.

Verzichtet man aber auf eine genaue Erkundung, dann geht man das Risiko ein, daß man bei der sich über Jahre hinziehenden Erweiterung des Bergwerks auf wasserführende Spalten trifft, so daß das Bergwerk erst dann ersäuft, nachdem schon vorher große Mengen an Abfällen eingelagert wurden. (...)

Zu diesen hinreichend bekannten Gefahren kommen im Fall der Endlagerung hochaktiver **Abfälle** neue Gefahren hinzu, die durch die **Wärmeproduktion hochaktiver Abfälle** bedingt sind. Und hierzu gibt es nicht einmal praktische Erfahrungen:
Steinsalz hat im niedrigen Temperaturbereich (unter 100° C) eine gute **Wärmeleitfähigkeit.** Doch bei höheren Temperaturen unterscheidet sich diese nicht mehr von der kristalliner Gesteine. In dieser Hinsicht hat Steinsalz also nur dann Vorteile, wenn im Kontakt mit hochaktiven Abfällen keine höheren Temperaturen auftreten.

Gegenüber kristallinen Gesteinen (z.B. Granit) hat Steinsalz jedoch wesentliche Nachteile :
Steinsalz hat einen höheren **thermischen Ausdehnungskoeffizienten** als Anhydrit, Salzton und Kalisalze. Durch künstliche Aufheizung kommt es deshalb innerhalb des Salzstocks an Schichtgrenzen zu **Spannungen,** die zu **Riß- und Spaltenbildungen** führen können. Bei Erwärmung beispielsweise von 20° auf 100° C erhöht sich die ohnehin hohe **Plastizität** von Steinsalz um das **10-fache.** Auf diese Weise würde die **Konvergenz** erheblich beschleunigt. Ob das Steinsalz unter solchen Bedingungen im Bergwerksbereich überhaupt noch stabilisierbar ist, ist nicht geklärt.

Eine weitere Gefahr stellt der hohe Kristallwassergehalt des Kalisalzes **Carnallit** ($KMgCl_3 \cdot 6H_2O$) dar, der schon **ab 85° C** frei wird und den Carnallit praktisch **verflüssigt.** Carnallit aber kann aufgrund der intensiven Verfaltung aller Schichten in Salzstöcken überall und auch an unerwarteten Stellen auftreten.

Außerdem sind in Salzstöcken, auch im Steinsalz, Flüssigkeiten eingeschlossen, welche die Eigenschaft haben, daß sie auf Wärmequellen zuwandern („**Thermomigration**"). Hochaktive Abfälle würden auf diese Weise nach und nach von einer Laugenzone umgeben. Die Folgen wären **Korrosion der Abfallbehälter, chemische Reaktionen zwischen Abfällen und Lauge, verringerte Wärmeabführung** und somit eine Beschleunigung der vorher genannten Prozesse.

Selbst **Schmelzvorgänge** können auftreten, allerdings nur im Fall des Vorliegens von Salzmischungen und bei Temperaturen über 400° C. Geschmolzenene Salze sind äußerst aggressive Flüssigkeiten, welche Metalle und Legierungen, die als unangreifbar gelten, unter Wärmeentwicklung und Gasbildung auflösen würden (Bertram 1980).

Zum Stand der west-deutschen Endlagerforschung

EIN MAKABRES BILD

Professor Merz (Institutsdirektor im Kernforschungszentrum Jülich) zum Ziel der Endlager.

"Das Ziel jeder ausgewählten Lagerstätte, die ingenieurmäßig optimal ausgelegt, gebaut und nach Einlagerung verfüllt und versiegelt wird, ist es, den Transport und die Freisetzung von Radionukliden in die Biosphäre bis auf nachlässigbare bzw. tolerierbare Werte zu verzögern und dies über geologisch lange Zeiträume hinweg." (1)

Nanu? Der offiziellen Sprachregelung zufolge muß das geplante Atommüllendlager *" einen dauerhaften Abschluß der gelagerten radioaktiven Abfälle von der Biosphäre gewährleisten."* (Laut Bericht der RSK/SSK). Letzteres ist offensichtlich nicht mehr als gängige Beruhigungsfloskel für die Öffentlichkeit.

Oberstes Ziel ist stattdessen die **"Verzögerung"** der offenbar für unumgänglich erachteten Freisetzungen von Atommüllrückständen.

Überhaupt ist es seines Erachtens *" weit überzogen, wenn bereits einzelne Barrieren für sehr lange Zeiten unter allen denkbaren Störfällen absolut korrosionsbeständig sein müßten."* (2) Denn: *" Wenn dies (die Zurückhaltung des Atommülls, Anm. d. Red.) nicht durch eine einzelne Maßnahme allein, sondern nur durch Zusammenwirken mehrerer Barrierewirkungen gemeinsam mit ausreichender Sicherheit garantiert werden kann, ist dies ein ohne Einschränkung akzeptabeles Vorgehen. Auf dieses Prinzip gründet sich das deutsche Entsorgungskonzept."*

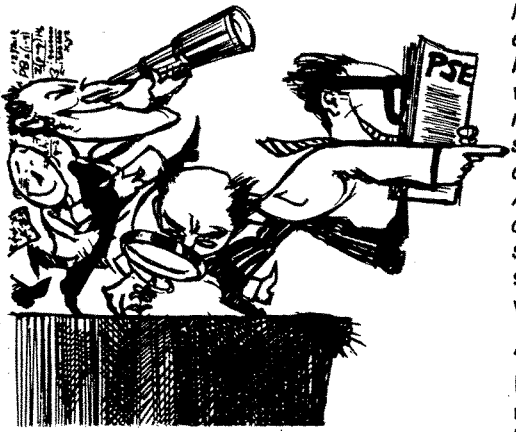
Dieses "Prinzip" verdient es, näher betrachtet zu werden (Prinzip Hoffnung), geht es doch offenbar darum, daß einzelne Barrieren zu schaden kommen können, da andere Barrieren fortbestehen. Die Möglichkeit der Zerstörung mehrerer Barrieren wird in der "Sicherheitsforschung" höchstoffiziell ausgeblendet, wie wir am Beispiel der PSE-Studie noch sehen werden.

Der noch 1976 lt. Atomwirtschaft als "Größte Anzunehmende Unfall" bezeichnete Wasser- und Laugeneinbruch in einem Salzbergwerk wird - dem oben zitiertem Prinzip folgend - längst wohlwollend einkalkuliert. Da es dann immer noch andere Barrieren gibt, kommen die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission (RSK SSK) zu dem Schluß, daß *"auch die Auswirkungen eines postulierten Ersaufens des Bergwerks durch einen Wasser- und Laugenzufluß durch den Schacht sicher beherrscht werden können."*

Wenn nun noch bedacht wird, **daß im Kriegs- oder Sabotagefall geplant ist, daß das radioaktive Inventar sofort in den Salzstock eingelagert wird.** (Antwort von Herrn Stoll von der Alkem GmbH auf eine entsprechende Frage von Ministerpräsident Albrecht während des Gorleben-Hearings.) Das bedeutet in der Praxis die Möglichkeit, daß das Salz zur einzigen Barriere wird." (3) - dann kann einem schon Angst und Bange werden.

Das "Projekt Sicherheitsstudie Entsorgung" (PSE)

Im Auftrag des Bundesforschungsministeriums untersuchen seit 1977 verschiedene Institute und Industrien im Rahmen von PSE "Sicherheitsaspekte des deutschen Entsorgungskonzepts". Im folgenden ein Überblick über PSE-Ergebnisse der "Sicherheitsanalyse des geologischen Endlagers".



1. Modellverhalten der Barrieren

Wie gezeigt wurde, gehen die Betreiber vom Scheitern einzelner ihrer Barrieren aus, was angeblich aufgrund des Zusammenspiels verschiedener Barrieren nicht ins Gewicht fällt. Tatsache ist jedoch, daß weder das Verhalten künstlicher Barrieren im Salzstock noch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Barrieren erforscht ist. In der Sprache der Betreiber liest sich das folgender maßen:*" Zur Auswertung dieser Szenarien müssen die geologischen und technischen Barrieren in ihrem chemischen und physikalischen Verhalten verstanden und ... beschrieben sein. Da es sich um sehr komplexe Vorgänge handelt, ist die Modellierung des Barrierenverhaltens noch im Gange ... Erwartungswerte für Radionuklidfreisetzungen für die betrachteten hypothetischen Störfälle werden erst in der letzten Phase von PSE berechnet werden können."* (atw 2/81, S.76). Auf gut deutsch: **Die Endlagerforscher wissen derzeit nichts genaues, da die Vorgänge im aufgeheizten Salzstock zu "komplex" sind.** Weiter heißt es in PSE (S. 75):*" In geologischen Systemen lassen sich Kompenenten, für die man Zuverlässigkeitsdaten mit hinlänglicher Verläßlichkeit abgeben kann, nur schwer definieren."*

Man / frau betrachte folgende Passage aus dem PSE Bericht 1981:
" Dieser Ansatz, Fehlerszenarien zu modellieren und anzunehmen, daß sie sich ereignen werden, ist ein konservativer Ansatz, der als erster Iterationsschritt gewählt wird. Er führt zu der Frage ob Auswirkungen der Fehlerszenarien tolerierbar sind, oder nicht. In einem zweiten Schritt kann ein realistischer Ansatz versucht werden, wenn es Fehlerszenarien gibt, die nicht tolerierbar sind. Dieser konservativer Szenarienansatz darf jedoch nicht mit einem "worst case" Ansatz verwechselt werden, der in der Regel zu sinnlosen Ergebnissen führt." (atw 2/81, S. 75). Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich!

PSE geht davon aus, daß ein "worst case" (ein schlimmster Fall, d.h. Verlust aller Barrieren) nicht existiert. Diese fromme Denkensart wird damit begründet, daß derartige Annahmen zu "sinnlosen Ergebnisse führen. Denkbar ist nur das, was für die Betreiber sinnvoll erscheint. Der Annahme eines nicht tolerierbaren Störfalls liegt somit ein ganz und gar unrealtischer Ansatz zugrunde.

Wenn meine PKW-Bremsen versagen und ich aufgrund der Verkehrslage dennoch zu einer Vollbremsung genötigt werden, dürfen die Auswirkungen kaum tolrierbar sein. Also werde ich in einem "realistischen Ansatz" davon ausgehen, daß eine solche Verkehrslage einfach nicht eintritt! Ein schlechter Vergleich? In der Tat, aber nur in der Hinsicht, als es bei der atomaren Endlagerung um die Sicherheit unzähliger Menschen innerhalb unvorstellbarer Zeiträume geht.

Endlagerung in Germoney

Wir wollen vorweg ein in den USA entwickeltes Forschungsprogramm zur Endlagerung radioaktiver Stoffe vorstellen. An diesem Programm lassen sich sehr gut die diesbezüglichen Anstrengungen "unserer" Politiker und Unsicherheitsexperten messen. Es wird sich herausstellen, daß zur Endlagerbeschaffung in diesem Land denkbar ungünstige und risikofreudige Wege (aus potischen und wirtschaftlichen Gründen) eingeschlagen werden.

Während hierzulande unter "Öffentlichkeitsarbeit" die Verbreitung kostenloser Broschüren verstanden wird, in denen die Endlagerung radioaktiver Abfälle als das einfachste und sicherste von der Welt dargestellt wird, wurde allein 1979 vom US-State-Department of Energy (DOE) mehr als 10 Bände mit über 10.000 Seiten über die tatsächliche Problematik der Endlagerung veröffentlicht.

So werden unter anderem 10 verschiedene alternative Endlagerkonzepte dargestellt und miteinander verglichen. (Bergwerk-Konzept, Konzept der Einlagerung nach chemischer Resynthese, Tiefbohrloch-Konzept, Felsaufschmelz-Konzept, Insellagerungs-Konzept, Tiefseeboden-Konzept, Eisdecken-Konzept, Injektions-Konzept, Teilungs- und Umwandlungskonzept, Weltraum-Konzept) (4) Im Rahmen des Bergwerk-Konzepts werden neben dem Endlagermedium Salz auch Formationen wie Granit, Basalt und Ton untersucht, mit dem deutlichen Hinweis, "das die eventuelle Auswahl eines Deponiestandortes nur auf der Basis einer vergleichenden Analyse der verschiedenen Gesteine erfolgen darf."

Aufschlußreich ist auch die vom DOE vorgelegte Planung zur Ermittlung eines optimalen Endlagerstandortes, die drei Prüfungsstufen enthält:

Auf **Stufe 1** werden alle Regionen ausgewählt, die einem allgemeinen Kriterienkatalog zufolge den tektonischen und hydrogeologischen Kriterien entsprechen. (Grössenordnung: 500 000 qkm).

Auf **Stufe 2** werden diese Gebiete im Hinblick auf Gesteinseigenschaften, klimatische Daten, mikroseismische Netze usw. genau eingegrenzt. (Größenordnung 20 000 qkm).

Auf **Stufe 3** werden die in die engere Auswahl genommenen Gebiete standortspezifisch untersucht, um schließlich von mehreren alternativen Standorten den optimalen auszuwählen. (Größenordnung 20 000 qkm).

Hierzu Prof. Dr. Grimmel: **"Unabhängig von der Frage, ob Steinsalz überhaupt ein geeignetes Lagermedium darstellt, hätte man in den USA eine Region wie das Norddeutsche Flachland bereits auf Prüfungsstufe 1 als ungeeignet ausgeschieden, da es weder den allmeinen hydrologischen, noch den allgemeinen tektonischen Kriterien genügt.** *Denn als ungünstige hydrologische Merkmale gelten in den USA auf Stufe 1 u.a. bereits feuchtes Klima, Anwesenheit von Grundwasserleitern, sowie mögliche Veränderungen des Wasserhaushaltes der Region als Folge zukünftiger Klimaveränderungen oder tektonischer Ereignisse. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen... begann man sofort mit Stufe 3, genauer gesagt mit dem Ende von Stufe 3, denn es wird bis heute nur ein einziger Standort untersucht, ohne daß man eine Vergleichsmöglichkeit mit anderen Standorten hat. Da man außerdem nicht einmal eindeutige Kriterien benannt hat, nach denen der Standort bewertet werden soll, muß man befürchten, daß der Standort für geeignet erklärt wird, wie immer die Untersuchungsergebnisse der Physikalisch–Technischen Bundesanstalt auch aussehen mögen."* (5)

(Einschränkend sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den US-Studien um Forschungsprogramme aus dem Jahre 1979 handelt. Wir wissen nicht, inwieweit diese tatsächlich unter Carter verwirklicht worden sind. Wenn auch derzeit in den USA nach wie vor Basalt, Ton, Granit und Salz als Endlagermedium untersucht werden, so dürften dennoch seit dem Amtsantritt Reagans auch im Endlagerbereich eher negative Veränderungen zu verzeichnen sein. (6))

Einbahnstraße Nr. 1

Die Bundesregierung legt sich auf Salzstöcke fest

Ohne die geringsten Vergleiche mit anderen Formationen gestellt zu haben, wurde in der Bundesrepublik die Endlagerforschung nach einem empfehlenden Hinweis des damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Bodenforschung seit 1964 auf Steinsalz beschränkt.

1965 begannen die Forschungsarbeiten der "Gesellschaft für Strahlenschutz" (GSF) im stillgelegten Steinsalzbergwerk Asse II. Die ursprünglich ebenfalls einseitige Konzentration der US-Behörden auf die Endlagerung in Salzformationen ("...erfolgversprechenste Methode für die absehbare Zukunft...") erwies sich doch sehr schnell als Sackgasse. Anfang der 70iger Jahre verschwanden 700.000 Liter hineingepumpten Bohrwassers im ursprünglich vorgesehenen US-Salzstock bei Lyons und 5 Jahre später waren erneut 100 Mio. Dollar im zweiten anvisierten Salzbergwerk "WIPP" (New-Mexiko) ebenfalls ohne erkennbare Spuren versickert.

Nach diesem Fiasko wurde in den USA die Fixierung auf Salzstöcke bis zum heutigen Tage aufgegeben. Der damalige Staatssekretär im US-Energieministerium gegenüber dem Spiegel (3.3.80): *"Bisher haben wir uns vor allem auf Salzformationen konzentriert. Aber es wäre Unsinn, sich jetzt für das Salz zu entscheiden."*

Dies alles ließ jedoch die westdeutschen Politiker und Endlagerstrategen völlig kalt:

"Wir haben uns von vornherein auf die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Salzformationen des geologischen Untergrunds festgelegt und haben seither diesen Weg konsequent beschritten; unbeirrt durch die Entwicklung in unseren Nachbarländern, insbesondere in den mit uns befreundeten und verbündeten USA, wo die Endlagerung auf dem F+E-Sektor der Endlagerung ja ein sehr bewegtes Schicksal hinter sich hat." (Dr. Kühn (GSF) während einer nicht öffentlichen Sachverständigen-Anhörung des Bundestages im Mai '77)

Diese Aussage ist sehr bezeichnend für die bis zum heutigen Tag vorherrschende Arroganz, mit der sich die westdeutschen Atombefürworter über ihnen nicht genehmen Fakten hinwegzusetzen pflegen.

Leider erinnert sich heute kaum noch jemand daran, daß dem "bewegten Schicksal" der USA ein nicht minder bewegtes in der Bundesrepublik vorausging. So war es nach Aussage der GSF bereits 1970 eine ausgemachte Tatsache, daß der Salzstock Asse *" alle Voraussetzungen für die ständige Lagerung aller Arten radioaktiver Abfälle in der Zukunft"* bot, (E. Albrecht GSF 1970). Was bereits seinerzeit prompt von den Politikern nachgebetet wurde:

" Die Bundesrepublik Deutschland hat ... mit dem Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel ein Endlager geschaffen, daß nach vollem Ausbau die bis zum Jahre 2000 anfallenden etwa 250.000 Kubikmeter radioaktiven Rückstände sicher aufnehmen kann." (Umweltprogramm der Bundesregierung 1971).

Über diese faustdicke Lüge (auf deren Grundlage beispielsweise 1972 die 1. Teilerrichtungsgenehmigung des AKW Essenshamm erfolgte) schweigt heute des Sängers Höflichkeit und die der Betreiber ganz besonders.

Wenn auch heute selbst hartnäckigste Atombefürworter zu berichten wissen, daß sich der Asse Salstock " nur in sehr begrenztem Umfang zur Einla-

gerung von radioaktiven Abfällen eignet, das muß man ganz klar sehen" (E. Albrecht, GSF, 1978) so ist doch die Parallele verblüffend, mit der heute ungeachtet aller realen Erfahrungen der Gorlebener Salzstock, bzw. die Atommüllendlagerung in Salzstöcken überhaupt gesundgebetet wird. Die einseitige Festlegung auf Salzstöcke ist um so irrsinniger, als in den letzten 100 Jahren Geschichte deutschen Kalibergbaus etwa 100 Salzbergwerke durch Grundwassereinbrüche mehr oder weniger zerstört worden sind. *"Im norddeutschen Flachland sind nicht weniger als 37 %, im Magdeburg-Halberstädter Revier 25%, in den übrigen Kaligebieten 3 - 7 % der Schächte durch derartige Katastrophen ersoffen."* (7) Zwei Schachtanlagen der Asse stehen ebenfalls unter Wasser, was selbst den GSF-Experten Kühn zu der Feststellung veranlaßt, *" das das Salzbergwerk Asse irgendwann einmal voll Wasser oder Lauge laufen kann. Im Rahmen der Sicherheitsüberlegungen ist dieses Ereignis deshalb als der größte anzunehmende Unfall (GAU) definiert worden."* (8).

Die bisherigen Wassereinbrüche sind keineswegs allein falschen Salzabbaumethoden geschuldet sondern sie liegen ebenso in der Entstehungsgeschichte der Salzstöcke begründet. (So gibt es nicht angebohrte Salzstöcke, die dennoch durch Wassereinbrüche zerstört wurden.)

Selbst das - für Atombefürworter doch wohl unverdächtige - "Handelsblatt" weist auf die spezielle Untauglichkeit der norddeutschen Salzstöcke hin: *"Das Kernproblem einer sicheren Deponie für Atommüll ist die Vermeidung jeden Kontaktes mit Carnallit, was im Prinzip nur sehr schwer möglich ist. Denn wo im Untergrund Norddeutschlands Steinsalz lagert, das mächtig genug ist, um eine "heiße" Deponie aufzunehmen, ist irgendwo auch Carnallit. Seine Verteilung beruht zwingend auf der Entstehungsgeschichte der Salzdome vor Jahrmillionen. Wegen der "Hinfälligkeit" und Gefährlichkeit des Carnallits muß man eine Deponie so anlegen, daß sie mitten in einem großen Salzsteinkörper eingebettet ist. Dieser muß so groß sein, daß die entstehende Wärme durch das sehr gut wärmeleitende Steinsalz soweit abgeführt und dreidimensional verteilt wird, daß die nächstbenachbarten Carnallit-Schichten keine nennenswerte Temperaturerhöhung mehr erfahren. Jedoch wegen der komplizierten Struktur und Verteilung der Schichten in den Salzstöcken muß man so gut wie überall mit der Möglichkeit des Auftretens von Carnallit rechnen."* (Handelsblatt vom 11.2.77)

Als Fazit läßt sich festhalten, daß die einseitige Orientierung der Bundesregierung auf Endlagerung im Salz beim besten Willen nicht ernsthaft naturwissenschaftlich-technisch begründet werden kann. Naheliegender erscheint die Vermutung H. Hirschs (Gruppe Ökologie Hannover); demzufolge bei dieser Entscheidung *"weniger Überlegungen geologischer Stabilität ausschlaggebend (waren), sondern vielmehr wirtschaftliche Motive : Die Anlage eines Bergwerkes im Salz ist einfach vergleichsweise billig."* (9).

Ein zweites kommt hinzu: Als sich Mitte der 70iger Jahre die Unsicherheit der Salzstöcke bestätigte, sah sich die westdeutsche Atommafia bereits einem erheblichen öffentlichen Druck ausgesetzt: der Nachweis einer Entsorgungslösung wurde Voraussetzung für den weiteren Ausbau des Atomprogramms. Und so konnte -schwuppdiwupp- die DWK in ihrem "Sicherheitsbericht" 1977 mit der Behauptung: *" Salzlagerstätten sind von Natur aus gegen eindringendes Wasser abgedichtet."* hausieren gehen, was kurz darauf die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission (RSK / SSK) zu einem Lob auf *" die außerordentliche Stabilität der Salzstöcke"* veranlaßte, und der Bundesregierung die Beteuerung entlockte, daß dem Urteil von RSK / SSK *" der objektive Stand von Wissenschaft und Technik zugrunde liegt."* (10).

* *

Aber alle setzen auf die Verglasung

Die Verglasung der radioaktiven Abfälle wird zur Zeit in Frankreich, England, Deutschland und den Vereinigten Staaten verfolgt. Diese Forschungsprogramme laufen nach einem Jahrzehnt noch immer, ohne daß eine sichere Methode entwickelt wurde – trotz umfangreicher und teuerer Forschung weltweit. In Frankreich in Marcoule läuft seit 1978 eine industrielle Verglasungsanlage, die durch die staatliche Gesellschaft "Cogema" betrieben wird. Bisher wurde nur rad. Abfall verglast, der aus Brennelementen stammt mit einem geringen "Abbrand".

Die westdeutschen Forschungen begannen 1970 in Karlsruhe mit den Verfahren PAMELA und VERA. Beide sind nicht ausgereift, so daß man auf das angeblich funktionierende AVM (Atelier Victrification Marcoule)-Verfahren zurückgriff, als man unter politischen Zeitdruck geriet und was Fertiges in der Tasche haben mußte. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe erhält hierzu eine Musteranlage, ein entsprechender deutsch-französischer Vertrag wurde 1979 abgeschlossen. Doch bei den AVM- Verfahren liegen keinerlei Erfahrungen mit Brennelementen , die einen hohen Abbrand haben vor.

Das Bundesforschungsministerium sagt, "An der Realisierbarkeit des AVM-Verfahrens einschließlich der mittlerweile vorgeschlagenen Verbesserungen, bestehen aufgrund der erreichten technischen Reife und der umfangreichen Erfahrungen keine Zweifel." Nachteile werden nicht erwähnt, obwohl schon 1973 bekannt war, daß während dem Verglasungsprozeß(die rad. Lösungen werden mit dem Glasmaterial gemischt, getrocknet und geschmolzen) beim Erhitzen auf 200Grad Celsius (Trocknung) und 1000Grad Celsius bis 1300Grad Celsius (Schmelzprozeß) radioaktive Gase freigesetzt werden.

Die weiteren Faktoren sind keine Nachteile, sondern Schwachstellen der Verglasung. Die Verwendung von Borosilikatgläsern, in die der hochradioaktive Müll eingeschmolzen werden soll, wird fachlich von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland kritisiert. So haben amerikanische Forscher und der bekannte australische Geochemiker A. E. Ringwood ermittelt, daß Borosilikatgläser bei Temperaturen über 100 Grad C und bei höherem Druck unter der Einwirkung von Wasserdampf bereits nach einigen Wochen Zerfallserscheinungen zeigen. Die Glasblöcke haben nach der Herrstellung Außentemperaturen von 400 Grad und Innentemperaturen von 700 Grad C. Die Betreiber selbst setzen die Höchsttemperatur bei Einlagerung nach 15 Jahren Abklingzeit bei 200 Grad fest. Sollte aber in den Salzstock, in den die Glasböke eingelagert werden sollen, Wasser eindringen, entstehen in Folge der hohen Temperaturen Wasserdampf und hoher Druck. Prf. Dr. Bertram von der TH Hannover ergänzt: *" Der Glaszustand ist thermodynamisch gesehen ein instabiler Zustand, d.h. über längere Zeit erfolgt unaufhaltsam eine Umwandlung in die stabile kristallene Form. Diese hat völlig andere Festigkeits- und Lösligkeitseigenschaften, sie ist spröde und neigt zur Rißbildung und zum Zerfall. Begünstigt wird eine solche Umwandlung durch höhere Temperaturen und nach neueren Untersuchungen auch durch radioaktive Bestrahlung."*

Bisher ging man davon aus das Strahlungsschäden durch Alpha,Beta und Gammastrahlen nicht wesentlich wären. Doch dabei war nicht berücksichtigt worden, daß die beim Alphazerfall von Aktiniden entstehenden Rückstoßatome das Glas stark angreifen.

Eine Variante hat man sich in Karlsruhe noch einfallen lassen, von der man sich mehr verspricht: statt der Glasblöcke will man kleinere Glaskugeln verwenden, die wiederum in einem Metallblock eingeschloßen sind. Dadurch soll sich die Stabilität gegenüber dem Druck der Gesteine, in die der Abfallbehälter eingelassen wird, vergrößern.

Der Salzstock Gorleben –

ALBRECHTS NOTLÖSUNG

Zuständig für die Endlagerung ist seit 1976 der Bund bzw. in dessen Auftrag die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB). Es wäre eigentlich Aufgabe der PTB gewesen, im Bundesauftrag einen niedersächsichen Endlager-Standort vorzuschlagen, der dann von den zuständigen Landesbehörden auf Genehmigungsfähigkeit begutachtet werden müßte. Im November 77 gelang es jedoch den damaligen Bundesminstern Matthöfer, Maihofer und Friedrichs, den Schwarzen Peter der Standortvorauswahl der Albrechtregierung zuzuschanzen. Allen Beteiligten war klar, daß die nds. Landesregierung kurz nach der Landtagswahl 1978 nicht nach geologischen Kriterien sondern ausschließlich aus politischen Opportunitätsgründen eine Entscheidung fällen wird. Und so kam es auch.Am 22.2.77 gab Albrecht bekannt, daß der Entsorgungspark nach Gorleben kommen und eine Salzstockerkundung ausschließlich dort erfolgen soll. Ein Jahr zuvor hieß es in der Zeitschrift "atomwirtschaft":*"In der jetzt anstehenden Phase ist es notwendig ausführliche Vor-Ort-Untersuchungen zu Geologie (Endlagerpotential),Meteorologie, Hydrologie Baugrundbeschaffenheit u.a. an einigen denkbaren Standorten durchzuführen, um Daten und Entscheidungskriterien für die endgültige Standortwahl im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren erarbeiten zu können. Es ist beabsichtigt, diese Standorterkundung zunächst an drei möglicherweise geeigneten Standorten in Norddeutschland im Laufe des nächsten Jahres so weit abzuschließen, daß ggf. eine Standortvorauswahl getroffen und das atomrechtlichen Standortgenehmigungsverfahren eingeleitet werden kann."* (atw, Juli 76, S. 339). Gorleben war hier ausgeklammert, untersucht werden sollte der Salzstock bei Lichtenhorst (Kreis Nienburg), bei Unterlüß (Kreis Celle) und bei Bunde (Emsland), wobei der letztere favorisiert wurde. Da überdies die Bundesregierung vor dem 23.2.77 wiederholt deutlich gemacht hatte, daß der Salzstock Gorleben für sie nicht in Betracht kommt, wurde die Albrecht-Entscheidung anfangs von keiner Seite ernst genommen:

"Bundeskanzler Schmidt hatte Albrecht nach Informationen aus Regierungskreisen schon bei dem Gespräch unter vier Augen am 11. Februar mit "aller notwendigen Deutlichkeit" klargemacht, daß der Standort Gorleben für die Bundesregierung nicht akzeptabel ist und als ein "Scheinangebot" gewertet wird.Begründet wird diese Haltung mit dem Hinweis, daß die Salzstöcke bei Gorleben unter der Elbe drei bis vier Kilometer weit in das Gebiet der DDR hineinreichen. Es sei zutreffend, daß die DDR in diesem Gebiet Erdgasvorkommen vermute. Bei der Prospektion nach diesen Bodenschätzen durch die DDR könne es zu Komplikationen kommen ... Bei der Abweisund des Standortes Gorleben gehe es jedoch in erster Linie " um die blanke Sicherheit der Deponie und nicht um Zartgefühle gegenüber dem Honeckerstaat"." (FR v. 23.2.77).

* *

So sichern die Betreiber ihre Bohrlöcher (Bsp. 1004)

* *

Diese Bedenken wurden jedoch schnell wieder aus dem Verkehr gezogen:

Am 1. März erklärte die DWK, daß ihr Standort Gorleben "aus technischer Sicht" besonders gut in den Kram passe, das Bundeskabinett beschloß, auf eine offizielle Kritik an der Albrecht Entscheidung zu verzichten (" Bonn möchte dieses Thema der Polemik entziehen.") und Mitte Juli war es dann soweit: die Bundesregierung stimmte dem "Scheinangebot" Gorleben zu.

Daß hier ausschließlich nach politischem Kalkül entschieden wurde ist allen Beteiligten bekannt. Nicht nur der Bundestags-Innenausschußvorsitzende Dr. Wernitz (SPD) weiß zu berichten, *" daß der Standort Gorleben aus politischen Gründen gewählt wurde"* (11) - auch die PTB spricht in ihrem hochoffiziellen Endlagerbericht vom März 81 davon, daß *" die zunehmende öffentliche Diskussion über Kernenergie-Probleme und der wachsende Widerstand gegen die Durchführung des Kernenergieprogramms ... zum Abbruch dieser (ursprünglich vorgesehenen drei) Standortprogramme geführt"* hat. (12)

Man halte sich nur einen Augenblick vor Augen, daß es hier um ein Unterfangen geht, daß von der gesamten Menschheit noch nicht gelöst de: die sichere Endlagerung hochradioaktiven Mülls für Jahrmillionen. Die Sicherheit nicht nur dieser Generation sondern gleich dutzender kommender Generationen wird aufs Spiel gesetzt und hintenangestellt - hinter was? Hinter die Interessen eines einzigen eitlen und arroganten Ministerpräsidenten, der für kommende vier(!) Jahre um seine Pfründe bangt. Kann ein einigermaßen klar denkender Mensch hieraus eigentlich einen anderen Schluß ziehen, als daß ein Sicherheitsrisiko diesen Ausmaßes (mitsamt seiner korrupten Anhängerschar) unverzüglich seines Amtes zu entheben und vor ein glaubwürdiges Gericht zu stellen ist?

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Warum gerade der Salzstock Gorleben zur Endlagerung ungeeignet ist

Schon vor Beginn der Bohrungen waren über den Salzstock Fakten bekannt, die ihn von vornherein als Endlager ungeeignet erscheinen ließen. Nach Mitteilungen der PTB wurden diese Argumente bei der Auswahl des Standortes mitberücksichtigt.
Vom Standpunkt der Sicherheit aus gesehen gibt es demnach bessere Standorte als Gorleben.

Zu den bekannten Fakten gehören:

1. Der Salzstock selbst liegt genau unter einer Argrar-, Forst- und Er-

holungslandschaft.
2. Er liegt in einem Feuchtgebiet.
3. Dieses Feuchtgebiet ist nach Auffassung des Bundesministeriums für Ernährung ein "für Natur-und Landschaftsschutz in der BRD von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung."
5. Über dem Gorlebener Salzstockteil, auf dem Höhbeck, wird ein Trinkwasserwerk betrieben.
6. Der Salzstock liegt nicht nur auf bundesdeutschem Gebiet, sondern setzt sich in die DDR fort, wodurch eine Untersuchung des gesamten Salzkörpers aus politischen Gründen nicht durchführbar ist.
Aus früheren Aufschlußarbeiten lagen Kenntnisse vor, die die Ungeeignetheit des Salzstockes noch deutlicher machen;
7. Er liegt in einem Bereich eines grossen Bruchsystems der tiefen Erdkruste, daß sich zu einer neuen Aufquellzone des Erdmantels entwickelt.
Da Salz schon bei geringen Erdkrustenbewegungen mobil wird, wandert es durch Spalten und Risse und steigt an schwachen Stellen bis zur Erdkruste hoch. (z. Zt. ca. 2 mm pro Jahr, was für mitteleuropäische Verhältnisse ein relativ hoher Wert ist.). Bislang gibt es noch keine Methode, mit welcher die Schnelligkeit der Aufstiegsbewegungen exakt im voraus berechnet werden könnte.
8. Er liegt in einer salzmobilisierenden geothermischen Anomalie, die so wie die Bruchstörungen, wahrscheinlich mit der zentraleuropäischen Grabenbruchzone zusammenhängen.
Steinsalz leitet bei Temperaturen zwischen 30 bis 50 Grad Celsius Wärme 2 - 3 mal so schnell wie andere Gesteine. Bei zunehmenden Temperaturen gleichen sich die Leitfähigkeitswerte denen anderer Gesteine an, d.h. daß Steinsalz bei Lagerung von hochaktiven Abfällen keinen Vorteil gegenüber anderen Gesteinen, sondern eigentlich nur den Nachteil hat, daß es bei Wärme einen mehr als dreimal so hohen Ausdehnungskoeffizienten hat wie kristaline Gesteine.
9. Er liegt auf einer tektonisch (innere Erdkrustenbewegungen) bedingten Aufbeulung des Subsalinars, die grundsätzlich gashöfig sind.
Viele Salze enthalten Gaseinschlüße, die nicht selten unter Druck stehen, und beim Bergbau explosionsartig ausbrechen können. Man hat auch schon bei anderen Salzstöcken mit Gas gefüllte Klüfte zwischen Steinsalz und Carnalit gefunden. Gasvorkommen wurden in der Nähe von Wustrow nachgewiesen. In der DDR wird Erdgas gefördert und 1971 kam es zu einem Erdgasausbruch Falls sich also Erdgasvorkommen am Rande des Salzstockes befinden, würde nicht nur die Forderung, daß in der Nähe von Endlagern keine Rohstoffvorkommen vorhanden sein sollten nicht erfüllt werden.
10. Die oberen Grundwasserstockwerke weisen stellenweise extrem hohe Chlorit- und Sulfatgehalte auf, die eine aktive Ablaugung des Salzstockes belegen.
Der Chloridgehalt beträgt ca. 1200 /L , normal sind Werte zwischen 30 - 40 mg/L. Dieser extrem hohe Wert läßt sich so erklären, daß das versalzene Grundwasser entlang der Störungen horizental aufsteigt und damit die Versalzung des oberen Grundwassers bewirkt. Der Salzstock weist heute deutliche Anzeichen von Grundwasserkontakt auf.Da man davon ausgehen kann, daß der Salzstock innerhalb der nächsten tausend Jahre weiter nach oben steigen wird. Also immer näher an die Erdoberfläche kommt, steigt auch gleichzeitig die Gefahr der Lösungswitterung.
11. Aus Feinnivellements (Meßverfahren von Höhenunterschieden der Erdoberfläche) auf mecklenburgischen Gebiet ist erkennbar, daß vertikale Bewegungen der Erdkruste noch heute stattfinden. Der Salzstock liegt in einem Spannungsfeld zwischen einem Hebungsbereich im Osten und einem Senkunsbereich im Westen.
12. Der Hebungsbereich im Osten (Prignitzblock) weist aus der Zeit von 1410 die stärksten tektonischen Erdbeben (7 bis 8) norddeutschlands auf.
13. An der Erdoberfläche und in der Umgebung des Salzstockes sind Relief und Gewässeranomalien vorhanden, die im wesentlichen nur Ausdruck von geologisch sehr junger Instabilität des Untergrundes interpretiert werden können; Instabilität als Folge von Salzwanderungen u./o. Subrosion u./o. Tektonik.
14. Über dem Salzstock liegt eine quatäre Erosionsrinne von damals noch unbekannter Tiefe (Quatärzeit: 10000 Jahre, Erosion: Zerstörungsarbeit von Wasser.).
15. Der Salzstock weist an der südostflanke einen Überhang auf, der eine komplizierte Innenstruktur erwarten läßt.
16. Zu Anfang dieses Jahrhunderts sind mindestens drei Kalisalzerkundungsbohrungen abgeteuft worden, über deren genaue Lage und Versiegelung der Bohrlöcher keine zuverlässigen Unterlagen vorhanden sind.
Das bedeutet, daß der Salzstock grundsätzlich nicht mehr als "unangestochen " angesehen werden kann.
17. Aus diesen Bohrungen ist bekannt, daß sie auf mächtige Carnallitschichten gestoßen sind.
Entscheident im Hinblick auf die geplante Anlage ist, daß sich Bewegungen und Auslaugungen noch heute abspielen, und daß als Folge von tektonischen Zug; und Scherbeanspruchungen Spalten im Salzstock aufreissen können, die zum Absaufen des Bergwerkes führen. wenn eine Verbindung zum Grundwasser besteht.

Die dadurch sinnlosen Bohrungen erfüllen also nur noch zu einem sehr kleinen Teil ihre ursprüngliche Funktion, nämlich genauere Aufschlüsse über den Innenaufbau des Salzstokkes zu erbringen. Das sich die Wahl von Gorleben als geologisch ungerechtfertigt erweißt, wird durch die Ergebnisse des Erkundungsprogramms erstärkt. Die Betreiberseite setzt mit der Untersuchung nur eines Salzstockes alles auf eine Karte und sich somit dem Zwang aus die Vorentscheidung nachträglich zu bestätigen. Noch deutlicher wird dies vor dem Hintergrund, daß ohne Endlager (oder auch Zwischenlager) keine weiteren Atomkraftwerke mehr genehmigt werden können. Die Endlagerung ist also das Nadelöhr, durch das die Betreiber hindurch müssen. Also müssen wir es verstopfen.

Statt nachprüfbarer Sicherheitskriterien

Der erstbeste Salzstock wird passend gemacht

Seit der Bennenung Gorlebens zum Endlagerstandort gilt der dortige Salzstock offiziell als "eignungshöffig", wobei das fromme "Prinzip Hoffnung" der Ausgangspunkt weiterer Überlegungen ist.

Dies zeigt sich schon daran, daß die Betreiber längst davon abgerückt sind, die besonders gute Eignung des Salzstockes nachweisen zu wollen. Sondern der Salzstock ist per se in Ordnung solange nicht ein eindeutiger Beweis der Nichteignung vorliegt. Mit diesem Trick wird jedes noch so ungünstiges Erkundungsergebnis so ausgelegt, daß hiermit weder die Eignung noch die Nichteignung des Salzstockes bewiesen sei.

Kein Wunder also, daß Dr. Kühn (Institut für Tieflagerung, GSF), bereits im Mai 1977 "keinerlei Befürchtungen (hatte). daß der Salzstock Gorleben sich als nicht geeignet erweisen wird; denn er hat eine derartige Größe, die mit Sicherheit eine geeignete Situation auszusuchen gestattet, an der das Endlager eingerichtet werden kann." (13)

Dieses Urteil hat sich die Bundesregierung in ihrem "Entsorgungsbericht" vom 30.11.77 zu eigen ge-

macht: *"Der Salzstock Gorleben ist für die Lagerung der schwach- und mittelaktiven Abfälle in jedem Fall geeignet ... Der hochradioaktive Abfall kann sowohl durch die Art seiner Aufbereitung (Konditionierung) als auch durch seine räumliche Anordnung im Salzstock so an die Verhältnisse des endgültig einzurichtenden Bergwerks angepaßt werden, daß auch er endlagerfähig ist. Die notwendigen Kenntnisse und technischen Mittel hierfür sind rechtzeitig verfügbar."* (14)

Es ist also festzuhalten, daß die Endlagereignung des Gorlebener Salzstockes auf politischer Ebene bereits feststand, ohne das eine einzige Tiefbohrung durchgeführt wäre. Damit war der Rahmen für die an der Erkundung beteiligten Geologen abgesteckt. Es liegt auf der Hand, daß eine planvolle wissenschaftliche Erkundung die vorherige Erstellung eines Kriterienkatalogs zur Voraussetzung hat. Hierauf wurde jedoch in der BRD bewußt verzichtet: lt. PTB könnten *"allgemein gültige verbindliche Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in geologischen Formationen nicht simuliert werden"* (PTB Bericht v. 31. 3.81, S. 10) Dies jedoch widerspricht - so Prof. Grimmel - *"den einfachen Grundsätzen der Wissenschaftsmethodik. Daß inhaltlich präzis formulierte Kriterien ... durchaus möglich sind, belegt der holländische Katalog, der sich speziell auf Salzstöcke bezieht ... Ich habe hier ein Schreiben des Reichgeologischen Dienstes der Niederlande vom März 1980 vorliegen, wo deutlich zu erkennen ist, daß diese Kriterien, die bisher diskutiert wurden, offenbar noch verschärft worden sind ... Also ich verstehe nich diese Argumentation, daß es keine Kriterien geben könne. Es gibt Kriterien, und ohne Kriterien, die vorher formuliert sind, gibt es keine wisschenschaftliche Beurteilung."* (15)

Auch die einzige für die Endlagerung gültige Norm - die Strahlenschutzverordnung - muß hinterfragt werden. Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie Hannover): *"Es sind Vorschriften, die auf den Betrieb kerntechnischer Anlagen hinzielen. Beispielsweise werden maximale Dosiswerte für jedes Jahr vorgeschrieben , wobei die spezifische langzeitliche Dimension der Endlagerung völlig fehlt. Die wird von diesen Regeln überhaupt nicht erfasst. Wenn eine bestimmte Dosis nicht nur für ein Jahr sondern über 10000 Jahre jährlich auftritt, da wird in den gesetzlichen Vorschriften kein Unterschied gemacht."* (16)

Durch Prof. Grimmel wurden dem Bundesinnenausschuß zuletzt 1980 drei neuere Kriterienkataloge vorgestellt;

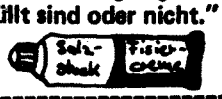
a. ein 1977 von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) für die EG erstellter Forderungskatalog (der hierzulande erst 1980 an die Öffentlichkeit gelangte ...)

b. Eine Kriterienauflistung des US "Department of Energy", Washington, Mai 79.

c. der bereits erwähnte niederländische Kriterienkatalog der "Interdepartementale Commissie voor de Kernernergie" vom April 79. (15)

Nach der Logik westdeutscher "Sicherheitsphilisophen" handelt es sich hierbei um sinnlos beschriebenes Paper. So konterte BGR Chef Venzlaff während der Lüchower Anhörung (Mai 81) , einen Hinweis auf die nach den niederländischen Kriterien hinreichend belegte Nichteignung des Gorlebener Salzstocks folgendermaßen:

"Für uns waren das nie Kriterien, deswegen kann nicht gesagt werden, ob sie erfüllt sind oder nicht."



Dr. Mauthe, Geologisches Institut der Universität Hannover:

"Der Salzstock steht in allen Fällen auf der schlechten Seite."

Auf der Informantionsveranstaltung über die bisherigen Bohr-Zwischenergebnisse am 15./16. 5. in Lüchow legte Dr. Mauthe seine Analyse der Ergebnisse der Tiefbohrungen vor. Die anwesenden Geologen der Endlagerbetreiber verhielten sich hierzu mucksmäuschenstill. Sie waren ganz offensichtlich ausserstande auch nur in einem einzigen Punkt die vorgelegten Untersuchungen anzugreifen, geschweige denn zu widerlegen.

Dr. Mauthe warf anfangs den beim Bund angestellten Geologen vor, daß sie sich den Salzstock Gorleben haben aufzwingen lassen und wies darauf hin, daß diese die Ergebnisse der Tiefbohrungen zwar erklärt, nicht jedoch fachlich bewertet hätten.

Das Fazit seiner Untersuchungen fasste er abschließend folgendermaßen zusammen:

" Aus den bisher vorliegenden Untersuchungsdaten ergeben sich, im Vergleich mit geologischen Tatbeständen in und an anderen Salzstöcken, Vergleichsmöglichkeiten, die es erlauben, die Gorleben-Befunde im Hinblick auf die Eignungshöfigkeit zu werten:

1. Je unkomplizierter die Lagerung der Salzgesteinsschichten, umso günstiger. **Gorleben:** hochkomplizierte Lagerung in Endlagerungsteufe, d.h. Vorkommen ungeeigneter und gefahrbringender Gesteine (Carnallitit, Anhydrit) an vielen Stellen im Salzstock.
2. Sylvinitische oder Hartsalz-Ausbildung der Kalisalzflöze ist günstiger als eine carnalitische. **Gorleben:** Alle drei regional bekannten Flöze bestehen aus Carnallitit, als Besonderheit tritt zusätzlich Carnalitit schichtig in üblicherweise reinen Steinsalzen der "Leine-Serie" auf.
3. Ein kluftarmer Hauptanhydrit, dessen Klüfte mit Steinsalz verheilt sind ist günstiger als ein kluftreicher. **Gorleben:** Viele Klüfte durchsetzen den Hauptanhydrit, wenige stehen offen, die meisten sind mit Carnallitit verheilt (max. 2m dicker Carnallititgang im Hauptanhydrit von Bohrung 1004).
4. Die Abwesenheit von größeren Laugeneinschlüssen ist günstiger als deren Anwesenheit. **Gorleben:** Restlaugengefüllte Höhlen von 10er Kubikmeter Größe in 1002, 1003, 1005.
5. Ein kluftloses Steinsalz in Endlagerteufe ist günstiger als ein kluftiges. **Gorleben:** max 10 cm breite offene Klüfte und Spältchen z.B. bei 500 m im älteren Steinsalz, bei 1600 m im Leinesteinsalz.
6. Ein etwa ebener, waagerechter Salzspiegel ist günstiger als ein starkes Relief an der Salzstockoberfläche. **Gorleben:** ca 80m ragt ein Salzgesteinspfeiler über das normale Salzspiegelniveau hinaus und gibt zumindest Rätsel für die geologische Deutung auf.
7. Hinweise auf erdgeschichtlich langzeitigen Stillstand des Salzstockes sind günstiger als Befunde, welche geologisch junge Aufstiegsbewegungen belegen. **Gorleben:** Tertiär- und quartärzeitliche Aufstiegsbewegungen (und damit einhergehend: Salzauflösungen am Grundwasserkontakt) sind in erheblichem Ausmaß nachweisbar.
8. Eine lückenlose Überdeckung des Salzstockes mit wasserundurchlässigen Tonschichten ist günstiger als eine unvollständige Abdeckung. **Gorleben:** Tonschichten sind im Verlauf der quartärzeitlichen Rinne weitflächig abgetragen.
9. Die Untersuchungen einer ganzen geologischen Struktur (Salzstock, Flankengesteine, unter dem Salz lagernde Gesteine und Deckgebirge mit grundwasserführenden Schichten) ist günstiger als eine Untersuchung der Hälfte. **Gorleben:** Nur der südwestliche Teil der geologischen Gesamtheit ist untersuchbar.

Sollten diese negativen Befunde für alle in Frage kommenden Salzstöcke Norddeutschlands zutreffen, so wäre es angebracht, unverzüglich über das Konzept "Endlagerung im Salzgestein von Salzstöcken" nachzudenken."

SOLL EIN WEITERER SALZSTOCK ERKUNDET WERDEN?

Seit der Endlager-Informationsveranstaltung vom 15./16.Mai '81 in Lüchow (s.auch S.25) wird auch von den Atomenergiebefürwortern offen darüber geredet, daß der Gorlebener Salzstock mit ziemlicher Sicherheit untauglich ist und deshalb — um allzu große Verzögerungen zu vermeiden — die Erkundung eines weiteren Salzstocks in Erwägung zu ziehen ist. Tatsächlich waren es nicht nur die von den Wissenschaftlern Appel und Mauthe vorgestellten Analysen, die den Salzstock untauglich erscheinen lassen. Die bundeseigenen Behörden mußten gleichermaßen wie die Atomenergiekritiker unter den Wissenschaftlern konstatieren

— daß der Salzstock entgegen ursprünglicher Annahmen auch in der erdgeschichtlichen Gegenwart (Tertiär) in Bewegung ist.

— daß der Anteil der wasserleitenden Anhydritschichten (10%) weit größer ist, als in anderen Salzstöcken.

— daß anstelle der von der RSK geforderten und erwarteten 80 Kubikkilometer nur maximal 20 bis 40 km^3 Steinsalz zur Verfügung stehen.

— daß eine 12 km lange und bis zu 341m tiefe grundwasserführende Rinne sich durch das Deckgebirge hindurch bis in das Salzgestein hinein eingeschnitten hat.

— daß direkt neben dieser Rinne ein „steiler Zahn" des Salzstocks aus völlig ungeklärten Gründen bis zu 133m unter der Erdoberfläche aufragt.

Über ernste Bedenken im Betreiberlager berichtete erstmals die „Welt":

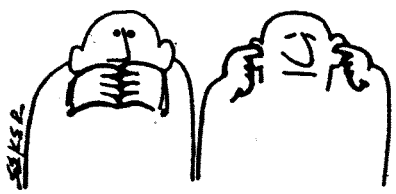
„Nach Informationen der WELT sind auch Befürworter der Endlagertechnologie der Meinung, der Bund solle neben Gorleben auch andere Standorte ins Auge fassen. **Im Gespräch sind zum Beispiel die großen Salzstöcke bei Lingen in Westniedersachsen.** *... Sollte sich der Standort Gorleben als ungeeignet herausstellen, so verlautete aus Kreisen der mit dem Projekt Endlagerung befaßten Experten, würde eine Verzögerung von zehn bis fünfzehn Jahren eintreten. Deshalb müsse die Bundesregierung schon jetzt Ausweichstandorte nennen und untersuchen lassen."* (16.5., Hervorhebung von uns). Und die „Hannoversche Allgemeine" (Kommentar: „Jüngste Äußerungen der Verfechter des (Endlager-)Projekts ergeben ein erstaunlich widerspruchsvolles Bild. Die Gegner können sich nur die Augen reiben...") zitiert die DWK:

„Die Bohrungen hätten Ergebnisse gebracht, die nicht erwartet worden seien, hieß es bei der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Die Form des Salzstockes sei nicht ideal, weil gerade für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle große Abstände gebraucht würden." (6.6.81)

Gleichzeitig begann man sich auf untergeordneter politischer Ebene bereits wechselseitig die Schuld für die Beschränkung der Erkundungsarbeiten auf Gorleben in die Schuhe zu schieben:

— Als Antwort auf den oben zitierten „Welt"-Artikel veröffentlichte Pressesprecher Niederels vom Bundesforschungsministerium unverzüglich eine Presseerklärung mit der Überschrift: „Landesregierung von Niedersachsen wäre für mögliche Verzögerungen bei der nuklearen Entsorgung verantwortlich." Die Aussagen der „Welt" werden darin nicht dementiert, sondern indirekt bestätigt, indem „möglicherweise" entstehende „erhebliche Zeitverluste bei der Erkundung für ein geeignetes Endlager" präventiv der Landesregierung angelastet werden, da diese „seinerzeit nur einen einzigen, möglicherweise geeigneten Salzstock zur Untersuchung freigegeben hatte...".

— Lüchow-Dannenbergs CDU-MdL Grill bezeichnet diesen Angriff als *„unglaubwürdig, weil niemand den Bund daran hindern könne, auch für andere Standorte Untersuchungen zu beantragen. Die Bundesregierung versuche offensichtlich, sich rechtzeitig aus der Verantwortung zu ziehen. Das stehe im Widerspruch zur Zustimmung zum Standortvorschlag der niedersächsischen Landesregierung."* (EJZ v. 18.5.)



— Ähnlich konterte Grill die Ende Mai von SPD- und FDP-Untergliederungen erhobenen Forderungen an die niedersächsische Landesregierung, die Erkundung weiterer Salzstöcke zu veranlassen.

Eine Erklärung der politisch Verantwortlichen über die Zänkereien der untergeordneten Schergen ließ wochenlang auf sich warten. Am 5.Juli war es soweit. In einer gemeinsamen Erklärung ließen Bundesinnenminister Baum und Bundesforschungsminister von Bülow verlautbaren:

„Die bisherigen Untersuchungen hätten keinerlei begründete Zweifel an der bisherigen Einschätzung des Salzstockes bei Gorleben ergeben. Dies bedeute, meinten die Minister, daß nach heutigem Erkenntnisstand... über die besonderen Eigenschaften des Salzstockes Gorleben zu erwarten sei, daß seine Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle nachgewiesen werden könnte. Beide Minister begründeten ihre Feststellung mit Hinweisen auf ein öffentliches Expertengespräch in der Kreisstadt Lüchow." (FR vom 6.6.81)

Die Kaltblütigkeit, mit der hier offenbar sogar Endlagerexperten und Pressesprecher aus dem eigenen Haus korrigiert werden, ist skandalös. Gleichsam wird hier nur ein weiteres Mal demonstriert, wie mit den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung umgesprungen wird, wenn es um politische Interessen geht:

einen Tag zuvor nämlich konferierten die beiden Minister mit Beauftragten der hessischen Landesregierung, die in größter Sorge um Börners Lieblingsprojekte — der Atommeiler Biblis C und die große „Versuchs"-WAA — nach Bonn geeilt waren um so kurz vor dem Parteitag der hessischen SPD (21.6.) mit mißliebigen Meldungen aufzuräumen. Denn:

„Immerhin hängt die gesamte hessische Kernenergiepolitik von einer gesicherten Endlagerung ab..." Und da wird man ja wohl in der Bundesregierung beide Augen zudrücken dürfen...

(nach FR vom 6.6.81)

Modellhafte Planung eines
BUNDESENDLAGERS IN GORLEBEN

In dem Bericht der PTB vom März 81 bekennt diese sich ausdrücklich zum Standort Gorleben als Endlager. Am Anfang macht sie die Endlagerung noch abhängig von den Sicherheitsanalysen, während sie am Ende vom weiteren Vorgehen spricht, daß folgendermaßen aussehen soll: Das übertägige Standorterkundungsprogramm soll geeignete Schachtansatzbereiche ausfindig machen. Liegen die Schachtansatzbereiche fest, werden Schachtvorbohrungen niedergebracht, um festzustellen, ob und mit welchen Mitteln ein Schacht gebaut werden kann. Nach Abschluß dieser Erkundungen, die etwa 6 Jahre dauern sollen, wird man etwa 1990 eine genaue Eignungszusage für alle Arten von radioaktiven Abfällen machen können.

Größe des Salzstockes:

Der Gorlebener Salzstock ist insgesamt ca. 30 km lang, davon 15 km auf bundesdt. Gebiet. Er ist ca. 3 bis 4 km breit, wobei sich die Breite Richtung NO auf 1,5 km reduziert. Seine Basis beginnt bei ca. 3000 m Tiefe und reicht bis etwa 200 bis 300 m unter die Erdoberfläche. Für die gesamte Endsorgung gemäß der Planung wird ein Gesamthohlraum von 10,2 mal 10 hoch 6 m, was 10,2 Millionen qm 3 Salz entspricht, benötigt.

Was soll eingelagert werden ?

Für diese Demensionierung des Bergwerkes wurden folgende Abfallmengen und Arten zugrunde gelegt:

1. *11000 Fässer pro Jahr mit schwachaktiven Abfällen, endzulagern in Versturzkammern.*

Eine Versturzkammer hat eine Grösse von 60 m Länge , 15 m Breite und eine Höhe von 20 m. Bei der vorgesehenen Einlagerungsmenge würde es 2 Jahre dauern, sie zu füllen. Von der Größe her ist das vergleichbar mit dem Bau von zwei Einfamilienhäusern, wobei dann noch ein Garten abfällt. Wieviel Jahre würde man brauchen um dort ein Dorf oder eine Stadt entstehen zu lassen?

2. *12000 400-l-Fässer pro Jahr mit mittelradioaktiven Müll in verlorenen Betonabschirmungen (?), endzulagern in Stapelkammern.*

Die Stapelkammer hat Ausmaße von 90 m Länge, 15 m Breite und 25 m Höhe. Pro Jahr benötigt man davon 1,5 Kammern. Die Größe der Kammern entspricht einer nicht zu kleinen Grundschule mit Turnhalle, die sich ständig erweitert, bis in ca. 10 Jahren ein ganzes Schulzentrum entstanden ist.

3. *5000 Fässer mit mittelaktiven Abfällen in wiedergewinnbaren Abschirmbehältern, endzulagern in Absenkkammern.*

Eine solche Kammer füllt sich in 2 Jahren und hat einen Durchmesser von 15 m und eine Höhe von 32,5 m.

4. *5000 Fässer (400 l) pro Jahr mit mittelradioaktiven Abfällen, wie Hülsen, Klärschlamm und Bauteile, in wiedergewinnbaren Abschirmbehältern, die in Bohrlöcher endzulagern sind.*

Diese in Zement eingebundenen Fässdürfen im Inneren 100 Grad Celsius nicht überschreiten, da sonst eine Entwässerung des Zements eintritt. Es wird davon ausgegangen, daß diese Grenztemperatur nicht überschritten wird, wenn der Bohrlochabstand auf 13 m minimiert wird und dadurch die Steinsalzvorkommen optimal ausgenutzt werden können. Pro Bohrloch lassen sich dann 270 Fässer einlagern. Aufgrund angeblicher "Erfahrungen" aus dem Salzbergbau will man dieses Bohrlochfeld dermaßen konzipieren, daß es sich in 23 Strecken mit 20 Bohrlöchern pro Strecke aufgliedert. Dort würden sich dann 124 200 Fässer unterbringen lassen. Ob es auch möglich sein wird 30 Bohrlöcher pro Strecke unterzubringen, will die Betreiberseite davon abhängig machen, ob die thermische Belastung des Gebirges auch kleinräumiger tragbar ist.

5. *1760 Glasblöcke pro Jahr (hochradioaktive Abfälle) einzulagern in Bohrlöchern.*

Sie sollen ein Volumen von 70 l, einen Durchmesser von 30 und eine Länge von 120 cm haben. Bei der Endlagerung der Glasblöcke wird noch erheblich mehr Wärme freigesetzt als bei der Lagerung von mittelradioaktiven Mülls (s. 4.). Man geht davon aus, das an den Berührungsflächen zwischen dem hochradioaktiven Abfall und dem Steinsalz Temperaturen von 200 Grad Celsius nicht überschritten werden dürfen. Um die benötigte Einlagerungsfläche zu minimieren, aber gleichzeitig das Steinsalz optimal auszunutzen, werden die *"Ausbreitungsrechnungen der freigesetzten Wärmemengen"* so ausgelegt, daß wedas Lagergut noch Salz die 200 Grad Grenze überschreiten. Es wird angenommen, daß diese Bedingung für Glasblöcke eingehalten werden kann, wenn die Bohrlöcher 310 m tief (davon 10 m Verschluß) sind und einen Abstand von 50 m zueinander haben. Bei den vorgesehenen Einlagerungsmengen würde man vorläufig acht Bohrfelder benötigen. Länge pro Bohrloch 420 m und und Breite 250 m. Das entspricht ca. 175 Fußballfeldern. Zusätzlich müssen die Brennelemte vor Endlagerung noch 15 Jahre nach Entnahme aus dem Reaktor zwischengelagert werden, bevor sie in die Bohrlöcher können. Um sie gleich nach der Verglasung einzulagern, haben sie noch zu hohe Außentemperaturen (s. Verglasungsartikel). Die Zwischenlagerung ist also notwendig, um die "zulässigen Wärmehöchstgrenzen" nicht zu überschreiten. Weitere Randbedingungen sind eine Wiederaufarbeitung drei Jahre nach Reaktorentnahme und eine Verglasung nach zusätzlichen sechs Jahren.

Auch hier ist es möglich, ein Bohrlochfeld mit neun Strecken a sechs Bohrlöchern anzulegen. Das wird von den Betreibern wieder von den Grenztemperaturen und der Belastbarkeit des Gebirges abhängig gemacht.

Allein für die Endsorgung einer WAA geht man von ca. 25 Versturzkammern, 12,5 Stapelkammern 100 Absenkmauern, 6 Bohrlöchern für hochradioaktiven und 2 für mittelradioaktiven Müll, die man benötigt, aus. Das Grubengebäude soll so angelegt werden, daß die Abfälle aus 50 Jahren Wiederaufarbeitung auf einer Sohle eingelagert werden können. Für die Grubenräume sieht man eine Tiefe von 800 bis 900 m vor, um angeblich die Sicherheit zu vergrößern.

Es wird weiter geplant!

Außerdem legt man folgende Merkmale zugrunde:

" - Auf die Rückholbarkeit der Abfälle wird verzichtet.
- Vom Deckgebirge wird ein Sicherheitsabstand von etwa 300 m sowie von den Flanken des Salzstockes von etwa 200 m eingehalten.
- Die Bewetterung wird so angelegt, daß einzelne Einlagerungsbereiche vom übrigen Grubengebäude abgetrennt werden können.
- Der Einlagerungsbetrieb erfolgt im Rückbau, d.h. Erstellung und Füllung von Einlagerungsräumen beginnen in schachtfernen Bereichen. Gefüllte Einlagerungsfelder werden durch Dämme verschloßen.

Die entstehende Salzhalde

Während des Betriebes des Endlagers werden jährlich ca. 100000 Kubikmeter Salz anfallen. Nach 50 Jahren Betriebsdauer wird das Volumen der Halde 8 Mio cbm betragen, dazu kommen noch 3 cbm Salz, die schon vor Beginn des Betriebes durch das Auffahren des Bergwerkes anfallen. Bei einer Höhe von 100 m würde die Halde eine Fläche von 35 ha in Anspruch nehmen.

Absolut unklar bleibt angesichts dieser Mengen, wie es die Betreiber bewerkstelligen wollen, Belange des Natur- und Landschaftsschutzes zu berücksichtigen, die sich nicht darin erschöpfen dürfen zu verhindern, daß das Grund- und Regenwasser nicht mit dem Salz in Berührung kommt. Überhaupt nicht in Augenschein genommen wird z.B. das Problem der Verwehung. Man macht sich in erster Linie Gedanken darüber, daß das Salz zum Teil zum Befüllen der Resthohlräume wiederverwendet werden kann. Vielleicht haben die Betreiber noch die Illusion diese Halde mit ein paar Bäumen zu tarnen, die das aber bestimmt nicht lange mitmachen werden. Dann bleibt ja immer noch die Möglichkeit Plastikbäume aufzustellen, um mal wieder den Schein zu wahren.

Die Schächte

Das Bergwerk wird durch zwei Schächte betrieben, deren Lage bislang noch nicht feststeht. Beide Schächte erfüllen unterschiedliche Funktionen:
1. Ein Schacht dient zum Transport der Abfälle und ist ausziehender Wetterschacht.
2. Ein anderer ist einziehender Wetterschacht und dient der Salzförderung (Salzmassen, die z. B. beim Grubenaufbau anfallen), der Seilfahrt und dem Materialtransport.

Das Grubengebäude

Sind die Schächte abgeteuft, werden zuerst die schachtnahen Grubenräume erstellt und dann die Schachtförderanlagen eingebaut. Um die Grubenfelder *"bereits von Beginn der Einlagerung zu erkunden"*, werden Ausrichtungsstrecken von 7 m Breite und 4 m Höhe bis an die Grenzen der vorgesehenen Grubenfelder aufgefahren.

Das Grubengebäude selbst wird sich von den Schächten aus nach beiden Richtungen erstrecken. Im linken Flügel sollen die Einlagerungskammern, mit einem Abstand von 16,5 m übereinander liegen. Hier werden Streckenpaare aufgefahren. Im rechten Flügel liegen die Streckenpaare paralell. Dort sollen sich einmal die Bohrlöcher befinden. Insgesamt wird das Grubengebäude eine Längenausdehnung von 5 bis 6 km und eine Breite von ca. 1 km haben. Die tatsächliche Ausdehnung will man von den vorhandenen Carnalitt- und Anhydrittschichten abhängig machen. Nach den bisherigen Bohrergenissen müßte die weitere Erkundung sofort eingestellt werden, da die Carnalitt- und Anhydrittschichten in solchen Ausmaßnahmen vorhanden, daß ein Endlagerbau unmöglich ist.

Ein überirdisches Endlager

Bereits 1990 müssen voraussichtlich hochradioaktive verglaste Abfälle, die in der Wiederaufarbeitung von deutschen Brennelementen in La Haque anfallen zurückgenommen werden. Sie sollen in einem übertägigen "Sicherstellungslager" für eine ungewisse Zeit untergebracht werden (**eventuell bis zu 100 Jahren**). In diesem Lager sollen die hochradioaktiven Abfälle erst mal abklingen, bevor sie eingelagert werden können. Die Betreiber stellen Anforderungen an dieses Lager, die folgendermaßen aussehen -
- gesicherter Abschluß der Radionuklide muß gewährleistet sein
- für die zuverlässige Abfuhr der Wärme muß gesorgt sein
- die Abschirmung der radioaktiven Strahlung des Lagergutes muß gewährleistet sein
- es soll gegen Einwirkungen von außen, wie z. B. Erdbeben, Flugzeugabsturz, Hochwasser und von innen (Brand) abgesichert sein.

Zu diesen Kriterien erübrigt sich jede Art von Kommentar.

Ab
Sommer 81 planen die Betreiber mit den Schachtvorbohrungen zu beginnen, die noch immer unter dem Deckmantel des Erkundungsprogramms laufen. Nehmen wir ihnen also den Mantel weg, damit sie nicht nur kalte Füße bekommen.

Anmerkung:

(1) aus: Protokoll der „Öffentlichen Anhörung" des Bundestag-Innenausschusses (Arbeitsgruppe „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz") vom 23. Juni 1980 in Bonn ,S.90
(2) a.a.O.,S.90f.
(3) lt. P.Hofseth in Öko-Bericht Nr.9, hrsg. vom Öko-Institut Hannover (jetzt: Gruppe Ökologie Hannover"), Hannover 1980, S.52
(4) Dies und folgendes nach E.Grimmel :„Wie die USA das Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle zu lösen versuchen " in :Öko-Bericht Nr. 9, S.74 ff
(5) a.a.O., S.76 ff
(6) Wenn man einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 13.3. 81 folgen darf, sind diesbezüglich in den USA geradezu horrende Veränderungen eingetreten :„Was die Endlagerung des Atommülls betrifft, bezieht die Reagen-Administration klar Stellung:„Die Regierung befürwortet eine Finanzierung von Endlagereinrichtungen durch den Staat nicht." Dadurch lassen sich in den Jahren 1981 und 1982 300 Mio. Dollar einsparen."
(7) nach Dr. Joseph, Frankfurter Zeitung(Ffm), 5.6.1930, zitiert in: „Wider-Aufarbeitung", Hrsg.: Umweltschutzmappe am Fachbereich Chemie der Uni Hamburg, S.99
(8) „Atomwirtschaft"(atw),Nr.7/76, S.359, zitiert in „Wider-Aufarbeitung",S.99
(9) in:Öko-Bericht 10,H.Hirsch, Argumente gegen die Kernenergienutzung, Hannover 1980,S.50
(10) Alle Angaben aus dem Entsorgungsbericht der Bundesregierung (Bundesdrucksache 8/1281 v.30. 11.77), S.50,S.29,S.3
(11) „Öffentliche Anhörung...",S.296
(12) PTB-Bericht:„Standorterkundung und Anlagenplanung für die im Raum Gorleben geplante Endlagerung radioaktiver Abfälle" von E. Viehl (PTB-Pressesprecher),S.5
(13) „Protokoll der Nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie" am 25.Mai 1977,(aus der Reihe: Kopf aus dem Sand Nr.2),S.26
(14) „Entsorgungsbericht",S.3
(15) „Öffentliche Anhörung...",S.238
(16) a.a.O.,S.133 ff
(17) a.a.O.,S.300

Hearing zu bisherigen Bohrergebnissen

Am 5. u. 6. Mai 1981 war das Gildehaus in Lüchow Schauplatz einer Neuauflage des „Bürgerdialogs Kernenenergie". Das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und das Bundesinnenministerium traten als Veranstalter des Hearings auf. In Rede (Befürworter) und Gegenrede (Kritiker) standen sich Wissenschaftler gegenüber um über die Auswertung des bisherigen Bohrprogramms und damit über die Eignung des Gorlebener Salzstockes zu debattieren. In die Borbereitung des Hearings wurden auch die verschiedenen Widerstandsgruppen des Landkreises mit einbezogen.

1. Die Vorgeschichte des Hearings

Bereits im September 1979 wollte das BMFT eine Informationsveranstaltung im Rahmen des Bürgerdialoges unter der Beteiligung von kritischen Wissenschaftlern zu den Bohrungen durchführen. Zwei wichtige Forderungen der kritischen Wissenschaftler

- Einblicknahme in die Bohrprotokolle und damit Offenlegung der Ergebnisse der Bohrungen und
- konkrete Diskussion um die Eignung des Gorlebener Salzstockes

wurden damals nicht erfüllt.

Deshalb verweigerten die kritischen Wissenschaftler ihre Mitarbeit und somit fand die Veranstaltung nicht statt. Wichtig für das Zustandekommen des jetzigen Hearings war die Besetzung der Tiefbohrstelle 1004 und die Errichtung der „Freien Republick Wendland" im Mai/Juni 1980.

Die wichtigsten Forderungen der Besetzer waren, daß sämtliche das Entsorgungskonzept der Bundesregierung betreffende Maßnahmen - Errichtung von Kompakt- und Zwischenlager, sämtliche Bohrarbeiten in Gorleben und das Untersuchungsprogramm für den Schacht Konrad - gestoppt werden, die Protokolle der bis dahin erfolgten Bohrungen veröffentlicht werden und der Eintritt in eine breite Diskussion über das gesamte Entsorgungskonzept u.a. durch ein großes Hearing über die Probleme der Zwischen- und Endlagerung stattfindet.

Diese Forderungen wurden vom Bundesinnenministerium abgelehnt. Von Seiten des Bundesinnenministeriums wurde in Gesprächen um die Forderungen der Platzbesezer von 1004 lediglich die Veröffentlichung der Bohrergebnisse zugesichert und ein Hearing über die bisher stattgefundenen Bohrungen (Flach- und Tiefbohrungen) unter Beteiligung von kritischen Wissenschaftler wurde anbeboten.

Dieses Angebot war jetzt Grundlage für das Hearing. Die kritischen Wissenschaftler und die Widerstandsgruppen im Landkreis erklärten sich bereit unter diesen veränderten Bedingungen mitzuwirken. Es wurde argumentiert das ein solches Hearing dem Widerstand nicht schaden kann und die kritischen Wissenschaftler eine Menge guter Argumentationen gegen die Eignung des Salzstockes gesammelt hätten und somit besser darstehen als die Befürworter.

Die Vertreter der Widerstandsgruppen machten bei den Vorgesprächen immer wieder deutlich, daß sie an die weitergehenden Forderungen der Besetzung von 1004 festhalten. Während den Vorgesprächen zu dem Hearing kam es zu einer Reihe von Kontroversen zwischen den Widerstandsgruppen und dem Bundesministerium.

Bürgerinitiativsprecher Jörg Janning führte aus, daß mehrfach Termine zur Vorbereitung des Hearings begründungslos und kurzfristig abgesetzt worden seien, daß der vorgesehene Moderator der Diskusssion, Ernst Dieter Lueg, ausgeladen worden sei und man sich im Ministerium für Prof. Haber (Befürworter der Atomenergie) entschieden habe. Zu kritisieren ist auch die Kürzung der Mittel von 10.000 DM auf 5.000 DM für die kritischen Wissenschaftler. Eine Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit duch den jetzt in der Gruppe Ökologie tätigen Dr. Helmut Hirsch, der 1979 als Koordinator der kritischen Wissenschaftler bei dem großen Hearing zur WAA in Hannover tätig war, ist ebenso abgelehnt worden.

2. Ablauf des Hearings

Aus der oben angeführten Kritik an der Durchführung und dem Ablauf des Hearings zog die BI Lüchow-Dannenberg den Schluß nicht als offizieller Veranstalter mit aufzutreten. Trotzdem war Jörg Janning als Sprecher

der BI auf dem Vierer Podium vertreten. Dies soll auf den Wunsch der kritischen Wissenschaftler zurückzuführen sein, damit jemand in die Diskussionsleitung eingreifen konnte.

Diese zwei Tage der Anhörung fanden einen anderen Verlauf als die Anhörung zum Zwischenlager (Atommüllager) im Januar, daß von der PTB veranstaltet wurde. Damals kam es - wie berichtet (G.A. Nr. 15) - zu scharfen Angriffen gegen die PTB und zum Abbruch der Anhörung.

Für dieses Hearing hatte sich die Bürgerinitiative, wie es Jörg Janning ausdrückte „Disziplin" auferlegt, auch wenn es schwerfällt und konstruktive Mitarbeit angeboten.

In der Öffentlichkeit fand die Veranstaltung mit 100 - 150 Zuhörer nicht ein so großes Echo wie die Anhörung, wo 400 - 500 Zuhörer zugegen waren. Die Zuhörer mußten ein Mammutprogramm verkraften. So traten 20 Wissenschaftler, die im Dienste der Atomindustrie stehen ,und 9 Wissenschaftler, die den Atomgegnern zuzurechnen sind, auf. Für viele mag es auch schwierig gewesen sein, den fachspezifischen Referaten immer bis ins Detail zu folgen.

3. Strategie der Befürworter

Der Streit der Wissenschaft soll an dieser Stelle auch nur kurz wiedergegeben werden.

Die Gegner machten deutlich, daß der Gorlebener Salzstock erhebliche Mängel aufweist und insgesamt nicht geeignet ist zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen. (siehe Endlagerteil) Die Vertreter der Befürworter gingen äußerst geschickt vor. Es wurde zugestanden, daß durch die bisherigen Bohrungen ungünstige Eigenschaften des Gorlebener Salzstockes festgestellt wurden. Hierzu gehören, daß keine durchgängige Tonschicht den Salzstock abdichtet, Laugenbildung in den Tiefbohrungen erfolgt ist, Kontakt mit dem Grundwasser möglich währe und der Kern des Salzstockes nicht so groß ist wie angenommen.

Es wurde zugestanden, daß mit diesen und anderen ähnlich „negativen Faktoren" nicht gerechnet wurde, bevor mit der "Untersuchung" begonnen wurde. Es wurde aber nicht der einzig richtige Schluß gezogen und gesagt, daß der Gorlebener Salzstock nicht geeignet ist, sondern es wurde argumentiert, alleine aus diesen Bohrungen könnte noch nicht abgeleitet werden, daß der Salzstock ungeeignet ist. Der Salzstock müßte vielmehr innerlich mehr erforscht werden, indem zwei Schächte in den Salzstock gefahren und Stollen gebildet werden. Erst nach diesen Schritten könnte entschieden werden.

Hier soll der Eindruck erweckt werden, die Befürworter nähmen die Bedenken der Gegner ernst indem bestimmte Schwachstellen des Salzstockes eingestanden werden. Dies soll Vertrauen erzeugen, daß auch bei den Schachtbohrungen die negativen Eigenschaften nicht verschwiegen werden.

Wenn sich allerdings angesehen wird, wie die angeblich neu festgestellten „negativen Faktoren" gewertet werden, sollte man hier keine Illusion mehr haben. Wosnick von der PTB:„ Allerdings wurden bislang keine Erkenntnisse gewonnen, die die Eignung des Salzstockes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Frage stellt." (FAZ. v. 18.5.1981)

4. Beginnt ein neuer Bürgerdialog ?

Es scheint ein Neubeginn im Bürgerdialog würde auf jeden Fall den Herren vom Ministerium und der Atomindustrie gut schmecken.

So lobte der Atombefürworter und Diskussionsleiter Haber die Teilnehmer :*„Eine so disziplinierte Diskussion in Sachen Kernenergie habe er noch nicht erlebt. Die Lüchow-Dannenberger Bürgerinitiative habe es verstanden, ihre Probleme sachlich darzustellen, und damit deutlich gemacht, daß solche Überlegungen in einen Saal, nicht aber auf die Straße gehören."* (EJZ v. 18.5.1981).

So hätten die Herren es bestimmt auch gerne, über alles in Ruhe reden, immer schön sachlich bleiben, den Bürger beruhigen und auf der anderen Seite durch Schachtbohrungen, Schachtabteufen, Stollenbau usw. immer mehr vollendete Tatsachen schaffen. der Bürger soll scheinbar an der Diskussion beteiligt werden, ohne das ihm auch ein Recht der Entscheidung zugestanden wird. Erst 1990 soll entschieden werden, wenn schon alles zur Einlagerung des Atommülls perfekt ist und der Widerstand vielleicht schon erlahmt ist.

Auch Dr. Alois Ziegler vom BMFT hatte *„Worte des Dankes und der Anerkennung für alle Beteiligten"* dieses *„erfolgreich"* verlaufenen Hearings auf Lager:„ *Die Veranstaltung habe vertrauensbildend gewirkt, und daher wolle man am Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres in ähnlicher Weise zusammenkommen, um über die Bewertung der Erkundungsbohrungen über den Salzstock Gorleben sprechen." (EJZ v. 18. 5.1981)*

Im Sinne der Ministerien besteht der Sinn von solchen Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialoges darin Vertrauen in die Entscheidungsträger wie Politiker und Wissenschaftler wieder herzustellen.

Dieser Zielsetzung muß entgegengewirkt werden, sie zielt darauf ab uns vom Widerstand gegen atomare Anlagen abzuhalten. Nur unser praktischer Widerstand vermittelt uns eine Position der Stärke gegenüber der Atomindustrie und ihren Erfüllungsgehilfen. So sollte die Anti-Atom-Bewegung baldmöglichst die Diskussion darüber aufnehmen wie Ende dieses Jahres den Schachtvorbohrungen möglichst massiv begegnet werden kann.

Schon jetzt sollten in den Bi's hierzu Vorstellungen und Idenn gesammelt werden. Auch die Erfahrungen im Kampf gegen die Errichtung des ersten Atommüllagers auf der ehemaligen Tiefbohrstelle 1003 sollten mit berücksichtigt werden.

Eine „konstruktive Mitarbeit von Bürgerinitiativen an dem vom BMFT zugesicherten Hearing, Ende des Jahrs, sollte unter den gleichen Bedingungen, wie dem Hearing am 15/16 Mai nicht erfolgen. Das Hearing hat keinen praktischen Einfluß auf das „Erkungsprogramm" genommen. Dieses wird genau wie vorher geplant durchgezogen. Unter solchen Voraussetzungen sollte auch kein „diszipliniertes Verhalten" zugesichert werden.

Es sollten für das Hearing z.B. folgende Forderungen erhoben werden: Sofortiger Stop des weiteren Erkungsprogramms und aller weiteren Maßnahmen, die das Entsorgungskonzept der Bundesregierung betreffen.

Wenn ein erneutes Hearing stattfindet, bei dem von vornherein feststeht, daß die Entscheidungen über das Entsorgungskonzept der Bundesregierung nicht berührt werden, und danach die Schachtbohrungen in Gorleben erfolgen ist eine Teilnahme von Bürgerinitiativen unserer Meinung nach abzulehnen. Dann hat ein solches Hearing nur die Funktion die Bevölkerung zu beschwichtigen und für einen reibungslosen Ablauf der weiteren „Erkundungsarbeiten" zu sorgen.

Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover

Gruppe Ökologie

Die offizielle Energiepolitik läuft in eine Sackgasse. Umwelt- und Naturschutz werden wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet. Politische Machtinteressen und rücksichtsloses Gewinnstreben haben zu einer einseitigen Betrachtungsweise von Mensch und Natur geführt. Die gesellschaftliche Verantwortung für die daraus entstehenden Probleme wird nicht berücksichtigt.

Dagegen setzen betroffene und engagierte Menschen in immer größer werdender Zahl eine neue Denk- und Lebensweise. Das Anliegen einer Bewegung, die auch "ökologische Bewegung" genannt wird, ist es, das "Ökologische Gleichgewicht" wieder herzustellen; d.h., die menschlichen Eingriffe müssen so gestaltet werden, daß unsere natürlichen Lebensgrundlagen heute und auch künftig erhalten bleiben.

Die Gruppe Ökologie hat sich zusammengefunden, um in Unabhängigkeit von Behörden Parteien, Industrie und offiziellen Großforschungszentren für die Ziele des Umwelt- und Naturschutzes, für eine rationelle Energie- und Rohstoffpolitik und eine ökologisch orientierte Gesellschaft arbeiten zu können. Sie besteht seit dem 1. Januar 1981 und ist aus der Arbeitsstelle Hannover (Gründung: Juli 1979) des Freiburger Öko-Institut hervorgegangen.

Arbeitsgebiete der Gruppe Ökologie:

Die kritische Auseinandersetzung mit Atomenergie, insbesondere der Atommüllproblematik (Wiederaufbereitung, Zwischenlagerung, Endlagerung), ist heute das Hauptarbeitsgebiet der Gruppe Ökologie.
Andere Arbeitschwerpunkte befassen sich mit Entwicklungsmöglichkeiten des ökologischen Landbaus, solarer Energiequellen und sparsamer Energienutzung, ökologisch orientierter Regionalplanung, Rohstoffpolitik und mit der Frage nach den Ursachen der heutigen Einseitigkeit naturwissentschaftlicher Forschung.

Der Förderkreis Ökologie:

Die Arbeit der Gruppe kann und soll durch Gutachtenaufträge, Forschungsprojekte, Vertragshonorare usw. nur zum Teil fnanziert werden. Wir wollen auch besorgte und betroffene Bürger unterstützen, denen eine Vergütung nicht möglich ist. Daher sind wir auf Förderbeiträge und Spenden angewiesen. Mit der Gründung der Gruppe Ökologie wurde gleichzeitig der "Förderkreis Ökologie" ins Leben gerufen, dem jeder beitreten kann der unsere Ziele teilt. Sie/Er erklärt sich zur Zahlung eines Beitrages in selbst festgelegter Höhe bereit. Die Gruppe Ökologie ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

Von den Mitgliedern des Förderkreises erwarten wir darüber hinaus,Unterstützung bei unserer Informations- und Bildungsarbeit, beim Vertrieb von Veröffentlichungen, Abfassen von Stellungnahmen und Artikeln usw.

Wir möchten mit der Bitte abschließen:

Werden Sie Mitglied unseres Förderkreises und helfen Sie uns durch Ihren Beitrag und evtl. Ihre Mitarbeit. Als Mitglied des Förderkreises erhalten Sie unsrer Tätigkeitsberichte, sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Zum Beitritt genügt eine Postkarte. Wir sendes Ihnen auch gerne ausführlichere Informationen zu.

GRUPPE ÖKOLOGIE - Institut f. ökologische Forschung u. Bildung Hannover e.V.
Immengarten 31
3000 Hannover
Tel. 0511/6963130
Postscheckkonto Nr. 624 33-301
PSchA Hannover
BLZ 250 100 30

Mitgl.: Dr. Ulla Ahrenhöfer
Sabine Bahnemann
Dipl. Pol. Monika Baumgartner
Dr. Helmut Hirsch
Dipl. Phys. Torsten Jütte
Dipl. Ing. FH Gerhard Knerr
Dipl. Ing. Antje Lange
Karin Seyfardt
Eberhard Walde

Wissenschaftliches Kuratorium der Gruppe Ökologie:

Prof. Dr. K. Buchwald, Hannover (Ökologie, Landschaftsplanung)
Prof. Dr. E. Grimmel, Hamburg (Geomorphologie)
Dr. Michael Grupp, Lodeve (Physik)
Prof. Dr. R. Kickuth, Kassel (Ökochemie)
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Hannover (Physik)
Dr. Alice Stewart, Birmingham (Medizin)
Dr. Gordon Thompson, Cambridge/Mass. (Physik)

Aktuelle Publikationen der Gruppe Ökologie:

Beide Bücher sind bei der Gruppe Ökologie zu beziehen.

Argumente gegen die Atomenergienutzung (H. Hirsch):
In diesem Buch werden, ausgehend von einer Analyse der Position der Atombefürworter sämtliche Aspekte der Atomenergienutzung diskutiert und die Gegenargumente übersichtlich zusammengestellt. Naturwissenschaftliche und technische Fragen nehmen naturgemäß einen breiten Raum ein; ebenso eingehend werden aber auch die politischen und wirtschaftlichen Aspekte diskutiert. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis ermöglicht den Gebrauch des Buches auch zum Nachschlagen (Anfang Juli 81, Einzelverkaufspreis ca. DM 4,--).

Die Rohstoffprobleme des schnellen Brüters (H. Hirsch und J. Kreusch):
In dieser Studie wird ein bisher vergessener Aspekt der Brüterwirtschaft aufgezeigt: Der Bedarf an bestimmten, nicht substituierbaren Werkstoffen erreicht beim schnellen Brüter völlig neue Dimensionen. Am Beispiel der Stahlveredler Chrom und Molydän wird aufgezeigt, daß der Schnelle Brüter schon allein aufgrund der Knappheit dieser beiden Stoffe keine "Jahrtausendenergiequelle" sein kann; sein Zeithorizont ist geringer als der fossiler Brennstoffe (Mai 81, Einzelverkaufspreis DM 5.--).

Hessen WAA in Wethen ?!

Das Rätselraten um den möglichen Standort der ersten Wiederaufbereitungsanlage in der BRD hat ein Ende: Am 9. Juni benannte die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) den Diemelstädter Ortsteil Wethen als Standort. Die WAA soll in dem Waldstück „Eichholz", das im Besitz des Landkreises Waldeck-Frankenberg ist (da könnten langwierige Enteignungsverfahren entfallen), gebaut werden. Das vorgesehene 120 ha große Gelände gehört zu 85 Prozent zur Gemeinde Diemelstadt und zu 15 Prozent zur Gemeinde Volkmarsen. Nur wenige Kilometer entfernt verläuft die A 44, und über den Bahnhof Warburg kann ein Gleisanschluß geschaffen werden. Die WAA soll nach den Vorstellungen der DWK 1992 ihren Betrieb aufnehmen.

Die DWK stellte schon am 25.2.1980 den Antrag auf den Bau einer WAA in Nordhessen. Nachdem die Pläne, in Gorleben ein „Entsorgungszentrum" mit einer Jahreskapazität von 1400t zu bauen, vorläufig gescheitert sind (siehe dazu auch S.), erklärte sich die hessische Landesregierung bereit, sobald wie möglich die Voraussetzungen für den Bau einer WAA zu klären (siehe auch GA Nr.15, „Dichtung und Wahrheit über die Hessen-WAA").

Wie einer Meldung der TAZ v.12.6. zu entnehmen ist, sollen sich die vor 2 Jahren errechneten Kosten der WAA von rund 4 Mrd. DM mehr als verdoppeln, inklusive Planungskosten rechnet die DWK jetzt mit 10 Mrd. DM.

In dem Häfele-Gutachten zur erforderlichen Größe einer Versuchs-WAA, das von der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" in Auftrag gegeben wurde, werden 400 - 800 Jahrestonnen empfohlen (Wolf Häfele, langjähriger Chef des deutschen Brüter-Programms, ist heute Leiter der Kernforschungsanlage Jülich).

Es ist ziemlich offenkundig, daß Häfele von dem von der Atomindustrie gewünschten Endergebnis ausging und sein Gutachten zu dessen Begründung zusammenstellte. Der BBU befürchtet, *„daß sein* (Häfeles, Red.) *Ergebnis (400 - 800 Jahrestonnen) die Begründung dafür liefern soll, in Nordhessen statt einer 350-t-Anlage gleich eine 700-t-Anlage zu errichten".* (BBU-Pressedienst vom 3.Juni 1981)

Als die Pläne der DWK bekannt wurden, bildeten sich zahlreiche Bürgerinitiativen. Bei den Kommunalwahlen im April 1981 bekam in Volkmarsen die vor allem von örtlichen Landwirten getragene Bürgerliste über 40% der Stimmen und wurde mit 13 Sitzen die stärkste Fraktion im Ortsparlament. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, war doch Volkmarsen lange als Standort im Gespräch (jetzt ist es auch betroffen), und der wichtigste Programmpunkt der Bürgerliste die Ablehnung der geplanten WAA. In Diemelstadt, das als SPD-Hochburg gilt, bekam die Bürgerliste auf Anhieb 5 Sitze. Bürgermeister Weißhaupt (SPD) bezeichnet sich als Gegner der WAA und schien jetzt von der Standortbenennung „völlig überrascht" zu sein. Seine Meinung decke sich mit der seiner Partei, die sich bei ihrem Unterbezirksparteitag gegen die WAA ausgesprochen hat. Am 26. Juni, bei der nächsten Sitzung des Diemelstädter Gemeinderates, soll über die WAA und die Haltung des Gemeinderates gesprochen werden. Bürgermeister Weißhaupt rief wegen des „brandheißen Themas" noch am Abend der Standortbenennung den SPD-Ortsverein zu einer Sondersitzung zusammen. Das Ergebnis:

„Eine Resolution, die laut Bürgermeister sinngemäß die avisierte Anlage der DWK ablehnt und die nun an den Parteitag geht." (FR vom 11.6.81)

Zur gleichen Zeit demonstrierten 3000 - 4000 Gegner mit einem Fackelzug in Diemelstadt-Rhoden. Bei der anschließenden Kundgebung sprach u.a. der Breunaer Bürgermeister Hartmann (SPD), der von Anfang an die BI's unterstützt. Er griff neben Börner (hess. Min. Präs.) den Landrat an, jener sei auf dem besten Weg, *„sein Ferienland Waldeck kaputtzumachen"* (FR 11.6.81.). Pfarrer Kelm aus Wethen erklärte: *„Ich bin evangelisch, weil ich nicht einmal an die Unfehlbarkeit des Papstes glaube, geschweige denn an die der Wissenschaftler, die jetzt die Kernenergie als unbedingt notwendig hinstellen."* (LZ 11.6.81)

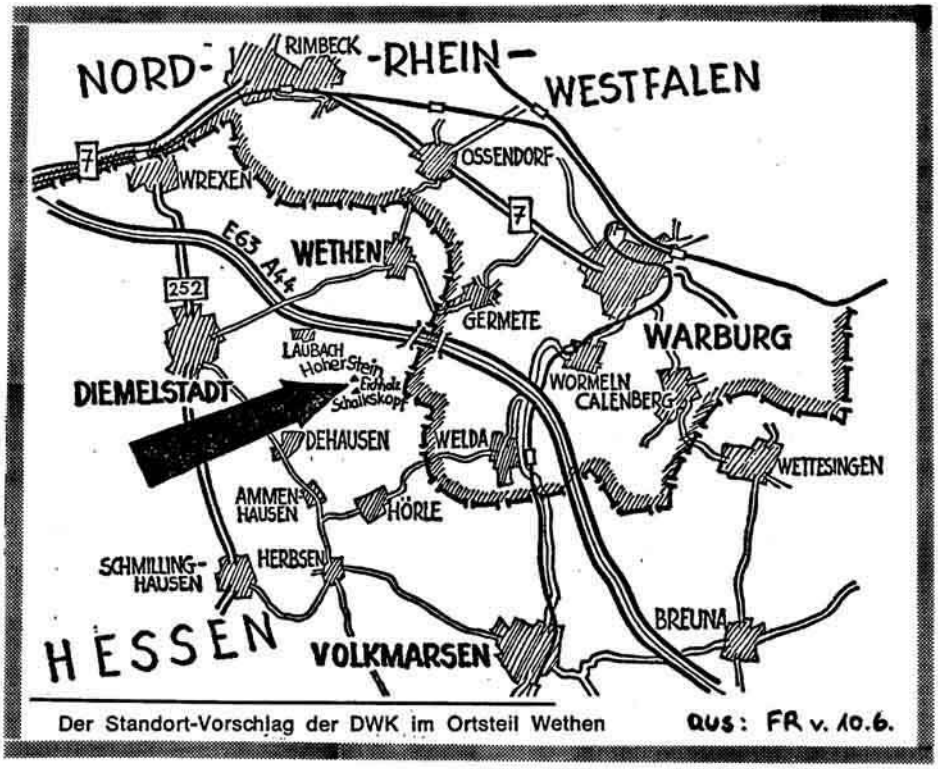
In der nächsten Zeit sind etliche Veranstaltungen von den BI's geplant. Die Jusos haben für den 11.6. zu einem Protestmarsch nach Wethen aufgerufen. Ein Volksfest der BI's auf den Volkmarser Iberg soll folgen. Danach soll eine Kundgebung der Bürgergruppen stattfinden, von der aus Staffelläufer mit einem Protestschreiben der hessischen Landesregierung einen Besuch abstatten wollen. Eine bundesweite Großdemonstration soll folgen (siehe unten). Dazu kündigen sich noch gerichtliche Auseinandersetzungen um die WAA an. Die Gemeinde Breuna erwägt zusammen mit anderen Gemeinden eine Klage gegen die WAA. Auch im nahen Warburg regt sich der Widerstand. Die Stadt (ca. 3 km vom geplanten Standort entfernt) fällt auch noch in den Gefahrenbereich des Atomkraftwerkes Würgassen.

Jetzt kann sich der Widerstand auf einen konkreten Standort beziehen und wird dies (hoffentlich) tun. Wir müssen dafür sorgen, daß die DWK-Pläne auch in Wethen „politisch nicht durchführbar" sind (Min.Präs. Albrecht zu seiner Entscheidung, die WAA in Gorleben (vorläufig) nicht zu bauen) !

Weitere Informationen bei:
Anti-Atom-Büro
c/o Franz Jakob
Auf dem Ort 10
3549 Diemelstadt

Neueste Meldung vom hessischen BI-Treffen am 13.09.1981

Etwa 100 BI-Delegierte berieten über Widerstandsaktionen gegen die geplante WAA. Die ursprünglich vereinbarte Großdemonstration etwa 14 Tage nach Standortbekanntgabe wurde verschoben. Landwirte aus der betroffenen Region hatten sich in einem Brief ausdrücklich mit dem Widerstand gegen die WAA solidarisiert und auch eine bundesweite Großdemonstration in Diemelstadt begrüßt. Allerdings sollte sie - angeführt von mindestens 100 Schleppern - erst Ende August stattfinden, da derzeit aus Platzmangel auf die Felder ausgewichen werden müßte und die Ernte zerstört werden könnte.



Der Standort-Vorschlag der DWK im Ortsteil Wethen aus: FR v. 10.6.

Übereistimmend wurden folgende Aktivitäten beschlossen:

- **am 21.06.81 soll eine regionale Schlepper-Demonstration im Landkreis Waldeck/Frankenberg stattfinden.**
- **für Ende Jüli wird zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen für die geplante Großdemonstration in Diemelstadt/Wethen eingeladen werden. Ort: Diemelstadt.**

Weiterhin wurde das landesweite Volksbegehren der Flughafengegner gegen die Startbahn West durch die Anti-AKW-Konferenz unterstützt, und hierfür eine Spendenkampange befürwortet. Die Startbahn West-Gegner werden gemeinsam mit den WAA-Gegnern gemeinsame Protestaktionen aus Anlaß des hessischen SPD-Sonderparteitages organisieren.

JAPAN

Größter AKW-Unfall seit Harrisburg: Japan – unser Vorbild?

- **In Japan wurde der Unfall des AKW s Tsuruga wochenlang ververheimlicht**
- **56 Arbeiter waren intensiven radioaktiven Strahlen ausgesetzt**
- **die Meeresbucht von Tsuruga ist radioaktiv verseucht**

Nach offiziellen Angaben kam es am 8. März 1981 zum Überlaufen eines Abwassertanks des AKWs Tsuruga Das insgesamt 40 Kubikmeter übergelaufene , stark radioaktiv verseuchte Kühlwasser wurde über das normale Abwassersystem in das nahegelegene Meer geleitet. Schom im Januar 81 war es zu einem Unfall (übrigens der 31. Unfall seit der Inbetriebnahme des AKWs Tsuruga) gekommen. Der AKW-Gegner und Atomphysiker J. Takagie,. ist nun auch der festen Überzeugung, daß der jetzige Unfall mit dem im Januar in unmittelbaren Zusammenhang steht.

Damals hatte man einfach zwei Lecks im Kühlsystem verheimlicht. Anstatt die Behörden einzuschalten, beließ man es dabei, die Lecks in aller Stille notdürftig zu flicken. Verheimlichung und leichtfertiger Umgang mit Unfällen sind bezeichnend für die japanische Atommafia. Sie setzt sich leichtfertig über auftretende Unfälle hinweg. Und auch der jüngste Unfall wurde zunächst geheimgehalten. Das überlaufende, stark radioaktiv verseuchte Kühlwasser wurde absichtlich in das nahegelegene Meer geleitet. Normalerweise werden radioaktive Abwässer in eine dafür vorgesehene Auffang- und Entsorgungsanlage geleitet. Aber diese ist strengen Kontrollen unterworfen, und bei dieser Gelegenheit hätte der Unfall ja bemerkt werden können und da ist es natürlich einfacher die Brühe einfach ins Meer zu leiten.

Wer weiß, wann und ob überhaupt der Unfall an die Öffentlichkeit gekommen wäre, wenn nicht ein Angestellter aus der Belegschaft nach 6 Wochen die Information nach außen gegeben hätte. Angesichts der katastrophalen Ausmaße des Unfalls (auf die im nächsten Teil noch eingegangen wird), ist es eine bald nicht zu glaubende Unverschämtheit, daß man es nicht für nötig hielt, die Bevölkerung über den Unfall zu informieren.

Die Ausmaße des Unfalls sind katastophal. Dadurch, daß das Kühlwasser ins Meer geleitet wurde, sind Meeresboden und Bucht von Tsuruga hoch verseucht. Die Toleranzgrenze wurde um ein millionenfaches überschritten! Die radioaktive Konzentration, der sich in dem Gewässer befundenen Fische wurde um das 50 - 60 fache überschritten. Und da der Unfall so lange vertuscht wurde, wurden diese verseuchten Fische weiterhin verzehrt. Die Folgen dürften ja wohl abzusehen sein!

Die 56 Arbeiter, die die Reinigungsarbeiten zu machen hatten, wurden tödlichen Strahlen ausgesetzt. Die zulässige Toleranzgrenze wurde um ein vielfaches überschritten. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiter nur übliche Schutzkleidung trugen, normale Arbeitsanzüge sowie einfache Gesichtsmasken aus Stoff.

Überall in Japan fanden in den Wochen nach dem Unfall Demos statt. In sechs Standorten , welche für eine geplante WAA vorgesehen sind, haben sich bereits Bürgerinitiativen gegründet.

WAA: Damit uns auch 1984 die Bomben nicht ausgehn...

Der Zusammenhang zwischen „ziviler" Nutzung der Atomenergie und atomarer Aufrüstung ist augenscheinlich; trotzdem ist dieses Thema erst in letzter Zeit häufiger öffentlich diskutiert worden. Da es durch die geplante WAA akuter denn je geworden ist, halten wir es für wichtig, den Blick für diese Zusammenhänge zu schärfen, da hierbei besonders deutlich die menschenverachtende Berechnung als Hintergrund der Stromversorgungs-Propaganda deutlich wird. Zunächst ein Überblick über die Geschichte der deutschen Atomkraftwerke, welcher schon für sich spricht:

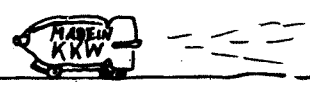
Bereits kurz nach Kriegsende tauchten Atomforscher, die in der NS-Zeit aktiv gewesen waren, wieder aus dem Ausland oder aus Kriegsverbrechergefängnissen auf; der „Deutsche Forschungsrat" gründete 1949 seine „Kernphysikalische Kommission", die Atomforschungsprogramme für die Zukunft zu entwerfen hatte. Schon während des Krieges hatte es erfolgreiche Forschungen zur Entwicklung der Bombe gegeben. Hiroshima zeigte ihnen allerdings, daß sie, entgegen ihren Vorstellungen, doch nicht am weitesten waren in der Entwicklung der Atomwaffe. Nun unterstand die Atomforschung zunächst der allierten Überwachung; es wurde nur eine beschränkte und kontrollierte Forschungstätigkeit zugelassen.

1953 ging Adenauer bei EVG-Verhandlungen („Europäische Verteidigungsgemeinschaft") ein allgemeines Verbot der Atomwaffenforschung ein, ließ aber zusätzlich zu Protokoll geben, *„daß man darunter selbstverständlich nicht wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung auf medizinischem und gewerblichem Gebiet sowie anderen nichtmilitärischen Gebieten der reinen und angewandten Wissenschaft* "verstehen würde. Als 1955 durch die Pariser-Verträge der Weg frei wurde für den ersten deutschen Reaktor, wurde mit der Erklärung, auf deutschem Boden aus dem dort anfallenden Plutonium keine Atomwaffen herzustellen, wurde vorsorglich die Möglichkeit der Beschaffung dieser Waffen aus den USA offengehalten. Zu dieser Zeit war es auch bereits abzusehen, daß die BRD als neuer blindergebener Partner der USA sicher bald von ihnen mit Atomwaffen ausgestattet würde. Zur gleichen Zeit wurde auch das Atomministerium unter starkem Druck der Chemie-Industrie, der Elektrokonzerne und des Maschinenbaus gegründet. An seiner Spitze F.J. Strauß, unter dem der großindustrielle Beirat, die „Deutsche Atomkommission", zum entscheidenden Gremium bei allen Fragen des Ministeriums wurde. Von diesen Kreisen kam wenig Interesse an langfristiger Versorgung mit atomarem Material, stattdessen plädierte man dafür, die Entwicklung der Atomtechnologie „der Eigeninitiative der Industrie" zu überlassen.

In dem NATO-Manöver 1955 demonstrierte die USA bereits eindrucksvoll, was eine Abhängigkeit der Deutschen von amerikanischen Atomwaffen bedeuten sollte: Deutschland als atomarer Kriegsschauplatz mit 1,7 Millionen Toten, ohne die Möglichkeit eigene Waffen einzusetzen. So nahm man bereits damals Verhandlungen mit Frankreich auf zwecks Entwicklung einer europäischen Atombombe und beschloß anderseits, die nationalen Atomforschungsprojekte voranzutreiben. Bei der Gründung des Kernforschungszentrums in Karlsruhe wurde bereits die Hintergründe erkennbar: der Physiker Heisenberg, der sich mit seiner Göttinger Forschungsgruppe eindeutig der „friedlichen" Kernforschung verschrieben hatte, trennte sich von dem Projekt. Er schrieb später in seinen Erinnerungen: *„Es beunruhigte mich, daß für die Menschen, die hier* (in Karlsruhe) *die wichtigsten Entscheidungen zu treffen hatten, die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung."* Bei der Wahl der ersten Reaktortypen der Bundesrepublik war das Bestreben nach Autarkie (Selbstständigkeit) ein entscheidender Faktor in zweierlei Hinsicht: man entschied sich für den Schwerwasser-Reaktor, zum einen, weil man zu seinem Betrieb Natururan verwendet, welches man in der BRD in großen Mengen vermutete und zweitens wegen der ausgiebigen Plutoniumgewinnung, dem Grundstoff zum Bau der Atombombe. Die Führer der industriellen Interessenallianz, Winnacker (Hoechst), Wirtz (KFZ Karlsruhe) und Finkelnberg (Siemens) erklärten damals bereits unumwunden die Plutoniumproduktion zum Hauptziel des Reaktorbaus. Der Physiker und SPD-Abgeordnete Prof. Bechert, 1962–1965 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Atomenergie, sah in der Fixierung auf die Plutonium-Produktion einen Beweis dafür, daß hinter dem „Reaktorrummel" *„vorwiegend militärische Interessen"* gestanden hätten. In dem Bundestagsausschuß scheint diese Bemerkung (1960) keinen Widerspruch gefunden zu haben.

Die Jahre 1958 –1962 standen unter dem Zeichen der Entwicklung Europas, insbesondere Deutschlands, Zum Atomwaffen-Satelliten der USA. Unter Strauß wurde die Bundeswehr mit Starfighter ausgestattet, die umgebaut wurde zum Tragen von Atomwaffen, die „taktischen" Atomwaffen, die angeblich eine begrnzte Auseinandersrtzung mit der UdSSR möglich machen sollten, lieferten die Amerikaner. Doch diese Phase der westdeutschen Hoffnung auf Verfügungsgewalt über die amerikanischen Waffen nahm bald ein Ende, so daß die Entwicklung der eigenen Bombe dringlicher denn je schien. Allerdings geriet auch die deutsche Atomindustrie, nachdem im ersten Reaktorprogramm von 1957 das Schwergewicht auf die Plutonium spendenden Schwerwasserreaktoren gelegt worden war, mit der 2. Genfer Atomkonferenz 1958 in eine Krise. Inzwischen waren nämlich in der USA die Leichtwasserreaktoren entwickelt worden, und aufgrund der starken Kapitalverflechtungen zwischen den USA und Europa lag plötzlich ein Bericht von „Euratom" vor, der die Errichtung der amerikanischen Leichtwasserreaktorlinie propagierte. So wurde auf der 2. Genfer Atomkonferenz ein Abkommen zwischen der USA und Euratom unterzeichnet, welches 8 Leichtwasserreaktoren für Europa vorsah. Das Atomministerium strebte jedoch weiterhin die Entwicklung einer national–autarken Reaktorlinie an, *„ohne Rücksicht darauf, ob man später einmal die Kernenergie zur Stromerzeugung verwnden wolle oder nicht"* (Atomministerium 1959) So stützte es seine Autarkiebestrebungen und die „Wehrkoalition" zunächst einmal auf die Kernforschungszentren Geestacht, Karlsruhe und Jülich. Als 1960 die Entwicklung des „Schnellen Brüters" begann, hatte die Plutoniumgewinnung erstmals nicht mehr direckt militärische Gründe, sondern war eine Chance (als der Traum von nationalen Uranvorräten ausgeträumt war) einen geschlossenen Brennstoffkreislauf zu schaffen, zudem rückte die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente in den Brereich des Möglichen. So tat sich nach dem Rückschlag bei der Eiführung des Schwerwasserreaktors am Horizint eine neue Möglichkeit auf, ohne Kontrolle durch das Ausland selbst Plutonium zu produzieren.

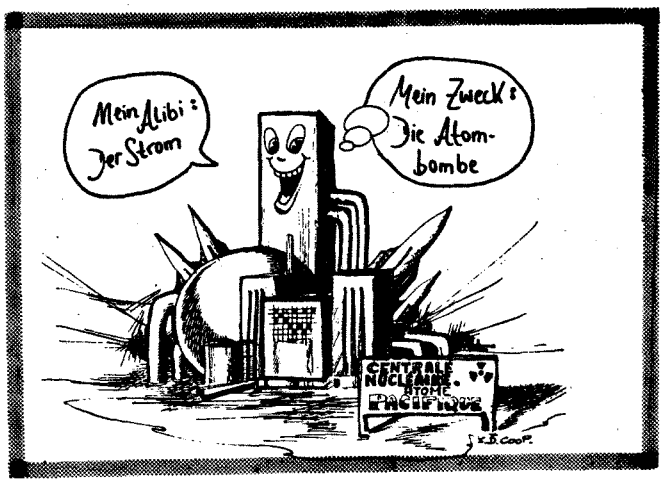
Ein ganz neuer Aspekt, der die Nützlichkeit von AKW's für künftige Kriege unterstrich, tauchte erstmals 1963 auf. Damals stellte der „Erste Raumordnungsbericht" der Bundesregierung fest, daß durch die Ballung militärischer und für die Versorgung notwendiger Einrichtungen auf engstem Raum, diese Zonen im Kriegsfall besonders gefährdet seien und somit die Versorgung anderer, industriell unterentwikkelten Gebiete in Westdeutschland nicht mehr gesichert sei. So wurde das „Regionale Förderprogramm" für schwach industrialisierte Gebiete aufgestellt, welches die gleichmässige Verteilung von AKW's auf revierferne Gebiete (wie z.B. Bayern und Baden-Würtemberg) als wichtigen Punkt beinhaltete. Die Planung dieser Kernkraftwerke auf einer Ost- und einer Westlinie sollte außerdem ihren Einsatz als eine Art „Minengürtel" (man könnte sie in strahlende Fall-out-



produzierende Ruinen verwandeln) gegen aus dem Osten vorstoßende Truppen ermöglichen. Der Ausbau der AKW's in den sechziger Jahren kam dann aber doch langsamer als erwartet voran;außerdem begann man zu merken, daß die geplante Vernichtung nach innen wohl doch zu groß sei. Trotzdem blieb in den sechziger und siebziger Jahren die Verzahnung der kommerziellen und der militärischen Atomforschung erhalten, obwohl man die perspektive der unabhängigen Plutoniumbeschaffung auf die achtziger und neunziger Jahre verschob, wo man mit Sicherheit einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit „Schnellem Brüter" und WAA gebaut haben will. Nachdem die „Demonstrationskraftwerke" Lingen undObrigsheim gebaut waren, folgten dank starker staatlicher Subventionen bald weitere Aufträge für die zum geschlossenen Brennstoffkreislauf unentbehrlichen Leichtwasserreaktoren.Für diese neue Linie kam der arabisch-israelische Sechstagekrieg gelegen, bewies er doch die Krisenanfälligkeit des Erdöls. So war es kein Problem den Bau weitere Kernkraftwerke (zunächst) propagandistisch durchzusetzen. Die sogenannte Ölkrise 1973/ 1974 verstärkte diesen Trend noch,so daß es zunächst einen entscheidenden Aufschwung beim Bau neuer AKW's gab(allein 1975 gab es 10 neue Bauaufträge!) Inzwischen widmete man sich im Kernforschungszentrum Karlsruhe in aller Ruhe der Entwicklung der Brüter, Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen.Anfang der siebziger Jahre, mit Beginn der sozial-liberalen Koalition, verschoben sich die Akzente der Atompolitik in Bezug auf nationale Plutoniumreserven etwas:zum einen lieferte die UdSSR jetzt angereichertes Uran auf den europäischen Markt, außerdem war die Atomwaffentechnologie in puncto Treffsicherheit inzwischen so sehr „verfeinert"worden,daß der Bau einer deutschen Atombombe slbst mit genügend Plutonium ein zunächst unlösbares Problem darstellen würde.So war Zeit gewonnen, der „Schnelle Brüter " und die WAA ein Pfand für die Zukunft geworden, so daß man sich zur Durchsetzung dieser Projekte beruhigt propagandistische Umwege leisten konnte.

Soweit der geschichtliche Abriß. Daß die sozial-liberale Koalition auch bis heute keinen Deut von ihrem WAA-Vorhaben abgerückt ist, ist ja hinlänglich bekannt.

An dieser Stelle soll aber noch ein anderer brisanter Aspekt zum Thema „WAA – Atombombe" behandelt werden, nämlich →



Der Export der Atomtechnologie

Wenn ein Land Atomkraftwerke und erst recht, wenn es eine WAA besitzt, ist es kaum noch überprüfbar, ob es die Bombe baut. Das rege Interesse von Ländern in krisengeschüttelten Gebieten (z.B. Israel, Indien, Irak usw.) an Atomkraftwerken hat sicher kaum etwas mit Stromversorgungsproblemen zu tun.

Bereits im Oktober 1976 stellte das Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) Stockholm in einem Bericht dar, daß bis 1985 ca. 35 Staaten in der Lage sein werden, Atomwaffen herzustellen und zwar als „Nebenprodukt" der „Programme zur friedlichen Nutzung der Kernenergie". Dies wäre nicht möglich, wenn nicht die Atom-Großmächte USA, BRD und auch Frankreich durch den hemmungslosen Export „ihrer" Atomtechnologie dieVoraussetzungen dafür geschaffen hätten. Ein paar besonders prägnante Beispiele seien hier genannt :

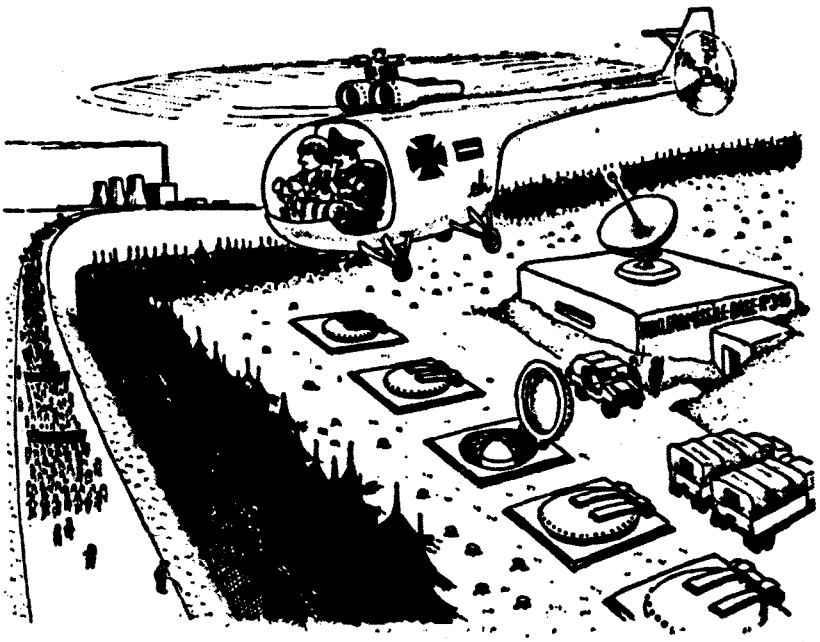
– Indien, das bereits in mehreren Angriffskriegen gegen seine Nachbarn China, Pakistan etc. seine Aggressivität bewiesen hat, konnte 1974 die erste Atombombe zünden; Lieferanten für die notwendige Technologie waren die USA und Kanada.

– Pakistan erhält nach einem jüngst geschlossenen Vertrag von Frankreich eine WAA.

– Das Schah-Regime pflegte enge atomare Kontakte sowohl zur BRD als auch zu Frankreich und den USA.

– Israel, das nach mehreren Eroberungskriegen große Gebiete verschiedener arabischer Länder besetzt hält, verfügt bereits über zahlreiche Atomsprengköpfe und strebt einen raschen Ausbau des nuklearen Potentials an. Starthilfe gaben die USA und die BRD. Das für die Entwicklung verantwortliche Weizmann-Institut pflegt enge Forschungskontakte mit den entsprechenden Einrichtungen in der BRD.

Ein besonders krasses Beispiel für den Export eines geschlossenen Brennstoffkreislaufs an ein rechtes Regime aus direkten militärischen Interessen ist das Atomgeschäft mit Brasilien. Im Juni 1975 wurde der Vertrag über die Lieferung von 4 KKW's, außerdem über *„Anlagen für Urananreicherung, Errichtung einer Demonstrationsanlage in Brasilien, Aufbau einer Reaktorindustrie, Einrichtung einer Ingenieurfirma für den Bereich der Kerntechnik, Fabrikation von Bauelementen, Wiederaufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe, Errichtung einer Pilotanlage und die Finanzierung"*(Süddeutsche Zeitung 28.6.76) zwischen der BRD und Brasilien abgeschlossen. Im Gegenzug verpflichtete sich Brasilien, Uran zu liefern. In Brasilien selbst ist es inzwischen kein Geheimnis mehr, daß das Hauptziel der Bau der Bombe ist (... übrigens ist Brasilien nicht am Atomwaffensperrvertrag beteiligt!). Doch noch eine weitere gefährliche Folge dieses Geschäftes ist abzusehen: natürlich ist der Export von seiten der BRD nicht uneigennützig geschehen. Da sie aufgrund des Atomwaffensperrvertrages im eigenen Land offiziell keine Waffen herstellen darf, ist die enge atomwirtschaftliche Verzahnung mit Brasilien eine sichere Möglichkeit, auf kleinen Umwegen selbst auch die Bombe zu bekommen.



„Atomkraftwerke sind schon deshalb nötig, damit sich die grünen Protestler irgendwo abreagieren können." Hals

Zum Prozeß gegen das AKW Krümmel

Im März und Mai fand an jeweils 3 Tagen vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg eine Berufufungsverhandlung gegen das AKW Krümmel statt.

Das AKW Krümmel ist ein bis heute in der Öffentlichkeit verhältnismäßig unbekannt gebliebener Atomreaktor. Deshalb zunächst einiges zur Vorgeschichte dieser Anlage.

Im September 1972 erhielt die Betreiberseite NWK/HEW den Standortvorbescheid in dem der Standort Krümmel bei Geesthacht direkt an der Elbe ausgewiesen wurde. Im selben Monat wurde der geplante Bau der Atomanlage öffentlich bekannt gemacht und die Antragsunterlagen zur Einsichtnahme ausgelegt. Daraufhin gab es zahlreiche Einwendungen gegen das Projekt, darunter die von vielen Naturschutzverbänden.

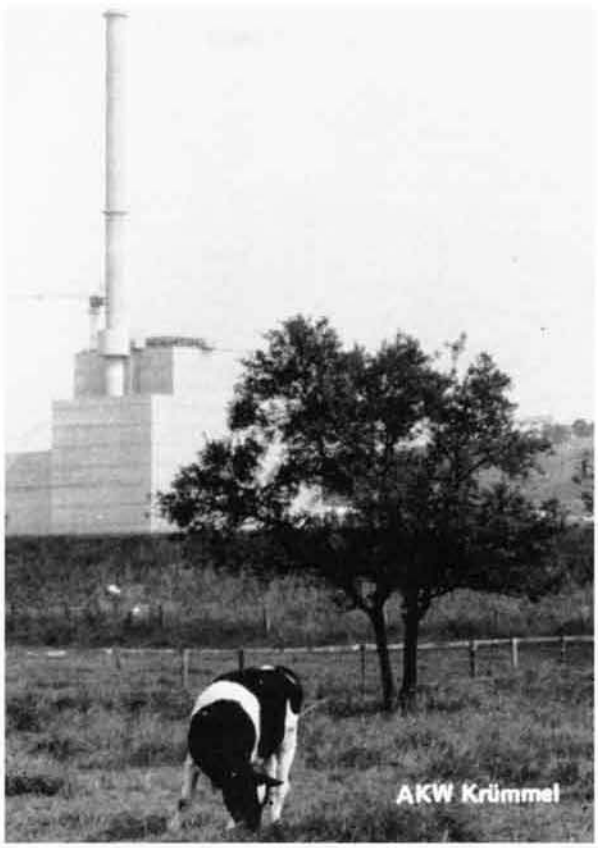
Mit der Erteilung der 1. Teilerrichtigungsgenehmigung (TEG) im Dez. 1973 wurde mit dem Bau des AKW begonnen. Im Juni 1974 wurde die 2. TEG erteilt, die die Gesamtkonzeption des AKW umfaßt. Die neueste TEG, es ist die 12., datiert vom Febr. 1981 und dies wird auch noch nicht die letzte sein. Inzwischen wurden die schon erteilten TEG's ständig abgeändert und ergänzt. Insgesamt gab es mehr als 18 Änderungen von der ursprünglichen Planung. Eine derart hohe Zahl von Genehmigungen ist ungewöhnlich, genauso ungewöhnlich wie die lange Bauzeit, die bis heute keinen Tag von Atomgegnern unterbrochen wurde. 1973 begonnen, sollte das AKW Krümmel eigentlich schon 1978 Strom liefern. Inzwischen wird mit einer Inbetriebnahme im Winter 1982/83 gerechnet.

Diese ganzen Umstände deuten schon an, daß es sich beim AKW Krümmel um ein von Anfang an unausgegorenes Projekt handelt, welches durch nachträgliches hermflicken noch gerettet werden soll. Besonders deutlich wird dies bei der folgenden Betrachtung der Entwicklung der Atomreaktorbaulinie die in Krümmel verwirklicht wird.

Die ersten Siedewasserreaktoren baute die AEG mit Lizenzen und in Zusammenarbeit mit dem größten Siedewasserreaktorhersteller der Welt, der amerikanischen Firma General Electric. 1971 ging der erste selbständig entwickelte Siedewasserreaktor, ein Vorläufer des Krümmeler Reaktors, in Würgassen in Betrieb. Bereits 1972 ereignete sich in Würgassen ein schwerer Unfall, der die gesamte Weiterentwicklung der Siedewasserreaktoren in diesem Land für 2 Jahre zum Erliegen brachte. Nachdem man sich von dem Schock erholt hatte wurde die sogenannte Baulinie '69 vom inzwischen einzigen deutschen Atomreaktorhersteller, der Kraftwerkunion (KWU) verwirklicht. Es entstanden die Siedewasserreaktoren in Ohu, Philippsburg und Brunsbüttel. Deren kurze Betriebserfahrung, insbesondere des Reaktors in Brunsbüttel, zeichnet sich durch lange Störfallisten aus. Nunmehr soll der letzte Siedewasserreaktor der Baulinie '69, das AKW Krümmel, das mit 1300 MW elektrische Leistung um ca. 1/3 grösser ist als die schon fertiggestellten Anlagen, in 1 bis 2 Jahren in Betrieb genommen werden. Und dies, obwohl spätestens seit dem Unfall 1972 in Würgassen die Schwächen der Baulinie zu Tage traten und deshalb diese Bauweise inzwischen geändert wurde. In Grundremmingen (Bayern) entstehehen inzwischen 2 Siedewassereaktorblöcke mit je 1300 MW Leistung, die zumindest in einem Punkt baulich verbessert wurden.

So bot es sich geradezu an den konstruktiv veralteten und überdimensionierten Atomreaktor in Krümmel vor Gericht zu beklagen. Zumal die von der KWU gewählte Baulinie einzigartig, nämlich einzigartig schlecht auf der Welt ist, Kein anderer Siedewasserreaktorhersteller auf der Welt baut diese Atomreaktoren in ähnlicher Weise.

Die Kläger gegen das Atomkraftwerk Krümmel sind überwiegend im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) organisiert. Beklagt wurde bisher fast jede TEG. Davon sind zwei Klagen interessant. Die erste betrifft die Klage gegen den Standortvorbescheid von 1972 über die bis heute noch nicht rechtskräftig entschieden wurde. Die Klage gegen den Standort Krümmel wurde 1974 in erster Instanz vom Verwaltungsgericht in Schleswig abgewiesen. Die Kläger gingen in die Berufung. Auch die 2. Instanz, das OVG Lüneburg wies die Klage ab, jedoch mit einer bemerkenswerten Bedingung. Das Gericht bestimmte, daß beim Betrieb des AKW das Zusammenwirken von radioaktiven Abgaben und chemischer Vorbelastung in der Umgebung des Standortes berücksichtigt werden müsse. Dabei ging das OVG richtigerweise davon aus, daß chemische Schadstoffe und radioaktive Gase und Staubteilchen wenn sie auf den Menschen einwirken sich in ihrer gesundheitsschädigenden Wirkung addieren oder unter Umständen sogar potenzieren können. Zwar hielt das Gericht den Standort grundsätzlich für geeignet, entschied jedoch das beim späteren Betrieb des AKW Krümmel die dann herrschende chemische Vorbelastung der Umgebung berücksichtigt werden muß.



Gegen dieses Urteil legten die Betreiber natürlich Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin ein, müssen sie doch später damit rechnen, wenn das Urteil bestandskräftig würde, die Leistung ihres Atomkraftwerkes jedesmal wenn die Luftverschmutzung steigt zu reduzieren oder bei starker Luftverschmutzung den Reaktor gar abzustellen um die Gesamtbelastung der Bevölkerung in Grenzen zu halten. Mit der endgültigen, letztinstanzlichen Entscheidung in Berlin ist in absehbarer Zeit zu rechnen.

Gegen die 2. TEG von 1974 haben mehrere Leute geklagt. Die Klagen wurden alle vom Verwaltungsgericht in Schleswig abgewiesen. Die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil haben bis heute nur 3 Kläger aufrecht erhalten. Diese Berufungsverhandlung lief im März und Mai dieses Jahres vor dem OVG in Lüneburg und ist noch nicht abgeschlossen. Hierbei wird ein Kläger aus Hamburg von einer Prozeßgruppe der BI Geesthacht unterstütz. Dies führte dazu, daß der Prozeß nicht schnell und problemlos durchgezogen werden konnte, sondern daß sich die Genhmigungsbehörde, Betreiber und Hersteller mit zahlreichen aufgedeckten technischen und konstruktiven Mängeln auseinanderzusetzen hatten. **Die 2. TEG ist insofern eine grundlegende Genhmigung als hierin die Gesamtkonzeption des Atomkraftwerkes erstellt wurde. Es ging und geht in dem Prozeß darum, ob das Konzept grundsätzlich geeignet ist große Atomunfälle zu verhindern. Immer wieder tauchte die Frage auf, ob bestimmte Störfallabläufe wahrscheinlich sind und unter Umständen zum Kernschmelzen führen können, was eine radioaktive Verseuchung ganz Norddeutschlands bedeuten würde.**

Während der März - Verhandlung wurde hauptsächlich mit der KWU über technische Mängel der Atomanlage herumgestritten. An den 3 Verhandlungstagen im Mai waren die Gutachter an der Reihe, die ihrem Namen wieder alle Ehre machten und durchweg alles pauschal und kritiklos für gut erachteten. War es in anderen Atomprozessen meist so, daß die Gutachter durch langatmiges Antworten die Probleme zu zerreden versuchten, so zeichnete scich diesmal eine neue Taktik ab. Wurden heikle Themen angesprochen, so war der Gutachter entweder nicht vorbereitet oder nicht kompetent und manchmal stellte er sich gar taub. Jedenfalls müßte es eigentlich dem Gericht schwerfallen mit Hilfe der nichtssagenden Gutachterantworten ein Urteil zu schreiben.

Der Prozeß ist noch nicht beendet. Noch können Schriftsätze eingereicht werden. Am 1.7.81 wird das OVG dann darüber eine Entscheidung treffen, ob und gegebenenfalls wie der Prozeß weitergeht. Das entgültige Urteil wird dann noch einige Zeit auf sich warten lassen.

AHAUS - KRIMINALISIERUNG

Am 13.9.80 verurteilte das Amtsgericht Gronau 2 Mitglieder der BI "Kein Atommüll in Ahaus", Gerd Schäfer und Hartmut Lübermann zu Geldstrafen in Höhe von 2000DM bzw. 1350DM. In einer Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Münster am 4.3.81 wurden die Geldstrafen dann endgültig auf 1500DM bzw. 1350DM festgesetzt.

Der Anlaß:

Am Samstag (17.3.81) nach dem Beginn der sogenannten Probebohrungen in Gorleben wurden verschiedene Grenzübergänge symbolisch besetzt. So wurde z.B. der Grenzübergang Gronau/Glanerbrug 3Std. lang blockiert und die wartenden Autofahrer durch Flugblätter über den Grund aufgeklärt. Die Aktion verlief völlig friedlich und stieß bis auf wenige Ausnahmen auf Verständnis.

Die Folgen:

über ein Jahr später(!) wurden dann plötzlich Anklagen wegen "Nötigung" erhoben gegen 2 der über 60 Teilnehmer. Gerd Schäfler wurde zusätzlich vorgeworfen, der "Leiter einer nicht angemeldeten Demonstration" gewesen zu sein. Die Umstände, unter denen die Verhandlungen in Gronau und Münster abliefen, waren geradezu absurd.So wurde z.B. Anklage wegen "Nötigung" erhoben, obwohl keiner, der betroffenen Autofahrer eine Anzeige erstattet hatte und die Aktion weder von den Polizisten noch von den Zollbeamten beanstandet worden war. Der Richter in Gronau wollte das Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellen, der Staatsanwalt war auch nicht abgeneigt, durfte aber auf Weisung von oben einer Einstellung nicht zustimmen.

Es wurden 2 der Beteiligten herausgegriffen,obwohl der Staatsanwaltschaft mehrere der Teilnehmer bekannt waren. Es ging also mal wieder darum,2 in Ahaus besonders engagierte BEZ-Gegner zu treffen und die BI insgesamt einzuschüchtern.

Durch die beiden Verfahren kommen auf die BI Prozeßkosten in Höhe von ca. 9000DM zu. UM diese aufbringen zu können, sind sie auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Rechtshilfekonto der BI "Kein Atommüll in Ahaus", Kontonr.: 564625 bei der Kreissparkasse Ahaus, BLZ. 42851310

* * * * * * * * *

ANKLAGE GEGEN GORLEBEN-POLIZISTEN

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg hat gegen zwei Polizeibeamte aus Celle Anklage wegen Verletzung der Vertraulichkeitspflicht und des Dienstgeheimnisses erhoben. Den beiden Polizisten wird vorgeworfen, während ihres Einsatzes zur Räumung von 1004 gemeinsam ein Tagebuch mit Informationen über die lt. Staatsanwaltschaft" verdeckte Aufklärungsarbeit der Kripo " (oder: die Begnung mit Kripospitzeln auf 1004) geschrieben und veröffentlicht zu haben. Sie sollen auch im Juni 1980 an einen Fotojournalisten Informationen über die Arbeit der Kripo, die später veröffentlicht wurden, weitergegeben haben. Außerdem wird einem der beiden Polizisten vorgeworfen, er habe die polizeiliche Ausbildungsveranstaltung zur Räumung von 1004 in Celle auf Tonband aufgenommen und ebenfalls veröffentlicht. In der Ausbildungsveranstaltung ging es u.a. um das Vorhandensein von Schußwaffen auf dem Platz. Der Tonbandmitschnitt war damals Anlaß für einige unverhältnismäßige Hausdurchsuchungen und für die Bildung einer Sonderkommission, die die Ermittlungen führte. Oberstaatsanwalt von Lücken erklärte nun" *Durch den Geheimnisbruch wurde das Vertrauensverhältnis innerhalb der Polizei erheblich gestört.".* (Landeszeitung v. 9.4.81).

* * * * * * * * *

BROKDORF NACHLESE

Uns erschien es wichtig, im Zusammenhang mit der letzten Brokdorfdemo auf die Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche, welchen die AKW-Gegner ausgesetzt sind, hinzuweisen.

Trotzdem der "höchste Richterspruch" (Bundesverfassungsgericht) zur Frage der angeblichen Rechtmäßigkeit der Demo noch aussteht, wurden inzwischen

— An einige Dtz. AKW-Gegner Bußgeldbescheide in der Höhe von 100 bis 1000 DM versandt. Begründet wurden diese unter anderem mit dem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, mit dem Verteilen von Flugblättern oder wegen der Teilnahme an der Demo,

— ebenfalls gegen vier Abgeordnete der Grünen wurde wegen der gleichen Sache ermittel,

— der am 27.3. verhaftete Markus M. und vier Tage später verhaftete Michael D., gegen den die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes ermittelt (s. auch letzte GA), sind nun wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch angeklagt. Markus M. ist inzwischen freigelassen, während Michael noch immer eingeknastet ist. Die Bedingungen für ihn im Knast sind katastrophal. So wurde z.B. Post von ihm beschlagnahmt, Besuchsanträge abgewiesen, wenn nicht feststeht, wo sich der Besucher am 28.2. aufgehalten hat usw.

Aussagen des Zeugen Wernike und auch des lebensgefährlich verletzen Polizisten Schütt (bei dem ein Verdacht auf leichte Gehirnerschütterung besteht) ergaben, daß der Polizist nicht im Graben sondern erst später, abseits der Kameraobjektive verletzt worden sei !

Es ist gerade zu ungeheuerlich mit welchen Mitteln versucht wird, die AKW-Gegner zu demoralisieren und zu kriminalisieren.

Wir fordern:

Schluß mit der Kriminalisierung von AKW-Gegnern
Freilassung aller bisher verurteilten und inhaftierten AKW-Gegnern.

Kurzmeldungen

PROVOKATION DER PRO–BI

Der nach dem Gorleben Treck im März 79 in Hannover ' s Innenstadt deponierte 10 Zentner schwere Findling aus Lüchow-Dannenberg war der Atommafia offenbar ein Dorn im Auge. Sogenannte BI s für "Energiesicherung und Kerntechnik" ließen ihn mit schwerem Gerät wegräumen. Er soll kaputtgeschlagen un in kleinen Stücken an Politiker u.a. geschickt werden. *"Das Entfernen dieses Findlings durch die Pro BI hat auch symbolischen Charakter : Seine Zertrümmerung soll darstellen, daß dem Widerstand gegen den Ausbau von Atomanlagen Grenzen gesetzt sind und er ebenfalls gebrochen werden kann. "* (EJZ v. 6.6.81).

Ein AKW in Langendorf (Lüchow-Dannenberg

"Auf Wunsch der Energiewirtschaft hat die Landesregierung den Standort Langendorf an der Elbe Kreis Lüchow-Dannenberg als weiteren Platz für ein Großkraftwerk in das Raumordnungsprogramm aufgenommen." (HAZ v. 11.6.81). Die Atomlobby träumt schon seit mehreren Jahren von einem AKW in Lüchow-Dannenberg. Sind diese Leute erstmal mit einem Fuß im Landkreis, wollen sie alles.

BGS bereitet sich auf Panzereinsatz gegen Massendemonstrationen vor

Die Hubschrauber von Brokdorf reichten den Herrschenden wohl noch nicht: Beim BGS *"gilt die Modernisierung der normalen wie auch gepanzerten Fahrzeuge als besonders vordringlich. Bewußt wurde das den BGS-Experten vor allem durch die "Schwierigkeiten" mit den relativ schwach gepanzerten und dennoch recht unbeweglichen Einsatzfahrzeugen SW 1 bei gewalttätigen Massendemonstrationen zu operieren" (...). Der BGS ... muß seine Einsätze bei gewalttätigen Demonstrationen im Landesinneren jederzeit für moglicherweise folgende Gerichtsverfahren juristisch einwandfrei dokumentieren und belegen können. Deshalb wird größter Wert auf die Modernisierung jener Geräte und Anlagen gelegt, die zur Sicherung von Spuren, Beweisen und Tathergängen notwendig sind. Dazu gehören Fotoausrüstung (auch zum Fotografieren ohne Blitz bei Dunkelheit - Infrarotkameras-) und Tonfilm-Geräte. Bei der Räumung des Bohrplatzes 1004 in Gorleben wurde das zum erstenmal im "Großeinsatz" geprüft. Ganze Film- und Foto-Teams schwärmten damals um und durch die Republik Wendland."* (Lüneburger Landeszeitung v. 5.6.81).

Das mußte ja kommen.....

Bundespräsident Carstens (ehemals NSDAP) hat 10 Polizisten, Landrat Brümmer, und Bürgermeister Bloch aus Brokdorf wegen ihres mutigen, verdienstvollen, selbstlosen usw. Einsatzes während der Brokdorfdemo mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. All sie hätten mutig gegen die Chaoten, Politrocker, Hausanzünder und Berufsdemonstranten gekämpft.

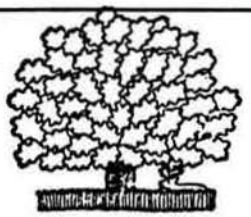
Landrat Brümmer, der damals das Demoverbot verhängt hatte, wurde schwer gelobt. Er habe Ordnung garantiert und Stehvermögen gezeigt (So ein richtiger deutscher Mann...!)

Der Brokdorfer Bürgermeister wurde mit 'nem Orden ausgezeichnet. Und schließlich hätten auch die Polizisten sich über das normale Maß der Pflichterfüllung hinaus eingesetzt und Besonnenheit bewiesen...(ohne Kommentar)

Das ist schon einen Orden wert !

Windscale umbenannt in Sellafield

Die berüchtigte Wiederaufarbeitungsanlage in Windscale (GB) wurde am 30.3. 81 auf den Ortsnamen Sellafield umbenannt. – Vielleicht erhofft man sich unter einem neuen Namen etwas mehr Glück für die 2 Mrd. Pfund, die in den nächsten 10 Jahren in Sellafield für neue Wiederaufbereitungsexperimente investiert werden sollen.



Gruppe PLATZ

Lüchow. Durch die Zerstörung des Windrades auf der Waldbrandfläche bei Trebel sind die Anpflanzungen gefährdet, weil die Bewässerung unterbrochen worden ist. Darauf hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg in einer Erklärung hingewiesen. Besonders bedroht seien die erst kürzlich gesetzten Eichen im Wert von rund 8 000 DM.

Die Bürgerinitiative ist betroffen von diesem Akt sinnloser Zerstörungswut. In ihrer Erklärung heißt es: „Mit den Pflanzen junger Bäume auf der verkohlten Branderde hat es angefangen, ein Spielplatz für die Kinder, ein Vogellehrpfad als ein Zeichen für neues Leben auf der schwarzen Waldbrandfläche, ein Windrad für die Bewässerung der Laubwaldkulturen und als ein Zeichen für menschenfreundliche Energie sind zum Symbol für eine lebenswerte Zukunft geworden."

Mittlerweile ist das Windrad vom „Platz" abtransportiert worden und wird repariert. Durch den Sturz waren Mast und Rotor beschädigt worden und ein Schaden von etwa 5 000 bis 8 000 DM entstanden.

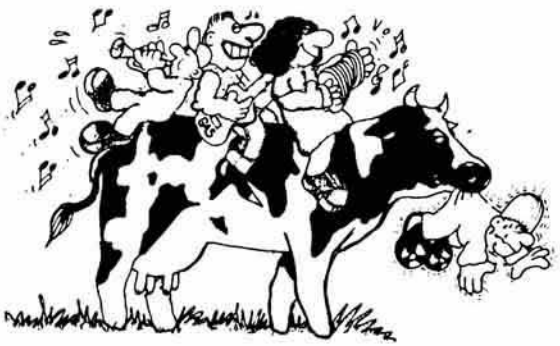
Anzeigen

Endlich liegt eine Übersetzung der französischen Plogoff-Broschüre vor. Titel: „Eine Einführung in die Guerilla-Taktik des bretonischen Dorfes Plogoff im Widerstand gegen den Atomwahn", erschienen im Mai 81, Preis DM 5,- (BI's 3,50) Bestellungen an „Cafe & Buch", Holstenstr.186, 2000 HH 50

Ebenfalls neu: H. Schörshusen: Die programmierte Katastrophe, Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Katastrophenschutzplan für das AKW Stade, April 81, DM 2,50, erhältlich bei: H. Schörshusen, Gartenstr. 2c, 2150 Buxtehude

Bestellt das Plakat: Atommüll – Wohin geht die ungewisse Reise? Erhältlich bei der Gruppe Ökologie, Immengarten31 3000 Hannover1 oder beim Anti-Atom-Büro Kassel, Elfbuchenstraße 18, 35 Kassel (Tel. 0561/75307)

Bücherliste für Atomkraftgegner oder solche, die es werden wollen: Diese Liste umfaßt die wichtigsten Bücher, Dokumentationen und Zeitschriften, die sich überwiegend mit der Nutzung der Atomenergie und den alternativen Energiequellen auseinandersetzen. Sie ist gegen DM 1,- in Briefmarken zu beziehen über das Umweltschutzzentrum, Königstr. 53, 3000 Hannover 1 oder über die „Gruppe Ökologie", Immengarten 31, 3000 Hannover 1



Termine

25.7. gegen 11 Uhr 30.
Großes Atomgegnertreffen auf der großen Wiese des Bauern Maas vor dem Schnellen Brüter in Kalkar. Zusammen mit holländischen Freunden soll ein Widerstandsdorf aufgebaut und am ersten Abend ein Musikfestival durchgeführt werden. Nähere Auskunft über:
BI „Stop Kalkar" c/o Der Laden, Mittelweg 45, 4190 Kleve
27.6. ab 13 Uhr 30 in Geesthacht:
Demonstration gegen das AKW Krümmel
Ebenfalls am 27.6.81 :
Demonstration gegen die geplante Atommülleinlagerung im Schacht Konrad bei Salzgitter, Beginn 9 Uhr 30 ab Salzgitter -Bleckenstedt nach Salzgitter-Lebenstedt/Rathaus.
Ca. 12 Uhr Abschlußkundgebung
26.9.81
Laut Beschluß des Marburger Vorbereitungstreffens vom 30.5. soll an diesem Tag der „Bundesweite Aktionstag: Kampf dem Atomstaat" (als bundesweite Nachfolgeaktion der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.) stattfinden. Am 29.8. soll auf einem bundesweiten Treffen in Kassel ein Aufruf hierfür verabschiedet werden.

Taschenkalender '81
nur noch DM 4,–

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie. Wir haben noch einige Exemplare Einzelversand nur nach Vorauszahlung (Briefmarken) oder Überweisung von **DM 4,– (incl. Porto)** an **Gegenwind Verlag, Marienstr. 10, 34 Göttingen,** PSchA Han 4981 47-309, BLZ 250 100 30

Bürgerinitiativen und Buchhandel erhalten die Kalender ab 5 Ex. für DM 2,– II

Außerdem im Programm:
Unterrichtseinheit Atomenergie für die Sekundarstufe I&II. Mit Unterrichtsplanung, Material- und Arbeitsblättern und Projektionsfolien DM 14,–

Johann Voß, **Meine Mündigkeit** Gedichtband, 80 S. DM 5,–

Bei Einzelbestellung zuzüglich Porto, BI's & Buchhandel erhalten üblichen Rabatt.

und nicht vergessen:
ATOMEXPRESS lesen !

Fortsetzung v. Seite 36

lübte beinhaltet " zur Zeit und zur Unzeit zu predigen". In einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Landeskirchenamts erfuhr er, daß gegen das Predigen für die Platzbesetzer nichts einzuwenden gewesen wäre, wenn Tilko Tilemann zur gleichen Zeit bei der Polizei gepredigt hätte. Mahlke: "Dies macht für mich deutlich, daß es bei der Frage 'Predigt auf dem Platz ja oder nein' darum ging, wie das in der Presse, in der Öffentlichkeit vermarktet wird. Und wenn man das so sieht, dann kann ich sagen, o.K., die Kirche hat Angst gehabt bei diesem Thema die Diskussion aufzunehmen. Sie hat diese Diskussion an anderer Stelle gekriegt . . ."

«Ich kann nicht unpolitischer sein als Jesus»

Nach einem Interview mit Pastor Mahlke (Gartow) zu Kirche und Widerstand, Ausschuß "Kirche und Gorleben", Predigtverbot auf 1004..

Vor einem Jahr war's, als Pastor Mahlke aus Gartow das Predigen auf dem besetzten Bohrplatz 1004 durch den Landessuperintendenten Tilko Tilemann verboten wurde. Danach hörte man aus dem Landkreis wenig von Kirche und Widerstand gegen das Atomprogramm im Gegensatz zu z.B.hoffnungsvollen pazifistischen Strömungen anderorts. Dagegen steht die aufkeimende Beunruhigung der Bundesregierung, Kirche können durch ihren nicht zu unterschätzenden Einfluß die Kritik an der Aufrüstung und Atomenergie stärken.

Daher schien es uns angebracht, einmal einen Vertreter der Kirche zu befragen, der zwar sicher nicht repräsentativ ist für die Haltung der Kirche in seiner klaren und konsequenten Stellungnahme gegen die Atomenergie, uns aber auch Auskunft über andere Haltungen innerhalb dieser Organisation geben konnte. Durch seinen Entschluß, auf 1004 zu predigen, hat Pastor Mahlke ja schon bekundet, daß er Protest und Widerstand gegen das Atomprogramm, insbesondere in seinem Landkreis, auch für einen Pastor nicht als Privatsache betrachtet. Uns schien interessant, einmal zu fragen, in welcher Form er als Pastor im Alltag Möglichkeiten hat, politisch zu wirken. Ein Weg ist das öffentliche Kundtun seiner Einstellung, auch in Gesprächen mit dem Samtgemeindebürgermeister, was wohl bei einem Pastor schon einen etwas anderen Stellenwert hat. Darüber hinaus empfindet er insbesondere die mangelnde Konfliktbereitschaft, das Sich-Nicht-Trauen und Alles-Hinnehmen, als ein Problem in seiner Gemeinde, welches er in Predigten neben ökologischen Themen behandelt. Allerdings wird innerhalb der Kirche (und ja inzwischen auch von vielen Politikern) grundsätzlich in Frage gestellt, inwieweit es überhaupt zu den Aufgaben des "Seelsorgers" gehört, zu politischen Fragen Stellung zu beziehen. Dazu Originalton Mahlke: "Es gibt sehr viele Leute, die eine unpolitische Kirche fordern. Dazu kann ich nur sagen: Ich kann nicht unpolitischer sein als Jesus. Und Jesus und die Propheten haben durchaus die Mißstände ihrer Zeit angeprangert."

"Die Schöpfung Gottes erhalten, ist einer der wichtigsten theologischen Grundsätze. Und darum geht es.

Eine andere theologische Grundhaltung ist die, daß die Kirche nur für die "Welt Gottes " zuständig sei und sich mit aktuellen weltlichen Problemen nicht auseinanderzusetzen habe. Eine äußerst fragwürdige Haltung, zumal sich Kirche eigentlich schon immer politisch geäußert hat, nur bisher in der Regel staatskonform und daher ungefährlich. Nach Pastor Mahlke hätte die Einführung der Bundeswehr z.B. verhindert werden können, wenn die Kirche damals nicht ihre Zustimmung gegeben

hätte. Da es gottseidank noch Pastoren gibt, die die Erhaltung des Friedens und der Natur als christlichen Grundgedanken betrachten, ist eine staatskritische Haltung der Kirche längst überfällig geworden. Mahlke: " Selbstverständlich ist es die Aufgabe der Kirche, den Politikern reinzureden, wenn sie am Krieg basteln."

Ein Beispiel für das Umgehen der Organisation Kirche mit Widersprüchen zur Regierungspolitik ist neben dem Predigtverbot auch der Aussschuß "Kirche und Gorleben". Er wurde gegründet als eine Art "Koordinierungsausschuß zwischen den Gemeinden und dem Landeskirchenamt", um Informationen weiterzugeben, Stellungnahmen vorzubereiten usw. Dieser Ausschuß hat den Anspruch ausgewogen und neutral (da Atomenergiegegner, wie -Befürworter in der Kirche sind)zu sein. Mit Pastor Mahlke, der wegen Arbeitsüberlastung einerseits und aus Protest gegen die "Pseudoneutralität" andererseits sich zurückzog, hat eins der wenigen aktiv im Widerstand stehende Mitglied dieses Ausschußes, seine Mitarbeit aufgekündigt. Mit "Pseudoneutralität" meinte er die Tendenz des Ausschußes, vorgegebene Informationen zu übernehmen, obwohl ja bekannt ist, daß die staatlich subventionierten Pro-Wissenschaftler sich häufiger kundtun können als die Kritiker. Allerdings hat es in letzter Zeit eine positive Aktivität dieses Ausschußes gegeben, der, nachdem der Kirchenvorstand Einspruch gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes erhoben hatte, eine nach Mahlkes Meinung detaillierte kritische Stellungnahme zu dieser Änderung geschrieben und an das Landeskirchenamt weitergeleitet hat. Insgesamt scheint die Arbeit dieses Ausschußes jedoch ein Spiegelbild zu sein für die "Schwerfälligkeit der Kirche im Meinungsbildungsprozess" (Mahlke), da " die Kirche ein noch schwerfälligerer und größerer Apparat ist, als z.B. die Gewerkschaften."

Obwohl der Fall schon etwas länger zurückliegt, schien es uns doch aufschlußreich, nach den Folgen des Predigtverbotes, welchem Mahlke ja letztes Jahr zu Pfingsten gefolgt war, ("ich bedaure heute, daß ich nicht gepredigt habe") innerhalb der Kirche zu fragen. Tatsächlich ist dieser eigenmächtige Vorstoß des Landessuperintendenten nicht widerspruchslos hingenommen worden, es haben sich Gruppen und Konferenzen gebildet, die von der Hannoverschen Landessynode eine Stellungnahme angefordert haben, welche allerdings bis heute noch aussteht. Nach Pastor Mahlkes Ansicht läßt sich dieses Verbot nach wie vor theologisch nicht rechtfertigen, zumal sein Ordinatsge-

Collection LAKA foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Fortsetzung S. 35